

Rüstungskontrolle: Konzepte statt mahnender Worte



duktion künstlich zu erhalten – und damit nicht ins Ausland geliefert werden muss. Oder zweitens: Die hier ansässigen Firmen sehen keinen rentablen Standort mehr in Deutschland, ziehen ihre Fachkräfte ab und gründen mehr und mehr Tochterfirmen im Ausland. Der Effekt wäre jener unkontrollierbare Technologietransfer in zweifelhafte Drittstaaten, den wir eigentlich unterbinden wollen. Den Unmut der Industriegewerkschaften bekommen wir dann übrigens gratis dazu.

Es gäbe noch eine dritte Option: Wir bieten eine grundsätzliche Alternative an. Das bedeutet aber, dass wir wahr- und ernstnehmen, dass Rüstungspolitik zugleich Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik ist. Es darf nicht darum gehen, „schuldige“ Akteure zu finden, sondern die strukturellen Bedingungen selbst müssen identifiziert und verändert werden. Hierfür braucht es ein nationales Konversionsprogramm zur Überführung des Industriepotenzials in zivile Produktion. Was darin grundlegend enthalten sein muss, habe ich mit anderen Abgeordneten schon 2014 in einem Antrag dargelegt (BT-Drs. 18/2883). Um ein solches Programm umzusetzen, muss es gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren fortentwickelt und mit den Beschäftigten umgesetzt werden. In diesem Sinne wäre es eine radikale Friedenspolitik, weil es die Rüstungsproduktion an ihrer Wurzel greift.

Als Gegenstück der inneren Entwicklung braucht es auch eine äußere, internationale Alternative. Die liegt für mich ganz klar in einer Außenpolitik der Zusammenarbeit und partnerschaftlichen Entwicklung. Damit meine ich kurzfristig die Aufstellung ziviler Krisenreaktionskräfte auf der einen Seite und mittel- bis langfristig einen Wandel der ökonomischen Außenbeziehungen Deutschlands und der EU. Es nützt nichts, in Krisenregionen den Aufbau selbsttragender Strukturen zu unterstützen, wenn diese durch subventionierte Güter aus der EU niederkonkurriert werden.

Um es abschließend noch mal ganz klar zu sagen: Unsere Forderungen sind die richtigen. Aber ihnen müssen auch materielle, greifbare und konkrete Konzepte folgen.

• Michael Leutert

„Verantwortungsvoll“, „restriktiv“, „zurückhaltend“ – bedächtige Worte begleiten den Rüstungsexportbericht vom Juni 2017. Im krassen Gegensatz dazu stieg unter der Ägide der dritten GroKo das Volumen von Ausfuhrgenehmigungen auf 25,1 Mrd. Euro. Der Umfang der tatsächlichen Exporte mag gegenüber 2016 zwar leicht gesunken sein, das ist aber Augenwischerei. Denn einst genehmigte Rüstungsgüter müssen erst produziert werden, bevor sie in den Export gehen. Ist eine Genehmigung ausgesprochen, kann sie kaum zurückgenommen werden. Denn der Bundessicherheitsrat als maßgebendes Gremium liegt außerhalb der Kontrolle des Parlaments. Das Abstimmungsverhalten ist Verschlussache. So erfahren wir Abgeordneten erst aus den Rüstungsexportberichten, was wohin geliefert wurde und werden soll.

Es ist dramatisch, dass die Übergangsregierung zwischen Oktober 2017 und März 2018 Exporte in Höhe von zwei Milliarden Euro genehmigte, auch an Staaten wie Katar und Ägypten – obwohl man beschwor, keine Mitglieder der Saudi-Arabischen Kriegscoalition gegen den Jemen zu beliefern.

Das zeigt mal wieder: Auf Beteuerungen und Versprechungen ist kein Verlass, auf Kontrollverfahren des Endverbleibs ebenso wenig, wie mir eine Berichtsanhfrage im Haushaltsausschuss zeigte. Also sind mir persönlich unsere Forderungen nach pauschalen Rüstungsexportstopps nicht genug, weil wir bei mahnenden Worten bleiben. Bevor es jemand falsch versteht: Die Friedenssicherung durch Abrüstung ist oberstes Gebot! Aber was genau heißt „Rüstungsexportstopp jetzt“? Innerhalb des Bestehenden gäbe es nur zwei Optionen. Erstens: Der Rüstungsetat wird aufgestockt, damit die Bundeswehr als Abnehmer fungieren kann, um die Nachfrage der Überpro-

Links!
im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Mai 2018

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

In unmittelbarer Nähe des Zentrums der britischen Chemie- und Biowaffenforschung Porton Down sollen der Doppelagent Sergei Skripal und seine Tochter „von Agenten des Kreml“ mit dem Gift „Nowitschok“ vergiftet worden sein. Das behaupteten die Briten und forderten Strafmaßnahmen gegen Russland und „Solidarität“ von ihren „Noch-EU-Partnern“. Als die deutsche Regierung sich mit dieser Sicht identifizierte, war das der Anlass für einen Offenen Briefes an Angela Merkel, der auch von Wolfgang Schaller, dem Chef der Herkuleskeule und dem Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz unterzeichnet wurde: „Erinnern Sie sich bitte an die Zeit, als sie noch Physikerin waren. Wenn ein Physiker ein Elementarteilchen entdeckt hatte, oder ein Chemiker eine neue Substanz synthetisieren konnte: welche präzisen und unwiderlegbaren Argumente musste er präsentieren, damit diese Erkenntnisse in das betreffende Fachgebiet aufgenommen wurden. Da nützte es nicht, mit einer Machtgeste oder medialem Rummel zu operieren. Es waren stringente Beweise gefordert.“

Frau Hampel, man schreibt nicht jeden Tag einen Brief an die Kanzlerin. Was hat Sie dazu bewegt?

Mir ist einfach mal der Kragen geplatzt. Es ist ja viel passiert in letzter Zeit, mit dem man sich als Bürgerin nicht mehr einverstanden erklären kann. Das betrifft die Außen- und die Innenpolitik.

Was war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte?

Für mich war es der wiederholte unwürdige Umgang mit Russland, den ich für katastrophal halte. Immerhin sitzen wir hier an der Schnittstelle zum Osten. Es hat sich in der letzten Zeit nichts verbessert, ganz im Gegenteil.

Der Fall Skripal war für Sie Ausdruck der allgemeinen Verunglimpfung Russlands?

So etwas wie die Spitze des Eisberges. Die Vorverurteilungen und die Anti-Russland- bzw. Anti-Putin-Hetze sind ja kaum noch zu ertragen. Aber das ist nur eine Facette. Ich frage mich, was hinter diesen pausenlosen verbalen Angriffen steckt. Im Fall Skripal ist zu fragen, von wem die Verdächtigungen kommen und vor allem: wem sie nützen. Es ist doch absurd, mit so einer Sache Politik zu machen. Schlimm, dass sie passiert ist. Es geht aber nicht an, dass man ohne Beweise gegen einen vermeintlichen „Feind“ vorgeht, nach dem Motto: Halt den Dieb! Es liegt doch in unserem Interesse, ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zu Russland zu pflegen, und ich kann nicht nachvollziehen, welche Hetze hier veranstaltet wird.

Was wollen Sie erreichen?

Ich wollte meine Meinung kundtun. Ich glaube nicht, dass die Politiker nicht wissen, wie ein großer Teil der Bevölkerung dieses Landes denkt. Aber man ignoriert es einfach, und das halte ich für kreuzgefährlich. Anschließend wundert man sich, wo die PEGIDA-Gänger und AfD-Wähler her kommen ... das ist doch absurd! Sicherlich ist diese „Russlandpolitik“ nicht die Hauptursache dafür, dass immer mehr Menschen AfD wählen. Aber es ist zumindest ein wesentlicher Punkt.

„Mir ist einfach der Kragen geplatzt“

Ralf Richter wollte von der Künstlerin Angela Hampel wissen, warum sie sich wegen des Falls Skripal öffentlich an die Kanzlerin gewandt hat



Foto: Tommi Lepold

Betrifft das nur die „Groko“?

Nicht nur. Das Abdriften von vielen ursprünglich Grünen- und Linkenwählern ins AfD-Lager ist für mich insofern schlüssig, als dass die klare Positionierung dieser Parteien – insbesondere auch die der Linken – zu wünschen übrig lässt. Ich habe das Gefühl, dass das gesamte Land zurzeit in einer Art Duldsstarrheit verharrt. Da braucht es einfach Leute die, etwas „zappeln“. Ich zähle mich dazu. Es fehlt auch prinzipiell an einer (nicht nur) politischen Diskussionskultur. Die Absage auch der linken Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz an den MDR, wo es in einer Sendung darum ging, was man noch sagen kann und was nicht, zeigt das exemplarisch. Dieses Verhalten vieler linker Politiker kostet die Partei nach wie vor Stimmen. Ich halte diese Angst und das Duckmäusertum für inakzeptabel. In der Russlandfrage sehe ich lediglich Sahra Wagenknecht, die sich aus dem Fenster lehnt.

Zurück zu den Künstlern ...

Als Künstler, als Künstlerin hat man ja nicht nur eine Gabe, sondern auch eine Aufgabe. Dieser Satz stammt von Käthe Kollwitz. Dafür stehe ich auch ein. Kunst, da teile ich nicht die Meinung vieler meiner Kollegen, sollte auch einen politischen Aspekt beinhalten. In diesem Fall habe ich das getrennt – ich kann ja keine Bilder malen mit großen Gesten, das wird zur Propaganda oder Agitation, wir kennen das. Aber auch Künstler können sich verbal ausdrücken, und ich habe das – zusammen mit mehreren Leuten – versucht.

Der Brieftext klingt ein wenig so, als sei er von Naturwissenschaftlern verfasst. Wieso das?

Es begann damit, dass ich einige Freunde und Bekannte anschrieb. Es kamen etliche Vorschläge, die eingearbeitet

wurden. Mein Kollege Thomas Müller, der promovierter Chemiker ist, hat den umfanglichsten, naturwissenschaftlichen Part geliefert, den alle gut fanden. Wir kontaktierten dann jeweils etwa 80 Kolleginnen und Kollegen per E-Mail. Danach hat es sich wie eine Art Schneeballprinzip entwickelt, da die angeschriebenen Kolleginnen und Kollegen ihrerseits den Brief weiter geleitet haben. So kamen mittlerweile über 100 Unterschriften zusammen – von Grafikern, Malern, Filmemachern, Publizisten, Ingenieuren, Buchhändlern ...

Wie sehen Sie die „Gärungsprozesse“, die vom Osten ausgehen?

Ganz und gar positiv! Ostdeutsche haben seit 27 Jahren mehrheitlich das Gefühl, am Katzentisch zu sitzen. Da gehören wir nicht hin. Wir müssen raus aus dieser permanenten Verteidigungshaltung, unser Leben, unsere Vergangenheit betreffend. Diese Haltung ermüdet und frustriert. Die über Jahrzehnte angestaute Unzufriedenheit mit der Politik im Land muss sich daher früher oder später entladen. Viele Menschen haben das Gefühl, dass Politik an ihren Interessen vorbei gemacht wird – ich halte das allerdings für eine Tatsache. Ich musste daher diesen Brief jetzt einfach abschicken – das hat auch etwas mit der sogenannten Psychohygiene zu tun.

Was wollten Sie der Kanzlerin sagen?

Sie ist Physikerin und müsste wissen, dass man Beweise braucht, bevor man an die Öffentlichkeit geht. Außerdem wird immer wieder durch Politik und Medien darauf hingewiesen, dass Deutschland gegenüber Israel eine besondere Verantwortung hat. Das ist richtig. Aber genauso hat Deutschland eine Verantwortung gegenüber Russland. Immerhin haben die Deutschen die Verantwortung

für den Tod von 27 Millionen Menschen in der Sowjetunion zu tragen. Von daher geht es nicht an, dass einseitig eine Verantwortung wahrgenommen, die andere aber ignoriert wird. Hinzu kommt: Was Amis und Israelis weltpolitisch treiben, ist scheinbar immer korrekt – machen die Russen das Gleiche, wird es strengstens verurteilt.

Sehen Sie eine Gefahr für den Erhalt des Friedens?

Jedenfalls konstatiere ich, dass wir ein aufgeheiztes Klima im Land haben. Permanent wird ein Schuldiger gesucht, dann wird mit dem Finger auf den vermeintlich Schuldigen gezeigt und die Meute hetzt hinterher. Man bringt permanent das Volk in Wallung, und es stellt sich die Frage: Wofür? Soll ein neuer Krieg angezettelt werden? Das wäre eine Katastrophe, aber bestimmte Indizien lassen diesen Schluss zu. Deshalb ist es notwendig, etwas dagegen zu tun. In der Demokratie hat man auch Pflichten. Eine ist, sich einzumischen, wenn man der Meinung ist, dass etwas schief läuft.

Die meisten älteren Ostdeutschen haben Erfahrungen mit Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion gemacht, in der Regel gute. Spielt das auch bei Ihnen eine Rolle?

Für meine Generation waren die Russen nicht der Feind. Zu meiner Brieffreundin habe ich keinen Kontakt mehr, aber ich war mehrfach dort. Es gibt natürlich auch Arbeitsbeziehungen durch Ausstellungen und Beziehungen zu Menschen aus Russland, die jetzt hier leben. Meine emotionale Nähe zu Russland ist größer als die zum Beispiel zu den USA. Russland ist eine große Kulturnation – nicht nur, wenn man bedenkt, was dieses Land an Weltliteratur und -musik hervor gebracht hat. Die Filmkunst nicht zu vergessen, Ballett, Malerei und und und.

Könnten engagierte Künstler nicht noch stärker auf künstlerischen Austausch setzen?

So etwas läuft schon. Zum Beispiel wurden und werden in der Galerie 3 in Dresden auch Künstlerinnen aus der ehemaligen Sowjetunion ausgestellt. Die Kunstwissenschaftlerin Karin Weber hat in ihrer Galerie Mitte mehrere russische Künstler im Programm. Mit ihr war ich, unter anderem, schon zweimal mit Ausstellungen in St. Petersburg. Sie hat dorthin gute Kontakte und bemüht sich um eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Leider bekam sie dafür anfänglich wenig Unterstützung von der Stadt, obwohl eine Städtepartnerschaft zwischen Dresden und St. Petersburg besteht. Inzwischen hat sich das wohl verbessert.

Ich nehme an, das Bundeskanzleramt hat nicht geantwortet. Was hat die Aktion bis jetzt gebracht?

Ihre Annahme ist richtig. Auch von den angeschriebenen Fraktionen kam nichts. Es gab aber viele zustimmende und ermunternde Reaktionen bundesweit und darüber hinaus. Gut zu wissen, dass so viele Menschen sich um den EFriedens sorgen und dass es außerdem für viele davon ein Herzensanliegen ist, den Dialog mit Russland zu fordern und zu fördern. Viele haben ihre Bereitschaft bekundet, weiterhin sich aktiv für diesen Dialog einzusetzen.

Dem Prinzen vertrauen

Man muss die Musik von Sebastian Krumbiegel, Frontmann der Leipziger Popgruppe „die Prinzen“, nicht mögen. Aber wenn es um das Engagement gegen Rechts geht, ist auf ihn Verlass. So auch in Ostritz, wo am 20. Und 21. April etwa 1.000 Neonazis ihr „Schild und Schwert Festival“ (kurz SS-Festival) abhielten. Die Prinzen und viele andere Bands sowie zahlreiche Redner*innen, darunter Martina Renner, Rico Gebhardt, Katharina König-Preuss und ich, standen unter dem Motto „Rechts rockt nicht“ auf der Bühne. Meine Botschaft war: Die Lausitz darf nicht länger das ruhige Hinterland für Nazis sein!

Mir bislang nicht bekannt war das enge Vertrauensverhältnis des eigentlich SPD-nahen Prinzen-Sängers zum CDU-Ministerpräsidenten Kretschmer. Wie viele andere Interessierte wollte natürlich auch ich wissen, was der Ministerpräsident als Schirmherr des Friedensfestes zu sagen hatte. Denn das Friedensfest passte von der Ausrichtung eher in das bisherige Schema des sächsischen Umgangs mit Nazis und ihren Veranstaltungen: möglichst „unpolitisch“ und natürlich in klarer Abgrenzung zu allem, was irgendwie links ist. Wie würde sich Kretschmer also zum linken Gegenprotest positionieren?

Nach einem kurzen, energischen Einreden des „Prinzen“ auf den MP folgte in dessen Rede ein für mich bemerkenswerter Satz. Sinngemäß sagte

Kretschmer: Er habe dank Krumbiegel etwas dazu gelernt, das er bislang anders gesehen habe, nämlich dass linker Gegenprotest gegen Nazis durchaus ein wertvoller Beitrag zur Auseinandersetzung mit rechten Phänomenen sei. Er vertraue Krumbiegel da jetzt einfach mal, weil er ihn so schätze. Eine Bemerkung, die ich so von einem sächsischen Ministerpräsidenten noch nicht gehört habe.

Konkrete Auswirkungen auf die Ereignisse in Ostritz allerdings hatte das nicht. Neonazis durften sich in größeren Gruppen frei bewegen. Das Alko-

holverbot wurde unter den Augen der Polizei problemlos umgegangen, indem Nazis außerhalb des Festivalgeländes ordentlich Alkohol konsumierten, um dann an der Polizei vorbei wieder zurück zu wandern.

Letztere brauchte erst einen Gerichtsbeschluss, um die Verfassungswidrigkeit der vom Veranstalter und Thüringer NPD-Chef Heise ausgeteilten Ordner-Shirts festzustellen. Weiterführende Konsequenzen neben der vollzogenen Beschlagnahmung bleiben abzuwarten. Währenddessen wurde auf der „Rechts rockt

nicht“-Veranstaltung sogar das alkoholfreie Bier untersagt. Und bereits am Freitagabend überließ die Polizei die Gegenveranstaltung mit Einbruch der Dunkelheit mehr und mehr ungeschützt sich selbst – was die Anmelde-der auf Grund der entstehenden Sicherheitsbedenken zum vorzeitigen Abbruch der Veranstaltung veranlasste. Kommentar der Polizei: Man könne keine Fehler erkennen.

Sächsische Verhältnisse eben.

Und dennoch wird von Ostritz hängen bleiben, was bei der Stippvisite der Bürgermeisterin Ausdruck fand: Vorher geprägt von einer diffusen Angst vor „linken Gewalttätern wie in Hamburg“, zeigte sie sich am Samstag doch erstaunt. Die „Linken“ wären ja ganz friedlich, alles wäre so schön bunt und entspannt. Die Mär von den „friedlich unter sich feiernden Nazis“ stimme dagegen nicht: betrunken, provozierende und pöbelnde Nazi-Hools hätten sie dann doch eines besseren belehrt.

„Rechts rockt nicht“ hat also zu einem Umdenken bei vielen geführt. Und das, davon bin ich überzeugt, ist der wertvollste Erfolg, den dieses Wochenende hervorgebracht hat – wenn er dazu führt, dass diesen neuen Erkenntnissen nun Taten folgen. Ostritz hat gezeigt – Rechts rockt nicht! Sehr gut.

• Caren Lay



Vom Geld

Bei facebook fragte unlängst wer: „Was ist der Grund für die weltweite Abwesenheit von Frieden?“ Eine Antwort war: „Diese Regierungsform ‚Geld regiert die Welt‘ ist der Grund.“ Und sollte wer fragen, warum sich gerade diese „Regierungsform“ durchgesetzt hat, so gab es eine weitere Antwort: „Mit Frieden lässt sich schlecht Geld, und zwar sehr viel Geld schnell, ja überschnell machen!“ Wer sich also an schneller, überschneller Geldmacherei beteiligt, fragt nicht nach Herkunft des Geldes, fragt nicht danach, ob Blut daran klebt oder ob es übel riecht. Das Volk ist erfahren und weiß: „Wer alles bloß des Geldes wegen tut, wird bald des Geldes wegen alles tun.“ Nun sagt man freilich auch, „Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts“. Dem Volk kommt es wieder weise aus dem Mund, „Liebe zum Geld erzeugt die eine Hälfte der Übel in dieser Welt, Mangel an Geld die andere.“ Kurz zusammengefasst: „Geld verdirbt den Charakter“ – vielleicht nicht jedem und jeder, wohl aber so vielen, dass die Welt darunter leidet. Vor kurzem las ich von einem Wirtschaftsboss, der meinte, er bekomme die hohen Boni zu recht, weil man

als Topmanager immer mit einem Bein im Knast stünde. Charakterloses Wirtschaften!

Einschlägige Experimente bringen merkwürdige Ergebnisse zutage. Da gibt man zum Beispiel verschiedenen Personen harmlose Aufgaben am Bildschirm zu lösen. Nach einer Weile kündigt man ihnen weitere Aufgaben an, die aber mit jeweils einer zweiten Person gemeinsam zu lösen sind. Bis zum Eintreffen dieser Personen bekommen die bereits anwesenden Personen als Bildschirmschoner entweder Fische oder einen Berg Geld zu sehen. Neben sie stellt man einen zweiten Stuhl für die zu erwartende Person. Und siehe da, die Menschen, die Geld zu sehen bekamen, rücken von ihrem Partner oder ihrer Partnerin ein Stück ab, etwa einen halben Meter. Jene, die Fische gesehen hatten, brauchen diese Distanz nicht und lassen ihren Stuhl einfach so stehen, wie er steht.

Aber es geht noch weiter. Für ein anderes Experiment wurden Personen aus verschiedenen Einkommensschichten ausgewählt, reiche und

solche aus bescheideneren Verhältnissen kommende. Sie konnten elektronisch würfeln, der Wurf erschien auf einem Bildschirm. Was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht wussten und auch nicht sehen konnten: Bei allen wurde immer die gleiche Augen-



zahl erreicht. Gefragt nach ihrem Erfolg beim Würfeln waren die aus der wenig wohlhabenden Schicht aber ehrlicher als die Reichen. Letztere schummelten ihr Ergebnis nach oben. „Geld fährt auf hohen Schlitten, Armut muß zu Fuße geh'n“, lehrt uns ein altes Sprichwort.

Im Jahr 2017 gab es geschätzt, wer weiß das noch ganz genau, 31 Kriege in der Welt. Sie produzierten 65,6 Millionen Flüchtlinge – geschätzt, denn wer weiß das noch ganz genau.

Der Verkauf von Kriegsgeräten belief sich auf 374,8 Milliarden US-Dollar. Ein guter Grund für die Abwesenheit von Frieden. Aber wer will das schon zugeben. Man muss andere Kriegsgründe erfinden, denn, „wo das Geld spricht, schweigt die Wahrheit“. Zur Wahrheit gehören auch 157.000 Kriegstote im Jahr 2016. Allein in Syrien starben von 2011 bis Mitte 2017 etwa 332.000 Menschen an der von Geld übertragenen „Epidemie“ Krieg. Ausgeheckt werden die „Krankheitsüberträger“ in den Labors der Staatskanzleien, Königshöfe, Präsidentenpaläste. Man nannte diese Labors auch Geheimdienste. Die wissen angeblich warum und wer. Letztlich artikulieren sich die Interessen an Geld. Gut 100 abgeschossene Raketen auf Syrien in einer Nacht, 71 davon angeblich abgefangen. Sie müssen ersetzt und verbessert werden, Angriffsraketen wie Abfangraketen, was gute Gewinne bringt. „Aus vielen Beuteln ist gut Geld zählen.“ Es sind die Beutel der Ausgebeuteten in aller Welt.

Schon der alte Cicero wusste: „nervus belli, pecunia infinita“ – „die Sehnen des Krieges, unendlich viel Geld.“ Das Gegenteil von Unendlichem ist Nichts oder etwas mehr als 3%. Das ist die nächste Rentenerhöhung. Es bleibt noch genug Geld für sichere Anlage in Kriege übrig.

„Dresden stimmt ab über das Grundeinkommen“

Ronald Kämmerer über die gut besuchte Debatte mit Katja Kipping und Ulrike Herrmann

So würde man sicher als Journalist der Sensationspresse titeln, als sich im bis auf den letzten Platz gefüllten Saal der Dresdner Schauburg auf Aufruf des Moderators des Abends – Michael Bartsch – die Arme zu Pro oder Contra BGE erheben. Die Landesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE Sachsen (LAG BGE) feiert ihr zehnjähriges Bestehen und lud anlässlich dieses Jubiläums zu einer Veranstaltung, deren Dimension alle guten Hoffnungen übertraf. Es ist 17:30, die offizielle Eröffnung des Abends noch anderthalb Stunden entfernt. Die ersten Gäste treffen ein, um sich einen Platz zu sichern, und stöbern im ausgelegten Material zum BGE-Konzept der LINKEN. Die Rückmeldungen über die sozialen Medien waren überwältigend groß für den Rahmen, diese sind aber heutzutage, so weiß es auch die LAG, keine Garantie für ein volles Haus.

Es liegt eine gespannte Ruhe in der Luft. LAG-Mitglieder und Mitarbeiter der Schauburg gehen einem geschäftigen Treiben nach. Blumen für die Bühne, Mikrofoncheck, Projektion für die Leinwand im größten Saal des Kinos, Videomitschnitt, Getränke für die geladenen Diskutantinnen und Weiteres ist zu organisieren. Die Treppe vor dem Saal steht inzwischen voller Interessierter Zuhörer*innen. Nur noch wenige freie Plätze kann man im „Sergio-Leone-Saal“ erblicken. Auch ein Fernsteam der Öffentlich-Rechtlichen hat sich auf der Bühne positioniert.

„Leider, Einlassstopp!“, so die Mitarbeiterin der noch in der Renovierung befindlichen Schauburg, eines großen Programmkinos im Szeneviertel Dres-

den Neustadt. Lange Gesichter bei den Menschen, die es leider nicht in den Saal geschafft haben, darunter auch einige bekannte Gesichter des LINKEN Stadtverbandes in Dresden. Sicherheitsvorschriften lassen nur gut 400 Menschen im Saal zu, um die 100 müssen leider eine alternative Abendgestaltung finden oder treffen sich spontan zum Austausch und Diskussion bei einem Getränk im Foyer.

Katja Kipping, Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE und Mitglied des Bundestages, sowie eine der treibenden Persönlichkeiten der ersten Stunde im Kampf um ein Bedingungsloses Grundeinkommen in der LINKEN in Deutschland, ist eingeladen. Ihr gegenüber am kleinen Tisch sitzt die Wirtschaftsjournalistin der taz, Ulrike Herrmann, die vor allem einige Gegenargumente zum BGE im Gepäck hat. „Pro & Contra Bedingungsloses Grundeinkommen“ ist Titel und erklärtes Programm des

Abends, und wir blicken vor allem in viele junge und aus dem Parteikontext gesehen viele noch unbekannte Gesichter. Ein gutes Zeichen für das, was die LAG bereits in der Ankündigung der Veranstaltung verlauten ließ: „Das BGE ist in aller Munde.“ Denn symbolisiert es für seine Befürworter den Einstieg in eine solidarische Gesellschaft und die Weiterentwicklung des Sozialstaates, in der niemand mehr um seine Existenz bangen muss und in der die freie Entfaltung des Einzelnen vor dem Arbeitszwang steht, so malen die Gegner das negative Bild einer „Hängemattengesellschaft“, in der die Wirtschaft zusammenbricht.

Die Podiumsdiskussion ist eröffnet und Katja Kipping übt Kritik an der neoliberalen Vereinnahmung des Grundeinkommens, die in den letzten Tagen die Medien dominiert, und nennt anschließend das BGE eine Maßnahme gegen Erpressbarkeit durch Hartz IV. Ulrike

Herrmann steuert gegen, zweifelt die Finanzierbarkeit sowie die Umsetzbarkeit in Politik und den Köpfen der Menschen an und schlägt einen höheren Mindestlohn als Alternative vor. Die Frage der Reform versus Transformation im Sinne eines beginnenden Systemwechsels steht im Raum und gibt Kipping und Herrmann reichlich Streitstoff um viele Facetten der Diskussion um das BGE. Katja Kipping schließt nach angeregter Debatte die Podiumsdiskussion mit einem Aufruf zur schnellen schrittweisen Verbesserung des Status Quo auf dem Arbeitsmarkt, zum Beispiel durch Arbeitszeitverkürzung oder der Anerkennung von „Care Arbeit“ oder die Streichung der Sanktionen bei Hartz IV, zeigt aber auch das Potential der Einführung eines BGE als plötzliche, nötige und positiv drastische Veränderung. Das BGE schafft soziale Gleichstellung, Freiheit zur individuellen Lebensgestaltung und Solidarität, zum Beispiel sich gegen Ausbeutung durch Arbeitgeber zu wehren.

Der bis auf die Treppenstufen gefüllte Saal applaudiert und die Gäste haben umfangreiche und erfreulich intellektuelle Fragen zum Thema im folgenden offenen Teil des Abends. Zum feierlichen Ausklang gibt es Sekt und den Film „Free Lunch Society: Komm Komm Grundeinkommen“. Im Fazit war der Abend des 23.03.2018 in der Schauburg ein großer Erfolg für das Thema BGE, linke Politik, den Stadtverband der LINKEN in Dresden sowie die LAG und geht als Beispiel für künftige Veranstaltungen dieser Art voran. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die diesen Abend ermöglicht haben! Die Diskussion ist online verfügbar und kann unter <http://grundeinkommen.dielinke-sachsen.de> nachgesehen werden.



Foto: Marco Drallas

175 Millionäre und 150.000 arme Kinder

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper über eine dringend nötige Debatte zum 200. Geburtstag von Karl Marx

Auch wenn die Schriften von Karl Marx über 150 Jahre alt sind: Seine Analysen treffen auch heute noch zu. Wie viele Generationen vor uns erleben wir auf unsere Weise, welche Folgen das kapitalistische Wirtschaftssystem für die Mehrheit der Menschen hat. So befinden sich im globalen Maßstab Millionen Menschen aufgrund profitgetriebener Kriege, wegen im Geschäftsinteresse hingeworfener Umweltzerstörung oder wegen des immensen Wohlstandsgefälles auf der Flucht. Laut der unabhängigen Hilfsorganisation OXFAM verfügen die acht reichsten Männer über ein Privatvermögen von 426 Milliarden Dollar, während die Hälfte der Menschen in teils bitterster Armut lebt.

Auch in Sachsen klappt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aus-

einander. So lebten 2016 175 Einkommensmillionäre von über 290 Millionen Euro, während mindestens 150.000 Kinder auf Sozialleistungen angewiesen waren. Kapital ist das Ergebnis menschlicher Arbeit, oder wie Karl Marx es nannte, geronnene tote Arbeit. Geronnene tote Arbeit, die sich Unternehmen und Großkapitalisten aneignen und anhäufen, während diejenigen, die diesen Wohlstand erarbeiten, nicht davon profitieren.

Sachsens CDU nimmt das natürlich tatenlos hin, und sie wischt erwartungsgemäß Marxens Erbe vom Tisch, als wir anlässlich des 200. Geburtstages des Trierer Analytikers im Landtag eine Debatte zum Thema gute Arbeit anstießen. Anstatt sich mit Marx' Analysen und den heute real existierenden

Problemen kritisch auseinanderzusetzen, warf sie uns die Spaltung der Gesellschaft vor, für die jedoch allein sie mit der Förderung dieser Zustände verantwortlich ist. Die CDU leugnet Marx' Verdienste für die Wirtschaftswissenschaft, macht ihn für gesellschaftliche Fehlentwicklungen in der Vergangenheit verantwortlich, erklärte ihn und seine Lehren für tot.

Wenn man meint, schlimmer könnte es nicht kommen, so wird man doch eines besseren belehrt. Nach den unsäglichsten Aussagen des Bundesgesundheitsministers Spahn sorgt jetzt ein Vorstoß der Berliner CDU für Entsetzen und zeigt, wessen Interessen der CDU wirklich am Herzen liegen. Anstatt etwas gegen die Ungleichverteilung der Vermögen zu unternehmen, oder zu-

mindest Folgen und Ursachen von Kinderarmut zu lindern, diskutiert die CDU in Berlin allen Ernstes darüber, Hartz IV und Wohngeld für Menschen im Alter unter 50 Jahren zu streichen. Natürlich muss Hartz IV abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden. Aber mit dieser Forderung stehen wir allein auf weiter Flur.

Dass die CDU mit solchen Gedankenmodellen die Säge an den ohnehin schon maroden Sozialstaat ansetzt, ist ein Skandal. Es täte ihr gut, sich mit Marx' Lehren auseinanderzusetzen. Denn solange wir den Kapitalismus nicht überwinden, muss es im Interesse der Politik liegen, ihn wenigstens zu zähmen. Alle Menschen müssen vom erwirtschafteten Wohlstand profitieren können!

Ein Dichterstreit hat noch vor der Buchmesse die Literaturfreunde aufgeschreckt. Wenn das nicht für Sachsen und Dresden spricht: Eintausend Menschen kommen, um einem Dichterstreit zwischen Durs Grünbein und Uwe Tellkamp zu lauschen – am Ende steht ein Verlierer fest: der Verlag Suhrkamp. Sicher ist darüber zu streiten, ob der Verlag mit dem „Distanzierungstweet“ seinen Autor verraten hat – überflüssig und unnötig war er aber auf jeden Fall.

Auf der Messe dann aber keine Keilerei, sondern gute Gespräche. Dort war es nicht einfach, diejenigen zu finden, um die es im Dichterstreit ging: die Migranten. Am Café Europa wurde man fündig: Hier saß das „Syrian Center for International Relations & Strategic Research“ (Syrisches Zentrum für Internationale Beziehungen und Strategische Forschungen). Mit eigenen Büchern wartet man noch nicht auf, aber immerhin mit Aufsätzen. Die Buchmesse-Syrer veranstalten Diskussionen zum Thema Arabischer Frühling oder Islam. Ihre Denkrichtung findet sich im Papier „Kampf gegen den ‚Intellektuellen Terrorismus‘“ – nach der Lektüre weiß man, dass der in der gesamten arabischen Welt bis heute hoch geschätzte und dem Sozialismus zugewandte ägyptische Präsident Gamel Nasser, der das Land in die Unabhängigkeit führte, ein ganz schlimmer Terrorist war. Intellektuelle Nicht-Terroristen sind dagegen die Muslimbrüder oder die Dschihadisten der von den USA und vom Westen einschließlich von Erdogan geförderten Freien Syrischen Armee, die gerade die Kurden umbringen. Auch Bashar al Assad ist ein „intellektueller Terrorist“. In der Kolonialzeit dagegen war die arabische Welt frei. Ägypten war bekannt für seine „freie Presse“ – dass kaum ein einheimischer Ägypter diese lesen konnte, weil das Land voller Analphabeten war, die erst durch Nassers Alphabetisierungskampagne mühsam lesen lernten, lassen die syrischen Wissenschaftler großzügig unter den Tisch fallen ... Zu wessen Sprachrohr lassen sich die Veranstalter eigentlich machen? Einen Stand des Landes Syrien findet man nicht, dafür bekommen die den Muslimbrüdern nahestehenden „Rebellen“ einen. Der syrische Bürgerkrieg ist inzwischen auch auf der Leipziger Buchmesse angekommen.

Von Sachsen über Syrien in finnische Wälder

Ralf Richter mit Randentdeckungen auf der Leipziger Buchmesse



Foto: Leipziger Buchmesse

Interessant ist in der internationalen Halle allein die Präsentation der Länder: Die Messerepräsentanten von Kroatien, Serbien, Montenegro und anderer jugoslawischer Staaten ignorieren sich gegenseitig so gut es geht – in den Büchern aber wird deutlich, dass es kaum einen „serbischen“, „slowenischen“ oder „kroatischen“ Autor gibt. Sie alle haben in Jugoslawien gelebt, die heute 40 und älter sind. Die Zerstückelung Südslawiens – nichts anderes heißt Jugoslawien – ist ein Unding, aber vielleicht braucht es eine junge Generation, um zusammen zu fügen, was zusammen gehört. Ganz anders die Nordeuropäer! Dort ging es zwar schon immer durcheinander: Mal waren die Dänen Großmacht und die Norweger ihr Kolonie und die Schweden so großmächtig, dass Finnland zu ihnen gehörte – von daher rühren immer noch kleine Streitigkeiten. Aber

nach außen treten die Skandinavier in sympathischer Geschlossenheit auf: Man kennt sich und die Schwächen und Stärken der Nachbarn. Und auch wenn man eher auf kühle Art befreundet ist: an Respekt mangelt es nicht. Hier gehen die Stände der Schweden, Finnen, Isländer, Dänen, Norweger ineinander über. Bei den Norwegern findet man auf Deutsch den „Atlas der verschwundenen Länder“ von Björn Berge. Wer selbst in einem „verschwundenen Land“ geboren wurde, wird sich magnetisch angezogen fühlen! Bei den Finnen findet sich ein anderes spannendes Buch. Es heißt: „Verrückte vom Freiheitsplatz und andere Geschichten“. Geschrieben hat es Hassan Blasim. Der Autor wurde 1973 in Bagdad geboren, studierte dort an der Filmhochschule, zog 1998 nach Irakisch-Kurdistan und emigrierte schließlich 2004 nach Finnland. Heute gilt er als der vielleicht bes-

te zeitgenössische arabische Schriftsteller. Acht Jahre Krieg mit dem Iran, zwei Kriege mit den USA sowie Herrschaft und Sturz Saddam Husseins sind der unerschöpfliche literarische Stoff für den Autor aus einem Land, dessen Bevölkerung die Eskalation der Gewalt miterleben musste und wo viele heute von Traumata und Alpträumen geplagt werden. Hassan Blasims Bücher erscheinen in Deutschland im Antje-Kunstmann-Verlag.

Eine ganz besondere Überraschung aber ist das „Jahrbuch für finnisch-deutsche Literaturbeziehungen“. In der Nr. 49 vom Jahr 2017 findet man sogar etwas vom Treiben eines Sachsen in den finnischen Wäldern. 1858 lud der finnische Staat den deutschen Forstwissenschaftler Edmund von Berg ein, den Zustand der dortigen Wälder zu untersuchen. Der Genannte war kein anderer als der Direktor der Akademie für Forst- und Landwirte Tharandt. Sein vernichtendes Urteil über die Situation in Finnland fällte der Sachse sechs Wochen nach seinem Eintreffen in Finnland: „Die Dummheit der Menschen und das Gewinnstreben der Holzhändler“ hätten eine erhebliche Waldzerstörung verursacht. Wer tiefer in die finnisch-deutschen Literaturbeziehungen eintauchen will, wird umgehend an das Finnland-Institut in Deutschland verwiesen, im Internet unter www.finnland-institut.de zu finden.

Das Schönste am Stand der Skandinavier aber die Selbstverständlichkeit, mit der jungen Angestellte aus Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark kooperieren. Neid und Hass und Entfremdung haben offenbar in dieser kleinen heilen Welt des „Springenden Löwen“ seit Jahrzehnten keinen Platz mehr. Das tut nicht nur den Menschen wohl, die dort leben, sondern auch denen, die sich mit dem Nordeuropa beschäftigen. Dem zerschredderten unaufhörlich Mauern bauenden europäischen Osten und Süden steht der offene, weitgehend harmonisch-kooperierende Norden gegenüber. Die Kroaten schauten in Leipzig auf den Rücken der Serben, während die Skandinavier gemeinsam auf die Besucher zugehen. Auch das ist eine Erfahrung, für die es sich immer wieder lohnt, die Leipziger Buchmesse zu besuchen!

Es reicht!

Erklärung der Leipziger Bürgerinitiative „Gute Nachbarschaft mit Russland“

Mit großer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass unsere Regierung weiter an der Eskalationsschraube gegen die Russische Regierung dreht. So hat sie sich jüngst ohne Not die nach wie vor völlig unbewiesenen Behauptungen und Schuldzuweisungen der britischen Premierministerin May zum Fall Skripal zu Eigen gemacht. Der ständig verschärfte Konfrontationskurs des Westens kann jedoch gefährlich schnell von einem kalten in einen katastrophalen heißen Krieg übergehen.

Wir erwarten in dieser kritischen Si-

tuation von der Bundesregierung und vom Bundesaußenminister Maas persönlich, dass sie alle Schritte unterlassen, die zu einem weiteren Anwachsen der Spannungen führen. Die Regierung Russlands und das russische Volk sind mit dem gleichen Respekt zu behandeln, wie es das Völkerrecht gebietet. Schluss mit Verdachtsberichterstattung und Vorverurteilungen, die nur dazu führen, dass sich die Völker und Regierungen mit wachsendem Misstrauen und mit Ängsten gegenüberstehen. Es gibt genügend rechtstaatliche Regularien, die für internationale Kon-

flikte geschaffen wurden. An die hat sich unser Land – gerade auch eingedenk der im deutschen Namen begangenen Verbrechen der NS-Zeit – allen Staaten gegenüber und damit auch gegenüber Russland strengstens zu halten.

Wir wollen und brauchen keinen kalten Krieg und erst recht keinen heißen! Wir versichern vielmehr allen Menschen in Russland, dass wir mit ihnen in guter Nachbarschaft leben wollen, ebenso mit allen anderen Völkern Europas und der Welt. Wir fordern daher die Beendi-

gung aller ungerechtfertigten Maßnahmen gegen Russland und die Aufhebung der Sanktionen.

Für die Bürgerinitiative:

Dipl.-Ing. Manfred Hessel
Ingo Klein

Dr. med. Helga Lemme
Andrea Roscher-Muruchi
Architekt BDA Johannes Schroth
Prof. Dr. habil. Cornelius Weiss

Mehr: gutenachbarschaftmitrussland.blogspot.de

Gerd Koenens „Farbe Rot“ ist zweifellos eine brillante Erzählung über ein vielgesichtiges gesellschaftliches Phänomen: die kommunistische Weltbewegung. Das dickleibige Buch des Historikers und Publizisten ist zugleich eine opulente Bildungsreise durch Jahrtausende menschheitlicher Kulturgeschichte. Für den Autor eine unabdingbare Konsequenz ganzheitlicher Geschichtsschreibung, um das Momentum der roten, also der kommunistischen Ideengeschichte und der realsozialistischen Praxis in ihrem Werden, Wachsen und Vergehen in das vielfarbige Kontinuum der Zeitläufte einordnen zu können. Als Koenens Mammutwerk von 1.133 Seiten im Vorjahr erschien, brauste ein Sturm der Begeisterung durch das Feuilleton. Ein Meisterwerk in Stil und origineller Reflexion! Doch gab es auch kritisch-distanzierte Stimmen, die dem fulminanten Fabulierer ankreideten, mit unterhaltsam-sprachlichem Schmelz mehr bunt-poetische Kompilation denn genuin-historisierende Tiefenanalyse betrieben zu haben.

Was Wunder, dass sich diese Lesarten auch beim 33. Jour fixe des unkonventionellen Gesprächskreises Mitte April am Leipziger Sitz der sächsischen Rosa-Luxemburg-Stiftung in unterschiedlicher Pointierung äußern. Den kritisch-reservierten Grundton schlägt Wolfgang Geier in seinen einleitenden Bemerkungen zu Autor und Werk an. Der Kulturhistoriker hält bereits Koenens Rot im Buchtitel als „Metapher für Weltgeschichte des Kommunismus über mehrere tausend Jahre“ für verfehlt, weil Rot als politisch-ideologische Markierung erst in der Revolution von 1789 inanguriert worden sei. Überhaupt nehme es Koenen nicht immer so genau mit historischen Tatsachen. Einerseits schreibe er über viele Phänomene „vehement hinweg“. An-

„Die Farbe Rot“ – nur eine verfehlt Metapher?

Streitbare Debatte bei Jour fixe über Gerd Koenens Geschichte des Weltkommunismus. Von *Wulf Skaun*



dererseits entgingen ihm wesentliche Deutungslinien kommunistischer Entwicklungsetappen, da er auf komparatistische Betrachtungen, „das unentbehrliche kleine Einmaleins“ des

Historikers, verzichte. Als Beispiele für das seines Erachtens methodische Manko führt der Kritiker Koenens unterlassenen Vergleich von Theorie und Praxis revolutionären Terrors bei Robespierre und Lenin und die fehlende Konfrontation von Stalinismus und Hitlerfaschismus an. Demgegenüber habe der Erzähler den „Stammbaum des Kommunismus“ in üppigen Bildern bis in „absurde, archaische“ Vorzeiten verfolgt (Gilgamesch-Epos) und eine „Komparserie“ von Personen der Weltgeschichte aufgebildet (darunter Platon, Campanella), denen nun wahrlich keinerlei kommunistische Attribute zukämen. Schließlich bilanziert der Leipziger Emeritus für Kulturgeschichte und -soziologie, der brillante Großliterat Koenen habe der Kultur- und Ideengeschichte überbordend gefrönt; die Realgeschichte sei aber weitgehend auf der Strecke geblieben.

Hartmut Kästner eröffnet die Diskussion mit einem Lob für des Referenten „bewundernswerte“ Analyse und Bewertung des „gewaltigen Buches“. Er

selbst vermisse bei Koenen, dass er seinen Gegenstand „Kommunismus“ definiere und seine Geschichte und Zukunft ernsthaft diskutiere. Worauf Wolfgang Geier erklärt: „Als Historiker halte ich die 1000 Seiten für einen groß geratenen Essay, nicht für ein wissenschaftliches Werk.“ Diesem Urteil stimmt Monika Runge weitgehend zu. Ihr scheine, der Autor habe aus der „Vogelperspektive“ geschrieben, das aber journalistisch brillant und mit vielen durchaus wissenswerten Details. Doch habe er auf 1000 Jahre Geschichte ohne wissenschaftliche, vor allem ohne Analogie-Methodik geblickt. Dies habe sicher gar nicht in seiner Absicht gelegen, mutmaßt Arnd Krause. Auch er sähe in dem Werk eher einen Großessay als eine historisch-kritische Untersuchung. Währenddessen empfiehlt Bernd Jühran, Alfred Kosings Werk „Aufstieg und Untergang des realen Sozialismus“ in die Debatte einzubeziehen. Der Philosoph, der in den 1960er Jahren in Leipzig lehrte, liefere Antworten, die Koenen schuldig geblieben sei.

Klaus Kinner hatte als Moderator des Abends das wiederum große Auditorium mit seinen Lektüreeindrücken begrüßt: Koenens Buch sei ein grandioser Versuch, die Geschichte des Kommunismus in ihrer Gesamtheit nachzuzeichnen. Angesichts der die Debatte prägenden Kritik setzt er nun einen Kontrapunkt, auch die produktiven Fragestellungen Koenens zu würdigen, für den Kommunismus keineswegs abgeschlossene Geschichte sei. Manfred Neuhaus unterstreicht diesen Gedanken. Für ihn liege ein großartiges Buch vor, aus dem, über alle Schwächen hinweg, die Linke viel lernen könne. Mit ihrer Wortmeldung, dass es auch junge Menschen dank seiner literarischen Zugkraft erreiche, setzt eine Altersgenossin den Schlusspunkt unter eine unvollendete Diskussion.

Wie weiter in Syrien?

Stefan Liebich, außenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag, schlägt vor: Syrien nicht spalten, das Völkerrecht achten und Kriegsverbrechen ahnden

Die Lage in Syrien hat sich auch im achten Jahr des Krieges nicht verbessert. Hunderttausende sind in dem Konflikt um das Land getötet worden, elf Millionen Syrerinnen und Syrer sind auch der Flucht. Mitte April verschärfte sich die Situation erneut. Der syrische Machthaber Baschar al-Assad soll erneut Chemiewaffen im Kampf gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt haben. Damit sei eine rote Linie überschritten, twitterte der notorisch unberechenbare US-Präsident Donald Trump und kündigte Vergeltungsschläge gegen das Assad-Regime an. Er ignorierte dabei alle Bedenken der amerikanischen Sicherheitsbehörden und der internationalen Gemeinschaft. In Allianz mit Großbritannien und Frankreich griffen die USA Ende April völkerrechtswidrig Syrien an.

Präsident Trump, der französische Präsident Emmanuel Macron und die bri-

tische Premierministerin Theresa May hatten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht einmal befragt, bevor sie militärisch losschlugen. Damit haben die drei Akteure, wie auch schon Russland in der Vergangenheit, der UNO massiv Schaden zugefügt. Sie missachten systematisch ihre eigenen Regeln und gefährden damit das einzige auf globaler Ebene legitimierte Gremium. Die Frage, die sich nun aber zuerst stellt, ist: Wie weiter in Syrien?

Der Versuch, Assad militärisch von seiner Macht zu entfernen und dort zu einer neuen Regierung zu kommen, ist zweifellos gescheitert, daran ändern auch die Trumpschen Luftangriffe nichts. Mehrfach wurde versucht, den Konflikt militärisch zu entscheiden, am Anfang vonseiten des „Westens“, der die sogenannten Rebellen, die zum Teil mit Islamisten kooperiert haben, ausgebildet und mit Waffen un-

terstützt hat. Aus Kreisen des Bundesnachrichtendienstes hieß es damals gar, es würde nur wenige Monate dauern, bis Assad militärisch besiegt sei. Etwas später ist Russland, auf Wunsch Assads, militärisch eingestiegen; von Anfang an unter der Prämisse, man wolle einen militärischen Sieg. Dieser russisch-syrische Sieg steht nun wahrscheinlich kurz bevor und es muss in den Vordergrund rücken, was dann mit Syrien passiert.

Derzeit gibt es Überlegungen, dass man Einflusszonen schafft, die Syrien de facto spalten würden. Das scheint uns keine sinnvolle Lösung zu sein. Besser wäre es, wenn sich alle Akteure auf den Plan zurückbesinnen würden, der vor einer geraumen Weile diskutiert und verabredet wurde. Dort einigte man sich darauf, dass Syrien nach Ende des Krieges ein säkularer Staat werden soll, dezentral organisiert und

innerhalb der Außengrenzen, wie sie waren. Im Idealfall, obschon derzeit nicht vorstellbar, sollte die syrische Bevölkerung demokratisch Prozess entscheiden, wer künftig regiert.

Zudem müssen neutrale Beobachter Beweise für begangene Kriegsverbrechen sammeln können, damit diejenigen, egal auf welcher Seite, die Verbrechen begangen haben, gemäß internationalem Recht vor den internationalen Strafgerichtshof gestellt werden können. Deutschland als Unterzeichner der Römischen Verträge, die den Internationalen Strafgerichtshof ermöglichen, sollte seinen Beitrag leisten, indem es seine Verbündeten und auch Russland dazu animiert, sich an diesem internationalen Gremium zu beteiligen. So könnte langfristig vielleicht wenigstens ein bisschen Gerechtigkeit in Syrien hergestellt werden.

Am zweiten April starb die Grande Dame des ANC. Bis zuletzt hat sie jugendlich gewirkt und sich auch stets politisch geäußert – anders als ihr Ex-Mann, der schon lange ein Schatten seiner selbst war, bevor er 2013 als 95-Jähriger starb. Sicher ist: Es hätte ohne eine Winnie Mandela keinen Nelson Mandela als Staatspräsidenten Südafrikas gegeben. Diese Frau war in den entscheidenden Jahren nach der Inhaftierung Nelson Mandelas 1962 das Gesicht des Widerstandes und repräsentierte unbeirrbar in schwerster Zeit trotz Verhaftungen, Verbannungen, Folterungen und Verfolgungen den ANC.

Geboren wurde Nomzamo Winifred Zanyiwe Madikizela am 26. September 1936. Nomzamo, ihr Xhosa-Name, heißt übersetzt: Die, die es versucht. Sie wurde in der Provinz Ostkap geboren, als viertes Kind ihrer Eltern Columbus und Gertrude. Sie wuchs in einem Lehrershaushalt auf: Ihr Vater war Geschichtslehrer, während ihre Mutter Hauswirtschaft unterrichtete. Das Mädchen war Klassenbeste und studierte Sozialarbeit, später machte sie den Bachelor im Fach Internationale Beziehungen. Sie war 22 Jahre alt, als sie den damals noch verheirateten Anti-Apartheidaktivisten und Rechtsanwalt Nelson Mandela kennenlernte. Diese Beziehung veränderte ihr Leben in dramatischer Weise.

In Südafrika herrschte Apartheid bereits seit 1913 mit der Einführung des Native Land Acts – er bestimmte, dass die schwarze Bevölkerung auf 7,3 Prozent des gesamten Landes in Homelands leben musste. Es war interessanterweise die Labour Party, die 1910 erstmalig den Begriff Rassentrennung eingeführt hatte. Damals waren Spannungen entstanden, als Nicht-Weiße Land in Gebieten von armen Weißen kaufen wollten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam die National Party 1948 an die Macht und regierte das Land bis zu den ersten freien Wahlen 1994. Sie verschärfte die Gesetze. Außerordentlich Geschlechtsverkehr zwischen den Bevölkerungsgruppen stand bereits seit 1927 unter Strafe, 1949 kam das „Gesetz gegen Gemischtehen“ hinzu. 1950 wurde per Gesetz die Einteilung der Bevölkerung vollzogen in Weiße, Farbige und „Einheimische“. Dem folgte das Gesetz über getrennte Einrichtungen – von Schulbussen über Restaurants und Toiletten bis hin zu Blutkonserven.

Die am stärksten in allen Bereichen benachteiligte Gruppe war die Mehrheitsbevölkerung der Schwarzen. Dagegen regte sich frühzeitig Widerstand. Zwischen 1890 und 1920 hatten sich verschiedene afrikanische Widerstandsgruppen zusammengefunden. 1912 wurde der SANNC (Südafrikanischer Eingeborenen Nationalkongress) gegründet. Die Umbenennung in ANC erfolgte 1923. Von Anfang an setzte sich der ANC für Gleichberechtigung ein und war offen für alle Bevölkerungsgruppen: Schwarze, Farbige, Weiße und Inder. Während der Streikbewegung 1948 wurde zur Unterstützung von Berg-

Das Erbe der „Mutter der Nation“

Ralf Richter mit einem Nachruf auf Winnie Mandela



Foto: SuperStock / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0

arbeitergewerkschaften das Bündnis von ANC und der Kommunistischen Partei Südafrikas geschlossen.

Die Kämpfe verliefen zuerst friedlich. Mahatma Gandhi hatte mit dem gewaltlosen Widerstand in der von Indern stark bevölkerten Provinz Kwazulu-Natal im Raum Durban begonnen. Er betrat 1892 erstmals südafrikanischen Boden. Als 1906 ein Gesetz der Briten bestimmte, dass alle Inder sich über ihre Fingerabdrücke registrieren sollen, kam es zu gewaltfreien Massenprotesten – die Gefängnisse quollen über und das Gesetz wurde 1914 aufgehoben. Der Widerstand des ANC orientierte sich zunächst an dem von Gandhi eingeführten Modell des gewaltfreien Widerstandes – bis die Übergriffe durch die Polizei immer gewalttätiger wurden.

Bei einer Demonstration gegen die Passgesetze am 21. März 1961 eröffnete die Polizei aus Maschinenpistolen das Feuer auf die Demonstranten. Von den Kugeln getötet wurden 51 Männer, acht Frauen und zehn Kinder – die meisten wurden von hinten erschossen. Außerdem wurde der ANC verboten. Diese Ereignisse brachten den Wendepunkt. Es kam zur Gründung von Umkhonto we Sizwe, deutsch: Speer der Nation. Speer der Nation will mit Waffengewalt dem weißen Repressionsapparat Paroli bieten. Der ANC im Untergrund aber war skeptisch, so dass in der Anfangsphase Umkhonto we Sizwe (MK) nicht als bewaffneter Flügel des ANC betrach-

tet werden kann. Erstmals in Erscheinung trat der MK am 16. Dezember 1961, einem Feiertag, mit Anschlägen in Johannesburg und Port Elizabeth. 18 Monate später wird die gesamte MK-Führung festgenommen. Ihr Führer: Nelson Mandela.

Von diesem Moment an war Winnie das Gesicht des Widerstandes. Obwohl Nelson Mandela festgenommen war, operierte der MK weiter. Kader wurden insbesondere in Afrika, aber auch in den sozialistischen Ländern ausgebildet. Allein im mecklenburgischen Teterow bildete die DDR bis Ende der 80er eintausend MK-Kämpfer aus. Sie kamen nicht nur in Südafrika zum Einsatz, sondern auch im Befreiungskampf in Namibia – besonders viele Trainingslager befanden sich in Angola und Mosambique. Der MK verübte eine Reihe von Anschlägen, wobei am Anfang galt, dass keine Personen zu Schaden kommen sollten. Das änderte sich später, als Armeeeinrichtungen direkt attackiert wurden. Unter allen Umständen aber sollte es vermieden werden, Zivilisten zu treffen, was letztlich nicht immer gelang.

Der MK kann als Kaderschmiede des ANC angesehen werden: Der letzte Präsident Jacob Zuma war seit 1962 MK-Mitglied und seit 1982 Chef des ANC-Nachrichtendienstes, der später ermordete Generalsekretär der SACP Chris Hani war von 1987 bis 1992 Stabschef des MK. Während ANC und MK offiziell im Westen als Terroror-

ganisationen galten, wurden sie von den Unterstützern des Anti-Apartheidkampfes sowie vielen afrikanischen und sozialistischen Ländern ganz offiziell als legitime Befreiungsbewegung unterstützt.

Nach dem Ende des Kampfes und der Machtübernahme bei den ersten freien Wahlen durch den ANC geriet Winnie in den Schatten ihres Mannes. Sie, die noch bis zu seiner Freilassung alle Fäden im ANC in der Hand hielt, gelangte auf Abstellgleis. Zwar führte sie die ANC Frauenliga, aber Richtungsentscheidungen lagen nicht bei ihr. Der ANC, der einst die Verstaatlichung der Großindustrien und Minen anstrebte sowie die Enteignung der weißen Großfarmer, handelte mit Nelson Mandela an der Spitze aus, dass es nach den Wahlen keine Aufarbeitung der Geschichte geben solle. Es blieben nicht nur die Verbrechen von Sharpeville und andere Massaker und Morde ungesühnt, auch die Besitzverhältnisse wurden nicht angetastet. Das Land verblieb im Besitz der weißen Farmer. Lediglich in der ANC Spitze gab es nun Großverdiener wie den derzeitigen Präsidenten Südafrikas, Cyril Ramaphosa. Die weiße Wirtschaft kauft sich die ANC-Führung ein und stellte radikale Kräfte kalt, die an der Wende festhielten. Chris Hani, Generalsekretär des SACP, wurde 1993 vom einem polnischen Rechtsradikalen erschossen. Doch auch der NIS, der Geheimdienst des weißen Regimes, hatte noch eine Rechnung mit Winnie offen. Auf sie wird ein Offizier der Abteilung Strategische Kommunikation angesetzt. Der Plan, Winnie Mandela innerhalb des ANC kalt zu stellen und zu verleumdern, ging auf.

Es kam zur Scheidung von Nelson Mandela, Winnie Mandela wurde mehrfach angeklagt. In den letzten Jahren gab es Kontakte zwischen ihr und der neuen linken Kraft in Südafrika, den Economic Freedom Fighters (EFF) unter ihrem Chef Julius Malema, der sich seinerseits an Hugo Chavez orientiert – entsprechende rote Uniformen und Barette tragen seine Kampfgefährten. Julius Malema war Chef der ANC-Jugendliga, bevor er sich vom ANC abspaltete. Er vertritt der Meinung, dass Winnie Mandela Nelson hätte nachfolgen müssen und dass unter ihrer Führung heute nicht das fruchtbarste Land weiterhin im Besitz weißer Farmer geblieben wäre. Die EFF scheinen nachholen zu wollen, was Winnie Mandela und Chris Hani nicht geschafft haben.

Der Machtkampf beginnt erst. Beim Massaker von Marikana 2012 schoss die Polizei wie in Apartheidzeiten auf Grubenarbeiter. Zu den Mitverantwortlichen zählt der EFF den neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa. Am 20. Februar fragte die Zeitung „The South African“: „Marikana – Was war Cyril Ramaphosas Rolle?“ Sicher ist, dass der Unternehmer an der Mine beteiligt ist. Der EFF sieht sich als ideologischer Erbe der Ideen von Winnie Mandela und hat vor, den ANC zu beerben – indem er umsetzt, was der ANC einst wollte, aber unter Nelson Mandela nicht angepackt hat.

Traurig das Land, das Helden braucht

Horst Schneider fragt, was an der Bundeswehr traditionsstiftend ist

Der 28. März 2018 war ein großer Tag für Ursula von der Leyen, die Geschichte der Bundeswehr, für die Nation, vielleicht sogar für Europa. Die neue und alte Verteidigungsministerin weihte in Hannover eine Kaserne mit einem neuen Namen und unterzeichnete den neuen (zweiten) Traditionserlass der Bundeswehr: „Die Tradition der Bundeswehr – Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“. Das Ereignis in Hannover wurde von vielen Medien begleitet. Von der Leyen schlüpfte in das Kostüm der Mutter Theresa: „Die Truppe ist klasse, die große Mehrheit macht einen hervorragenden Dienst, sie sind mir ans Herz gewachsen.“ In Kurzform: Ich liebe euch alle! Aus dem neuen Traditionserlass, dem Koalitionsvertrag und den Reden der Ministerin darf abgeleitet werden: Die Akteure, ob im Hintergrund oder auf der Bühne, sind sich der Bedeutung der Tradition, insbesondere der Militärtradition, bewusst.

Tradition ist nicht das gesamte geschichtliche Erbe. Traditionspflege beschränkt sich auf Persönlichkeiten und Ereignisse, die beispielgebend wirken sollen. Von der Auswahl von Gedenktagen bis zu Straßennamen bestimmt die politische Klasse, was Tradition wird. Deshalb war und ist eine gemeinsame Tradition zwischen den Krupps und Krauses ausgeschlossen. Ein Beispiel: Die BRD beging von 1954 bis 1990 den 17. Juni als Gedenk- und Feiertag, die DDR den 8. Mai als Tag der Befreiung.

Veränderungen im politischen Machtgefüge ziehen Veränderungen in der Traditionspflege nach sich. Warum ist für die jetzt Regierenden ein neuer Traditionserlass nötig geworden? Der erste stammt von 1982, als der Sozialdemokrat Hans Apel das Verteidigungsressort leitete und Helmut Schmidt (noch) Bundeskanzler war. Es herrschte kalter Krieg, aber mit den Ostverträgen und den Helsinki-Prinzipien waren die Wei-

chen der Politik auf Entspannung gestellt. Im ersten Traditionserlass von wurde ein pluralistisches Geschichtsbild noch nicht verpönt. Es fanden leidenschaftliche und fruchtbare Debatten über den Platz der Männer des 20. Juli 1944, Feldmarschall Rommel und andere Nazigenerale statt, wobei der sachliche Streit zwischen DDR- und BRD-Historikern nicht selten war. Etwa zwanzig Namen von Kasernen standen zur Disposition, z. B. die Dietl-Kaserne in Füssen.

Von der Leyen erklärte nun kategorisch: „Die Wehrmacht als Institution kann niemals traditionsstiftend sein“. Aber die Hitlergenerale? Gehören Hans Speidel, Adolf Heusinger und andere Kriegsverbrecher und Massenmörder nicht zu den Mitbegründern der demokratischen Bundeswehr?

Das Erwähnen solcher Namen führt zwangsläufig zu Assoziationen mit den Namen von Repräsentanten der NVA. Und da lauert eine große Gefahr. Der Traditionserlass und von der Leyen verkünden unisono: „Als verlängerter Arm einer autoritären Obrigkeit kann die NVA als Institution nicht traditionsstiftend sein.“ Ausnahmen könne es geben, z. B. „hochanständige Persönlichkeiten, die beim Fall der Mauer ... Gewalt gegen friedliche Demonstranten verhindert haben.“ Ja, wer ist denn das gewesen? Im Prozess gegen Egon Krenz wurde im Urteil geschichtsnötig festgestellt, dass er und die NVA-Führung das Schlimmste verhinderten, den möglichen Krieg oder Bürgerkrieg, den die Feinde der DDR kalt einkalkulierten. Während die Nazi-Kriegsverbrecher die Bundeswehr aufbauten, standen an der Spitze der NVA Männer, die die spanische Republik verteidigt oder in den Reihen der Roten Armee gekämpft hatten. Die NVA war „Instrument“, Instrument bei der Verteidigung des Friedens. Die Wehrmacht war Instrument,

nämlich der aggressivsten imperialistischen Kräfte. Wenn von der Leyen Wehrmacht und NVA in einen Topf wirft, um deren Beitrag in der Traditionspflege abzulehnen, folgt sie zwar den Vorgaben der Totalitarismus-Doktrin, nicht aber der historischen Wahrheit: Die NVA hat nie Krieg geführt. Ihr Auftrag war die Friedenssicherung. Die Aufgabe der Wehrmacht war die Kriegführung zum Zwecke „deutscher“ Weltherrschaft. Und die Bundeswehr? Das sagen uns von der Leyen und der Traditionserlass selbst: „Die Bundeswehr wird zum zentralen Bezugspunkt unserer Tradition.“ Welcher neuen Tradition? Von der Leyen erklärte das so: Der in Hannover geehrte, in Afghanistan gefallene Held „Hauptfeldwebel Lagenstein steht stellvertretend für die vielen tausend Einsatzsoldaten der Bundeswehr, die fern der Heimat Gesundheit und Leben riskieren.“ Fern der Heimat zu fallen ist der Grund für die Totenehrung? Sind Wehrmachtssoldaten nicht auch vor Stalingrad und im Wüstensand Afrikas gestorben? Was hatten sie dort zu suchen? Was hat Deutschland durch ihren Heldentod gewonnen? Soll die Auswahl bestätigen, was der Sozialdemokrat Struck verkündet hatte – „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ (wie China am Rhein)?

Wenn der neue Traditionserlass und die erste Glorifizierung eines verfassungswidrigen Bundeswehreinsatzes „traditionsstiftend“ wirken sollen, bedeutet das, dass der Bruch des Völkerrechts und des provisorischen Grundgesetzes zur Norm wird. Die „Tradition“ der Kriegführung weltweit wird zur Maxime deutscher Außenpolitik. Das war zur Zeit der Existenz der DDR und der NVA ausgeschlossen. Der Streit, den von der Leyen ausgelöst hat, wird vielen die Augen öffnen, hoffentlich auch den Soldaten, die verheizt werden sollen wie Lagenstein. Brecht bedauerte das Land, das Helden braucht.

Lyrisches

Beziehungslos

*Der Kaffee
läuft durch die Maschine.
Meine Tränen
über das Gesicht.
Beziehungslos.*

*Der Sekt
ist trocken.
Meine Tränen
sind feucht.
Beziehungslos.*

*Das Bier
ist warm.
Meine Tränen
sind kalt.
Beziehungslos.*

*Nur der Wein
ist lieblich.
Meine Tränen,
sind getrocknet.
In Beziehung ...*

• René Lindenau

Sanft

*Im Tulpensee
ein Frühlingswind
beginnt*

Fesseln

*Flaschenhalseng Atemzug
Luftnot Alltag*

• Janina Niemann-Rich

Konjunktiv tiefschwarz

*Aggressionsmonster von
Natopanzern
bedrohen russische Westgrenze
drachenüble Völkerrechtsverletzung
durch Raketen auf Syrien
Putin fühlt seine Reputation
attackiert
wäre er wie Trump
hätte er wohl den Horror-Knopf
gedrückt*

• Jürgen Riedel

Rolli!

Vor dessen zehntem Todestag erinnert Heinrich Ruynat an seinen Genossen Rolf Weinhold

1989-1990 hätte die „Wende“ – Du sagtest immer Konterrevolution – uns beide fast aus der Bahn geworfen. Im März 1990 war der Sonderparteitag der SED bereits Geschichte, aus dem Namen „SED-PDS“ war „PDS“ geworden ... Die Hetzjagd der neuen Herrschenden auf die PDS begann. Die DDR sollte delegitimiert werden. Ein erheblicher Teil der Mitglieder hatte die Partei verlassen, und im Angesicht der Katastrophe, von Enttäuschung und eigener geschichtlicher Schuld und Resignation fand ich in Hans Modrow, Michael Benjamin, Peter Porsch und Sahra Wagenknecht meine Vorbilder. Nach kurzem Intermezzo bei der KPD trat ich Ende 1990 der PDS



bei. Für Dich, Rolli, war dieser Weg nicht radikal genug, Du wurdest aktives Mitglied der DKP mit gänzlich anderen Politikansätzen. Uns einte seit 1990 der Schwur von Buchenwald; Kampf gegen Faschismus und Krieg, für eine sozial gerechte Welt! Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Intoleranz.

Wir haben so manche Aktion parteiübergreifend in Hoyerswerda organisiert. Mit dem Zusammenschluss von PDS und WASG zur Linkspartei entstand eine neue Lage. Diese Entwicklung hast Du als notwendigen Schritt begrüßt. Die politische und soziale Situation im Lande schreit geradezu nach gesellschaft-

licher Alternative, insofern nach einer starken, beweglichen, aktiven und konsequent antikapitalistischen Linkspartei und dabei brauchen wir linke Verbündete, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen – das war Deine Überzeugung. Verbündete, Kommunisten wie Du einer warst, Rolli! Der Kampf geht weiter, auch in der „Linken“. Dafür stehe ich.

Rolf Weinhold starb nach langer schwerer Krankheit am 9. Juni 2008 in noch jungen Jahren. Er hat bis zum letzten Atemzug seiner, unserer Idee treu gedient. Im Sinne Deiner Freude und Genossen: „Rot Front“!

Der von Uli Schöler und Thilo Scholle herausgegebene Sammelband umfasst Beiträge von 33 Autorinnen und Autoren, die an dieser Stelle nicht im Einzelnen erwähnt werden können. Vielmehr soll das konzeptionelle Anliegen der Publikation besprochen werden, die Überlegungen sozialdemokratischer Historiker enthält, die Aufmerksamkeit und sorgfältige Prüfung verdienen.

Wer sich halbwegs in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auskennt, dem sind die gravierenden Ereignisse des engeren Untersuchungszeitraumes 1916-1922 im Grundsätzlichen bekannt. Mit anderen Worten: Die Faktenlage ist nicht neu, aber ihre Wahrnehmung vielfach durch eine Schwarz-Weiß-Kennzeichnung geprägt, je nach politischem Standpunkt oder -ort bzw. Herkunft und Zugehörigkeit des Betrachters, für deren Überwindung, gemäß dem Wort „Alte Wunden, die langsam heilen könnten“, zumindest die Herausgeber plädieren.

Mit dem vorliegenden Band soll, wie betont wird, eine Perspektive eröffnet werden, welche aus der zweiteiligen Sicht auf die „Phase der Jahre 1916 bis 1922 und den mit ihr verbundenen Spaltungsprozess herausführt“. Dafür wurde bewusst ein biografischer Ansatz für den Hauptteil der Beiträge gewählt, weil „sich vor allem auf diese Weise Differenzierungen und Nuancierungen leichter herausarbeiten lassen“. Das sind im Hauptteil vor allem Philipp Scheidemann, Gustav Brauer, Herrmann Müller, Otto Braun, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Georg Ledebour, Ernst Däumig, Paul Levi, Antonie Pfülf, Alfred Henke, Mathilde Jacob, Clara Zetkin, Erhard Auer, Friedrich Ebert und Arthur Crispian.

Damit wird ohne Zweifel ein breites po-

Alte Wunden, die langsam heilen könnten?

Prof. Dr. Kurt Schneider empfiehlt den neuen Band über die Schlüsselzeit 1916-1922



litisches Spektrum abgedeckt, aber Beiträge zu anderen unverzichtbaren Persönlichkeiten, darunter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die aus der Sicht der Herausgeber „höchst wünschenswert“ gewesen wären, fehlen. Doch wo-

ran lag es? An Autoren dürfte es wohl nicht gemangelt haben. In der Einführung, abgefasst in Erinnerung an die verdienstvolle sozialdemokratische Historikerin Helga Grebing, heißt es dazu, dass zu ihnen zahlreiche Arbeiten vorliegen, jedoch das „breite Spektrum ‚dazwischen‘ lange eher unterbelichtet blieb“.

Ebenso verwunderlich ist, warum als Beginn des Untersuchungszeitraumes das Jahr 1916 gewählt worden ist, denn die grundlegende Ursache der Spaltung war mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Verkündung der Politik des Burgfriedens der klar erkennbare Verrat der Beschlüsse der Sozialistischen Internationale. Am Ende eines Diskussions- und Auswahlprozesses, „der mit einem Call for Papers und einem im Februar 2017 in Berlin durchgeführten Colloquium begann“, habe man sich für eine repräsentative Auswahl entschieden, „die ein ausreichend differenziertes, neues Bild dieser Periode zu vermitteln vermögen“. Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in einzelnen Beiträgen seien auf die differenzierte Sicht der Autorinnen

und Autoren zurückzuführen, die Herausgeber hätten sich einer allzu strengen Vorgabe enthalten.

Bemerkenswert sind die wenn auch teilweise strittigen Gedanken beider Herausgeber zur Aktualität des Rückblicks auf historische Ereignisse. Hierbei sind Ansätze für eine kritische Sicht auf das sozialdemokratische Erbe nicht zu übersehen, wie andererseits erwartet wird, dass sich die Linke mit ihrem „leninistischen Erbe“ auseinanderzusetzen habe. Eine diesbezüglich „bemerkenswerte Absage“ habe bereits Michael Brie zum Ausdruck gebracht. Man sei nunmehr gespannt, ob breitere Kreise der Linken Bries Auffassung zustimmen werden.

Wenn der vorliegende Band einen Anstoß, eine Anregung „zu einem Neunachdenken in der wissenschaftlichen wie politischen Sphäre geben könnte“, schreiben die Herausgeber, dann sei „neben der Kritik an der jeweils anderen Position auch die eigene Parteitradition einer kritisch-selbstkritischen Sichtung zu unterziehen und der Dialog darüber zu beginnen“. Dem ist durchaus zuzustimmen, wenn man sich ohne Illusionen der Schwierigkeit und Dauer eines derartigen Vorhabens auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung im Klaren und gleichwohl davon überzeugt ist, dass Sozialdemokraten und politische Linke in der Lage wären, ihre diesbezügliche Spaltung zumindest teilweise zu überwinden. Auch hierfür gilt, dass es leichter gesagt als getan ist, und das nach über 100 Jahren.

Uli Schöler/ Thilo Scholle (Hg.): *Weltkrieg. Spaltung. Revolution. Sozialdemokratie 1916-1922*. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2018, 472 Seiten, 30,00 Euro. ISBN 978-3-8012-4260-2

Vor 40 Jahren verstorben: Armin Theophil Wegner

Ostern 1933 forderte der jüdische deutsche Schriftsteller A. Th. Wegner den Reichskanzler Adolf Hitler auf, dem Treiben gegen jüdische Bürger Einhalt zu gebieten. Die Folge war, dass Wegner von der Gestapo verhaftet und schwer misshandelt wurde. Wie sein Biograf Martin Rooney berichtet, führte danach sein Leidensweg durch sieben Gefängnisse und drei Konzentrationslager, die er überlebte.



A. Th. Wegner, geboren am 16.10.1886 in Elbersfeld, hatte 1914 in seiner Dissertation „Der Streik im Strafrecht“ Probleme der Gerechtigkeit in einer entwickelten Industriegesellschaft behandelt. Zu Beginn des Weltkrieges als Krankenpfleger ausgebildet, wurde er Teilnehmer der Deutsch-Ottomanischen Sanitätsmission. Im

Rang eines Sanitätsleutnants im Stab des Feldmarschalls von der Goltz tätig, überzeugte er sich in Kleinasien von den Massakern an der in der Türkei lebenden 3,6 Millionen umfassenden indoeuropäischen armenischen Sprachgruppe. Was er sah und erlebte, erschütterte ihn zutiefst. Unter dem Vorwand, die Armenier jenseits des Euphrats ansiedeln zu wollen, übte die Türkei eine zügellose Gewaltherrschaft aus. Wer nicht schon zuvor zu Tode gekommen war, war während der Deportationsmärsche gefährdet, durch Hunger, Durst oder Seuchen. Blutig verfolgt, wurden die Armenier fast völlig ausgerottet.

Trotz strengen Verbots begab sich Wegner in die Flüchtlingslager, machte viele Hunderte Fotoaufnahmen vom Genozid, schrieb detailliert auf, wie Armenier regelrecht abgeschlachtet wurden. Seine Bemühungen, die deutsche Öffentlichkeit über den Völkermord des Bündnispartners Türkei zu informieren, bewirkte seine sofortige Entlassung

aus der Sanitätsmission und den Dienstesinsatz in den Chlorbaracken. „W. ist so zu beschäftigen“, hieß es dazu zynisch in einem offiziellen Eintrag, „daß ihm jede Lust, in Bagdad spazierenzugehen, vergeht.“

Als im Dezember 1916 seine Abberufung erfolgte, gehörte er zu den Schriftstellern, die den „Bund der Aktivisten“ gründeten, der sich am 10. November 1918 zum „Rat der geistigen Arbeiter“ in Berlin konstituierte. Sein Programm entsprach den in der Revolution erhobenen radikaldemokratischen Forderungen. Im Juni 1919 gründete



A. Th. Wegener mit Gleichgesinnten den „Bund der Kriegsdienstgegner“, dessen Geschäftsführung er bis Ende 1922 übernahm. Für den Bund bereiste er zu Vorträgen Deutschland und weitere europäische Länder. Seine antimilitaristischen Forderungen waren gegen Rüstungsfrevel, Kadavergehorsam, Wehrpflicht, Morderziehung und Völkerhetze gerichtet. Zugleich hielt er an seinem Eintreten für die Ächtung der Verbrechen am armenischen Volk fest. Kein deutscher Pazifist engagierte sich so nachhaltig gegen das „organisierte Schweigen über den Völkermord in Armenien“, bekundete R. Giordano. Doch die Welt schwieg. Im Feindbild der faschistischen Nationalsozialisten stehend, wurde A. Th. Wegener als „Kulturbolschewist“ und Autor des Berliner Rundfunks immer heftiger angegriffen.

A. Th. Wegener verstarb am 11. Mai 1978 in Rom, hochgeehrt von Armeniern und Israelis, „doch ohne dass die Deutschen auch nur die geringste Notiz genommen hätten“, schrieb M. Rooney. Als 1961 im Weimarer Volksverlag die Publikation „Deutsches Schriftstellerlexikon. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“ erschien, blieben A. Th. Wegener und sein reichhaltiges schriftstellerisches Schaffen unerwähnt.

• Prof. Dr. Kurt Schneider

Terminübersicht



Dresden, 9. - 25. Mai, Mo - Do 11-17 Uhr, Fr 11-15.30 Uhr

■ Ausstellung
„Grüß Gott! Da bin ich wieder!“*
 Karl Marx in der Karikatur.
 Auswahl: Rolf Hecker, Hans Hübner
 Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Eine gemeinsame Veranstaltung des wir e.V. und der RLS Sachsen.
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Seit 170 Jahren wird Marx karikiert: als Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“, als Stammvater des Sozialismus, als Kronzeuge der Krise heute. Grundlage der Ausstellung ist ein Buch, das Rolf Hecker mit Hans Hübner und Shunichi Kubo im Eulenspiegel-Verlag veröffentlicht hat. Es zeigt Karl Marx in 600 Karikaturen und Plakaten vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Sie setzen sich mit den philosophischen Schaffen von Marx und seiner wechselhaften Rezeption auseinander, seiner Rolle in den sozialen Kämpfen, aber auch mit seinem Privatleben.

Chemnitz, 15. Mai, 14.30 Uhr

■ Lesung
Schreib nur nicht zu gallicht und gereizt - eine Jenny-Marx-Lesung
 REIHE: marx 200 Chemnitz. Zusammengefasst von Manfred Neuhäus (RLS Sachsen), vorgetragen von Mike Melzer (RLS Sachsen). Eine Veranstaltung der Volkssolidarität Chemnitz in Kooperation mit der RLS Sachsen.
Stadtteiltreff Regensburger Str. 51, 09130 Chemnitz

Dresden, 15. Mai, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
REIHE Junge Rosa*
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Das Thema wird in Kürze auf www.sachsen.rosalux.de bekannt gegeben.

Chemnitz, 15. Mai, 19 Uhr

■ Informationsveranstaltung und Konzert
Strom & Wasser*
 Eine Veranstaltung des BOK - Büro für Offensivkultur, der RLS Sachsen u.a.
Kolonnade, AJZ Chemnitz, Chemnitztalstraße 54, 09114 Chemnitz

Chemnitz, 18. Mai, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Fetisch und Freiheit - Über die Rezeption der Marx'schen Fetischkritik***
 REIHE: marx 200 Chemnitz. Mit Dr. Stephan Grigat (Universität Wien). Eine Veranstaltung des AJZ Chemnitz in Kooperation mit der RLS Sachsen.
m54, AJZ Chemnitz, Chemnitztalstraße 54, 09113 Chemnitz

Soll Freiheit Wirklichkeit werden, muß man sich über die Schwierigkeiten Rechenschaft ablegen, die aus der von den Herrschaftsimperativen des Staates und den Verwertungsimperativen des Kapitals dominierten Gesellschaft für die Emanzipation resultieren. Es gilt zu erklären, wie aus der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen eine mal ressentimenthafte, mal regressiv, mal mörderische Partizipation am gesellschaftlichen Unheil im Wege seiner scheinbaren Bekämpfung werden kann. Ersteres verweist auf die Kritik des Fetischismus; zweiteres auf den Antisemitismus.

denheit mit den Verhältnissen eine mal ressentimenthafte, mal regressiv, mal mörderische Partizipation am gesellschaftlichen Unheil im Wege seiner scheinbaren Bekämpfung werden kann. Ersteres verweist auf die Kritik des Fetischismus; zweiteres auf den Antisemitismus.

Leipzig, 19. Mai, 10-18 Uhr

■ Workshop
Pressearbeit - Wie mit der Presse sprechen?
 Mit Netzwerk Leipzig.
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, bitte meldet euch unter folgender Adresse zum Workshop an: schmohl@rosalux-sachsen.de

Dresden, 19. Mai, 15.30 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Die FPÖ & die neue Rechte in Deutschland*
 Mit Stephan Grigat (Permanent Fellow am Moses Mendelssohn Zentrum der Uni Potsdam). Eine gemeinsame Veranstaltung des AZ Conni und der RLS Sachsen.
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden

Chemnitz, 22. Mai, 14 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Gerechte Armut? - Mythen und Fakten zur Ungleichheit in Deutschland*
 Mit Eva Roth (Journalistin). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit dem Seniorenpolitischen Netzwerk.
All in, Rosenhof 14, 09111 Chemnitz

Chemnitz, 22. Mai, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Gerechte Armut? - Mythen und Fakten zur Ungleichheit in Deutschland*
 Mit Eva Roth (Journalistin). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit der VHS Chemnitz.
Veranstaltungssaal, dasTietz, Moritzstraße 20, 09111 Chemnitz

Dresden, 22. Mai, 19 Uhr

■ Finissage
„Grüß Gott! Da bin ich wieder!“*
 Karl Marx in der Karikatur. Mit Katja Kipping (Vorsitzende DIE LINKE.) und Rolf Hecker (Herausgeber). Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Eine gemeinsame Veranstaltung des wir e.V. und der RLS Sachsen.
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Dresden, 25. Mai (19 bis 21 Uhr) und 26. Mai (10-18 Uhr)

■ Workshop
Organisieren, um alles zu verändern: Handwerkszeug für die Arbeit in Nachbarschaften, Bildung und Politik.*
 Mit Rico Rokitte (Koordinator für den Arbeitskreis Organizing der Bundesstiftung).
Wir AG, Martin-Luther Str. 21, 01099 Dresden

Bitte meldet euch bis zum 10. Mai 2018 unter rico.rokittle@rosalux-sachsen.de an. Infos zu Fahrtkosten, Übernachtung demnächst unter: www.sachsen.rosalux.de. Teilnahmebeitrag: 10 €, ermäßigt 5 € (inkl. Pausenversorgung).

Leipzig, 29. Mai, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Techniken der Macht bei Marx und Foucault***
 REIHE: PHILOSOPHISCHE DIENSTAGSGESELLSCHAFT. Mit PD Dr. Peter Fischer, Moderation: Dr. Jürgen Stahl.
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Der französische Philosoph Michel Foucault untersuchte in seinem vielschichtigen Werk u.a. Machttechniken: von der freimütigen Rede (parrhesia) in der Antike bis zum Neoliberalismus im 20. Jahrhundert. Der Vortrag thematisiert insbesondere zwei dieser Machttechniken, die für die kapitalistische Gesellschaft konstitutiv sind, nämlich die Disziplinarmacht und die Biopolitik. Es wird gefragt, inwiefern diese Untersuchungen Foucaults komplementär sind zu bestimmten Aspekten der Kapitalismusanalyse von Karl Marx und welche Schlussfolgerungen daraus für die heutige Gesellschaftsanalyse gezogen werden können.

Dresden, 30. Mai, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Täuscht die Hoffnung aus einer dialektischen Geschichtsphilosophie?
 REIHE: „An allem ist zu zweifeln!“ Marx' Motto heute. Mit Dr. Annette Schlemm (Blog Philosophenstübchen).
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Von der Notwendigkeit des Fortschritts sind wir längst nicht mehr so überzeugt wie früher. Können wir wenigstens Hoffnung auf den „dialektischen Gang der Geschichte“ haben?

Was geschah, als Marx und Engels die Hegelsche Dialektik materialistisch „umstülpten“ und welche Probleme sind damit verbunden? Der drohende Klima-Umbruch der nächsten Jahrzehnte und vielleicht Jahrhunderte sollte uns Geschichtsphilosophien überdenken lassen, die sich bisher allzu leicht von der Hoffnung auf die Dialektik tragen ließen.

Leipzig, 31. Mai, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Die 68er-Bewegung - Mythos und Realität
 REIHE: Jour Fixe - ein unkonventioneller Gesprächskreis
 Mit Prof. Dr. Peter Porsch (RLS), Moderation: Klaus Kinner/Manfred Neuhäus.
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Leipzig, 31. Mai, 18.30 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
14. Mai 1948 - Gründung des Staates Israel*
 Reihe: Rosa L. in Grünau. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier (Historiker).
Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 18, 04207 Leipzig

73 Jahre nach dem Ende der Shoa und 70 Jahre nach der Gründung des Staates Israel erscheinen hierzulande nach wie vor und zunehmend Juden- und Israelfeindschaft, erzeugt auch durch manche Medien. Einige dieser Darstellungen - zur Gründung des Staates Israel, zur Israelfeindschaft arabisch-muslimischer Politiker, Staaten, Organisationen und Institutionen, zur sogenannten Zwei-Staaten-Lösung des Nahostkonflikts, zum Status Jerusalems und andere - werden behandelt.

* in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. *Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.*

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Ute Gelfert, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 23.04.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 06.06.2018.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und

Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Der Reisende

Ralf Richter empfiehlt die packende Vertonung eines lange verkannten Meisterwerks

Das Hörbuch „Der Reisende“ über die Bahnreise des Berliner Kaufmanns Otto Silbermann quer durch Deutschland unmittelbar nach dem Novemberpogrom wird auf der Rückseite des Covers als „Wiederentdeckung“ bezeichnet. Sein Autor Ulrich Alexander Boschwitz starb 1942. Man könnte glauben, seine Werke seien in den 50er Jahren vielleicht in Westdeutschland oder im Exil gedruckt und erst jetzt wieder entdeckt worden. Aber so war es nicht. Boschwitz wurde 1915 in Berlin als Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren. Im Oktober 1942 ertrank der Schriftsteller 27jährig auf hoher See – doch es war kein Unfall, und deutschen Lesern ist bis zu seinem Tode keines seiner Bücher bekannt geworden. 20jährig war Boschwitz schon 1935 emigriert und auf Umwegen nach England gelangt. Dort aber wurde er als „feindlicher Ausländer“ nach Kriegsausbruch interniert und sogar aus England deportiert. Ziel war Australien, wo Boschwitz auch ankam. Doch auf der Rückreise nach England wenig später wurde sein Schiff von einem deutschen U-Boot-Torpedo getroffen und sank.

Zu schreiben begonnen hatte der junge Mann im Ausland, weshalb sein erstes Werk – „Menschen neben dem Leben“ – 1937 in Schweden erschien und bis heute erstaunlicherweise in deutscher Originalsprache nicht zugänglich ist. „Der Reisende“ erschien 1939 als „The man who took trains“ in England unter dem Pseudonym John Crane und 1940 in den USA. 1945 wurde das ebenfalls in Deutsch geschriebene Buch in Frank-



reich veröffentlicht – doch in keinem der beiden deutschen Staaten erschien es. Nein, „Der Reisende“ ist keine Wiederentdeckung in Deutschland, sondern Boschwitz wurde – warum auch immer – bis zum Jahr 2018 als deutscher Autor nicht wahrgenommen.

Wie sich die Pogromnacht auf das Leben der Juden auswirkte, ist bekannt in seiner Abstraktion – aber hat man jemals gelesen, wie ein Betroffener da-

mit konfrontiert wurde, wie er damit klar kommen musste, dass die SA (Gott sei Dank in seiner Abwesenheit!) seine Wohnung stürmte? Silbermann ist Geschäftsmann, seine Geschäfte gehen gut und er hat einen Partner. Verheiratet ist er mit einer „Arierin“. Sie wird anwesend sein und ein weiterer Deutscher, der Silbermanns Haus haben will und, obwohl Parteimitglied, von der SA verprügelt wird. Silbermann geht nach der „Kristallnacht“ natürlich nicht nach

Hause – er entscheidet sich, mit dem Zug durch Deutschland zu fahren. Ziellos zunächst. Sein „nicht-jüdisches Aussehen“ scheint ihn zu schützen. Er kommt mit verschiedenen Fahrgästen in Gespräch. Eine der berührendsten Szenen ereignet sich auf der Fahrt von Berlin nach Hamburg, als er einem erkennbaren Nazi gegenüber sitzt. Dieser ahnt nichts von der Bredouille, in der Silbermann sich befindet, sucht nur einen Schachpartner – und findet prompt in Silbermann seinen Meister. Der Parteimann erweist sich als fairer Verlierer, der sich mit größter Hochachtung von seinem Bezwinger verabschiedet.

Natürlich versucht Silbermann zu fliehen, Belgien ist ein Ziel auf seiner Flucht nach Frankreich, wo sein Sohn lebt. Sachsen dürfte interessieren, dass Silbermann auch in Dresden Station macht und hier als Tourist unterwegs ist. Den Louisenhof hat Boschwitz auf jeden Fall gekannt. Eine ergreifende Szene reiht sich an die nächste. Das Ganze ist eine spannende Zeitaufnahme eines Bahnreisenden auf der Flucht in der Nazizeit, wie man sie bis jetzt nicht lesen konnte. Man kann „Der Reisende“ als Buch erwerben, doch gesprochen von Torben Kessler entfaltet es eine ganz besondere Aura. Selten lauscht man einer szenischen Lesung derart ergriffen. Der Audio-Verlag bietet siebeneinhalb Stunden Hörerlebnis für 20 Euro. Kleiner Tipp: Auf der Homepage des Verlages kann man zweieinhalb Minuten „vorhören“: www.gleft.de/2dE

Von Kassandrarufen und Politpostkarten

„Heute sucht Deutschland in der ganzen Welt alle möglichen und nur unmöglichen Plätze unter der Sonne zu erobern. Wenn heute am Schlusse des Chinakrieges noch keine endgültige Aufteilung Chinas eingetreten ist, so ist der Grund darin zu sehen, dass keiner der beteiligten Mächte der Erste sein will, diesen Raub zu vollziehen, denn ein unabsehbarer Weltkrieg könnte hieraus entbrennen.“ Erstaunlich helllichtige Worte Rosa Luxemburgs, mit denen sie bereits am 13. Dezember 1900 im Hamburger Wahlkreis Eimsbüttel erstmals vor der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ warnte. Ebenso erstaunlich: Die Kassandrarufe der linken Sozialistin wären der Nachwelt entgangen, hätten nicht handschriftliche Polizeiprotokolle sie bewahrt. Auch davon handelt Eckhard Müllers Vortrag „Rosa Luxemburg im Spiegel von Berichten der politischen Polizei im Wilhelminischen Kaiserreich in den Bänden 6, 7/1 und 7/2 der ‚Gesammelten Werke‘“, den er am 12. Oktober 2017 auf der gemeinsamen Veranstaltung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. und des Bundesarchivs gehalten hat.

Jetzt ist der Redetext, leicht gekürzt, in der März-Ausgabe (Nr. 53) der „Mitteilungen“, publizistisches Sprachrohr des Förderkreises, nachzulesen.

Die neue Ausgabe bietet neben spannenden Luxemburg-Entdeckungen wieder jede Menge Lesestoff. Die Rubrik „Archive und Bibliotheken“ steht im Zeichen der Arbeiterjugendbewegung. Dörte Hein stellt die Tätigkeit des in Oer-Erkenschwick beheimateten Archivs der Arbeiterjugendbewegung vor. Ihr Fazit: Archivbibliothek, Aktenarchiv sowie Sammlungen nichtschriftlichen Archivguts bieten umfangreiches Material insbesondere zur SJD – Die Falken nach 1945, zur Internationalen Arbeiterjugendbewegung – Sozialistische Erziehung internationale (IFM-SEI) und zum Sozialistischen Hochschulbund (SHB). Der Autor dieser Zeilen gibt zu, über das August-Bebel-Institut Berlin, das als „kleine Schwester“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gilt, noch nichts gehört zu haben. Welche polithistorischen Schätze Holger Czitrich-Stahl und Reinhard Wenzel in dessen Bibliotheks- und Archivbestand vorgefunden haben, dürfte aber nicht nur ihn in Erstaunen versetzen.

In der Rubrik „Besondere Zeitdokumente“ gibt es eine Fortsetzung. „Mitteilungen“ Nr. 52 hatte Tagebuchnotizen des fast vergessenen Artur Crispian aus dem Jahr 1914 ans Licht der Öffentlichkeit geholt. Nun wird der Quellenfundbericht jenes verdienstvollen USPD-Funktionärs, der seine Stimme laut gegen den Krieg erhoben hatte, von Holger Czitrich-Stahl fortgeschrieben. Wieder bedient wird zudem die Rubrik „Neues aus der Forschung“. Rolf Hoffrogge annotiert das Habilitationsprojekt „Arbeit in der Krise – Gewerkschaftliche Krisendeutungen und Krisenpolitik in Deutschland und Großbritannien“.

Ein Markenzeichen des Periodikums „Mitteilungen“ äußert sich auch darin, dass es kurzgefasste Informationen auch über thematisch eher randständige Gegenstände liefert. So weist Linda Käfers Beitrag über die Exposition historischer Bildpostkarten gegen Faschismus, Krieg und Kapital aus der Zwischenkriegszeit 1919–1939 auf einen einzigartigen Fundus des Hamburger Sammlers René Senenko hin. Siegfried Prokop erinnert an die Leipziger

Herbstmesse 1961, die an bundesdeutschem Boykott ersticken sollte. Wie immer wartet das Heft auch mit einem qualifizierten Rezensionsteil auf. Annelies Laschitzka würdigt das Wirken des japanischen Historikers Prof. Dr. Narihiko Ito (1931–2017), der auch Mitglied des Fördervereins gewesen ist.

Schließlich sei auf eine redaktionelle Veränderung hingewiesen. Holger Czitrich-Stahl, der im vorigen Jahr in den Vorstand des Fördervereins gewählt wurde, verstärkt an der Seite Elke Reuters und Alexander Ambergers nunmehr auch die Redaktion der „Mitteilungen“. In der vorliegenden Ausgabe stellt Rainer Holze dessen Website vor. Holzes informative Beschreibung des Internetportals gibt zugleich Auskunft über Czitrich-Stahls politischen Werdegang und dessen selbstbescheinigte „linkssozialistisch-radikaldemokratische Sicht für eine Welt ohne Krieg und Ausbeutung, Hunger und Not, Umweltzerstörung und Unterdrückung“.

• Wulf Skaun

Vertrieb über: d.goldbeck@web.de

Lothar Lechleiter ist mit seinem Künstlernamen „Black“ immer noch auf den Bühnen im deutschsprachigen Raum unterwegs. Zweifelsohne ist er ein bemerkender Achtundsechziger, der sich stets, wenn auch humorvoll, gesellschaftskritisch engagiert. Seinen bissigen Humor hat er sicherlich nicht allein für seine Kunst entdeckt, bereits 1965 gründete er mit Wolfgang „Schobert“ Schulz, den er im gleichen Jahr bei einem Festival in Lüdenscheid kennen gelernt hatte, das inzwischen legendäre Duo „Schobert und Black“. Dessen Repertoire bestand anfangs ausschließlich aus satirischen Gedichten des Quedlinburger Poeten Fritz Graßhoff.

Fritz Graßhoff war nicht nur Dichter, sondern auch Kunstmaler und Graphiker, der es geschickt verstand, seine meist sehr skurrilen Texte mit karikaturesken Zeichnungen in Einklang zu bringen. Er schrieb neben vielen Balladen, Songs und Gaunerliedern hauptsächlich sogenannte Halunkenpostillen, die für Schobert und Black förmlich zugeschnitten waren. Graßhoff wurde am 9. Dezember 1913 im idyllischen Vorharzstädtchen Quedlinburg geboren, lebte einige Jahre lang in Celle und zog in den 50ern nach Schweden, wo er auf Bellmann-Gedichte stieß, die er ins Deutsche übersetzte. Jahre später ging er nach Kanada, wo er am 9. Februar 1997 starb.

Doch zurück zu Herrn Lechleiter, den wir nun stets Black nennen werden. Er kam 1942 im damals ostpreußischen Stallupönen in der Nähe des heutigen Kaliningrad auf die Welt. Ende der 1950er Jahre erlernte er den Beruf des Drehers, und ganz nebenbei kam es zur Gründung der Folkgruppe Pontocs, die immer noch aktiv sein soll. 1965 spielte diese Formation zum ersten „Festival Chanson-Folklore-International“, das von Peter Rohland, dem ersten deutschsprachigen Chansonnier der Nachkriegsjahre, ins Leben gerufen wurde. Dessen Musikpartner war ebenjener Schobert. Der wiederum tourte eine Zeitlang mit Reinhard Mey. Es schlug, wie bereits erwähnt, die Geburtsstunde des Duos „Schobert und Black“, das sich strikt an seinen Leitspruch „Zusammen singen verbindet mehr als gemeinsamer Dienst bei der Bundeswehr“ hielt und folglich professionell weitermachte.

Schon ein Jahr später wurde das Duo während des dritten Burg-Waldeck-Festivals euphorisch vom Publikum gefeiert. 1967 erschien ihre erste Langspielplatte „Schobert und Black, die singenden Bärte, mit Lästersongs und moralischen Liedern von Fritz Graßhoff und Schobert“. Letzterer war inzwischen ebenfalls als Autor aktiv, mit dem Lyriker Wolfgang Eickelberg entstanden neue Texte, die teilweise nichts an Aktualität verloren haben. Dass der Black maßgeblich an der Erarbeitung der Textinhalte beteiligt war, obwohl er auf keiner Platte als Autor erwähnt wurde, lag gewiss daran, dass er kein GEMA-Mitglied war.

Mit geistreichem Wortwitz, spitzer und oft politisch-satirischer Ironie sowie passendem Geschick in der musikalischen Umsetzung der Lieder gelang

Lieder gegen Dummheit und Ignoranz

Jens-Paul Wollenberg über Lothar Lechleiter und das Duo „Schobert und Black“



Foto: Re:Foto / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0

dem Duo ein sehr eigenwillig-originelles Format, das seinesgleichen suchte. Eventuell bewegte sich das damals ebenfalls populäre Ensemble „Insterburg und Co.“ auf künstlerisch ähnlicher Schiene, doch in diesem Fall überwogen bei weitem charakteristische Stilelemente der sogenannten „Blödeleiszene“, dessen ungekrönter König bekanntlich Otto Waalkes hieß.

Schobert und Black hingegen entwickelten ihren dreisten Humor oftmals aus sehr präziser Beobachtung der alltäglich erscheinenden sozialen beziehungsweise gesellschaftspolitischen Absurditäten. Dass diverse Reaktionen betroffener Institutionen nicht ausblieben, macht deutlich, wie impulsiv ihre sarkastisch bissigen Chansons voll ins Schwarze trafen.

1975 erhielt das Duo den Deutschen Kleinkunstpreis im Fach Chanson, absolvierten mehrere Fernsehauftritte in Westdeutschland, spielte insgesamt vier Mal auf der Burg Waldeck sowie in den Beneluxländern auf und tourte mit Ulrich Roski durchs Land. Sie produzierten unzählige Platten, die sich sehr gut verkauften. Immerhin entdeckte das Label „TELDEC-Telefunken“ das Duo für sich und sorgte selbstverständlich für zahlreiche Auftrittsmöglichkeiten. So füllten sie, und das über hundert Mal im Jahr, nicht nur die Kleinkunsthörsäle, sondern auch die großen Konzertsäle wie die Berliner Philharmonie oder die Grugahalle im Ruhrpott.

Für die Auswahl ihrer immer neu zu gestaltenden Bühnenprogramme bevorzugten sie das literarische Textformat

sogenannter Limericks, eine fünfstrophige Verdichtung, welche nach der irischen Hafenstadt gleichen Namens benannt wurde. Dort war es Brauch, dass Seeleute in den Hafenkneipen skurril groteske Verse vortrugen, teils gesprochen, teils gesungen. Dabei war zu beachten, dass die erste und zweite Strophe einen Reim ergeben mussten, die dritte und vierte einen anderen und die fünfte, pointiert, sich wieder auf die ersten beiden bezog, nach dem Schema 1/1/2/2/1. Die meist sehr schwarzhumorigen Kurzgedichte wurden oft aus dem Stegreif improvisiert und die letzte, also fünfte Zeile, erzielte einen überraschenden und doch geistreichen, sprichwörtlich spitzfindigen Knalleffekt.



Foto: Re:Foto / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0

Im letzten „Limerick IX“ auf ihren 1974 erschienenen Album „Parsifal GmbH und Co. KG“ heißt es in der zweiten Strophe: „Ein Spieler aus Oberhausen / Der kickte am liebsten Linksaußen / Die Partei nahm's ihm krumm / Doch dann wurd's ihm zu dumm / Mit diesen rechten Banansen.“

1979 schließlich kam ihre letzte Scheibe „Schobert und Black + Inga ... denn ich bin ein Untertan – Lieder der Vormärzrevolution“ auf den Markt, die, wie der Titel schon verspricht, Songs um die Zeit der 1848er Revolution beinhaltet. Dabei bevorzugte das Duo freilich jene satirischen Lieder, die ihnen angebracht erschienen.

1985 kam es zum Bruch der Zusammenarbeit. Es wird vermutet, dass der Black sich aufgrund von Schoberts Alkoholexzessen von seinem Duopartner trennte. Letzterer verstarb 1992 und Black selbst hing vorerst seine musikalische Laufbahn an den Nagel, zog nach Recklinghausen und war in einem Verlag tätig, ohne jedoch seine Leidenschaft für die Liedermacherszene zu vernachlässigen. So besuchte er stets die Veranstaltungen auf der Burg Waldeck, sang oft in Freundeskreisen seine Lieder oder erarbeitete gemeinsam mit einem Radiojournalisten und Liedermacherspezialisten Pit Klein ein Fritz Graßhoff-Projekt „Hört mal her, ihr Zeitgenossen“, das 2003 bei Conträr Musik auf CD erschien. Seit 2006 ist der Black schließlich wieder auf den Bühnen unterwegs. 2008 kam sein Album „Meschugge“ auf den Markt. Der Musikjournalist, Schriftsteller und Kenner der Liedermacher-Szene Kai Engelke schreibt im Folker über die CD „Meschugge“: „Er enttäuscht nicht die alten Schobert und Black-Fans, lässt sich aber auch nicht die Chance entgehen, etwas ganz Eigenes, Neues zu produzieren ... und was ganz erstaunlich ist: Blacks Stimme hat in all den Jahren nichts von ihrer Strahlkraft und Klarheit verloren. Eine CD, die in ihrer Gesamtqualität wohlthuend die meisten Veröffentlichungen des Genres überragt.“

Erwähnt werden sollte auch Blacks Mitwirkung am Album „Mitternachtsgesänge – Die verlorenen Lieder des Jooschen Engelke 1918-1962“, das vom Sohn Kai Engelke 2010 für Conträr produziert wurde und seinem Vater ein musikalisches Denkmal setzt. An diesem Album sind neben Black noch weitere Aktivisten beteiligt, wie der Ruhrpott-Sänger Frank Beier, Günter Gall aus Osnabrück, Karl Irmischer, Dieter Kalka aus Leipzig oder „Die Grenzänger“, um nur einige zu nennen. Black selbst ist mit vier bis dato noch unveröffentlichten Songs zu hören. Der Folkveteran Hein Kröher schreibt im Plattentext über Jooschen Engelke: „Mit diesen Poetereien hat er eine Generation verhext, und das Zauberrische seiner Gedichte bleibt von Dauer.“

Black produzierte 2011 die CD „Weiter sagen“, ebenfalls bei Conträr, 2014 im Eigenverlag das Album „Der Black singt“. Und wer Schobert und Black noch nicht kennen sollte und doch hören möchte, dem sei die CD „Lebend (Best of Life)“, 2000 bei duo-phon erschienen, bestens empfohlen.

Mai 2018

Sachsens Linke

Aktuelle Informationen
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



Polizeigesetz untergräbt Rechtsstaat

„Gesetz über die Aufgaben, Befugnisse, Datenverarbeitung und Organisation des Polizeivollzugsdienstes im Freistaat Sachsen“. Hinter diesem sperrigen Titel verbirgt sich die wohl stärkste strukturelle, materielle und rechtliche Erweiterung der Kompetenzen der sächsischen Polizei. Bisher intern debattiert, gelangte das Dokument im April über das Nachrichtenportal Buzzfeed an die Öffentlichkeit. Wohl mit dem Ziel, eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Gesetzesentwurf gibt Buzzfeed in jeder Hinsicht recht. Die Debatte ist dringend notwendig.

Inhaltlich wird auf 90 Seiten beschrieben, wie genau sich die Regierung eine Veränderung der Polizei vorstellt. Wenn es nach ihr geht, werden wir ab Mitte 2019 Polizist*innen mit Handgranaten und Maschinengewehren patrouillieren sehen. Zudem soll die Polizei Kontrollbereiche errichten dürfen, in denen flächendeckend Kommunikation ohne öffentliche Bekanntgabe überwacht wird. Auch ist von Aufenthaltsgeboten die Rede, die über bis zu drei Monate verhängt werden dürfen, unter Androhung und Durchsetzung von Gewahrsam. Im IT-Bereich wird eine Vollerfassung der Daten erwogen. Funkzellen sollen komplett überwacht und, wenn notwendig, Gespräche aller Personen unterbrochen werden dürfen. Die bisherige Regelung, dass Berufsgeheimnisträger nicht überwacht werden dürfen, soll auch fallen.

Es steht nicht weniger als die Freiheit eines jeden Menschen auf dem Spiel. Dieses Gesetz untergräbt die Unschuldsvermutung und stellt viele Menschen unter Generalverdacht. Die sächsische Regierung möchte mit diesem Entwurf eine qualitative Aufwertung der Polizei erreichen, scheint aber nicht zu erkennen, dass sie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit opfert. Ich denke, es ist dringend Zeit, der sächsischen Regierung zu zeigen, was wir von diesem Entwurf halten.



Basisdemokratische Mitmach-Partei

Marcus Boës über innerparteiliche Demokratie im Superwahljahr

Große Ereignisse werfen ihren Schatten voraus. In gut einem Jahr startet das Superwahljahr 2019. Den Anfang des Wahlreigens machen die Europa- und Kommunalwahlen im Mai. Ein paar Monate später wird der Sächsische Landtag gewählt. Der exakte Termin ist noch nicht veröffentlicht, aber das rechtliche Zeitfenster liegt zwischen dem 18. August 2019 und 29. September 2019. Wahrscheinlich ist ein Termin im September. Für uns als Partei heißt das natürlich, dass uns ein heißer Sommer bevorsteht, in dem wir zeigen müssen, dass wir die demokratische und soziale Kraft im Freistaat sind.

Bereits seit einigen Monaten wurden in Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle Ideen gesammelt, diskutiert und verworfen. Beispielsweise, welche Themen wir setzen wollen, wie die Themenauswahl gestaltet ist oder wie die Wahl der/des Spitzenkandidat*in ablaufen soll. Relativ früh stand dabei eines fest: Die bisherige Form, in der maßgeblich Parteitage über die programmatische Themensetzung sowie Spitzenkandidatur entschieden haben, soll nicht beibehalten werden. Das normative Ziel soll eine stärkere Einbindung aller Mitglieder des Landesverbandes sein, denn DIE LINKE Sachsen versteht sich als Mitmach-Partei. Durch und mit den Mitgliedern wollen wir die programmatische und inhaltliche Richtung der Partei für die anstehenden Wahlen gestalten. Doch wie genau wollen wir dies umsetzen?

§ 43 Abs. 4 der Landessatzung sieht vor, dass die Entscheidung zur Nominierung einer/eines

Spitzenkandidat*in durch die Mitgliedschaft erfolgen kann. Ergo: Eine Nominierung über den Landesparteitag ist nicht zwingend notwendig. Diesem selbstgewählten Anspruch folgend, die Mitgliedschaft in die wesentlichen Entscheidungen der Landespartei stärker einzubinden, ist es an der Zeit, diese Option unserer Landessatzung auch zu wählen. Verbunden werden soll dies – im Sinne einer Einheit von Personal und Inhalt – mit einer Mitgliederbefragung über die Gewichtung der thematischen Schwerpunkte unserer Partei für die kommende Landtagswahlkampagne.

Die praktische Ausgestaltung dieses Anspruches wird in mehreren Schritten erfolgen. Den Auftakt bildet eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes, die sich mit dem Wahl- und Aufstellungsverfahren befassen und bis Mitte Mai einen ersten Vorschlag zur praktischen Umsetzung einer Mitgliederbefragung zur Spitzenkandidatur sowie inhaltlichen Schwerpunkten erarbeiten wird. Bis Ende Juni soll dieser Prozess abgeschlossen sein. Anschließend findet am 25. August 2018 die 3. Tagung des 14. Landesparteitages der DIE LINKE. Sachsen in Hoyerswerda statt. Dazu wird kein Leitantrag im klassischen Sinne vorliegen. Vielmehr hat der Landesvorstand entschieden, dass das Landesentwicklungskonzept ALEKSA zur Debatte gestellt wird. Ziel ist es, einen breiten Diskurs zu gestalten und einen Überblick zu generieren, welche Themenkomplexe für künftige Kampagnen nutzbar sind. Eine Schwerpunktsetzung soll im Vorfeld nicht erfolgen. Die Richtungsentscheidung über Programmatik und Spitzen-

kandidatur sollen in den Händen aller Mitglieder liegen.

Um dies zu ermöglichen, werden im nächsten Schritt von Oktober bis November 13 Regionalkonferenzen in allen Kreis- und Stadtverbänden stattfinden. Die Idee ist, ein Stimmungsbild zu bekommen, was die zentralen Anliegen, Beweggründe oder Problemfelder sind, die die Mitglieder antreiben und welche Themen essentielle Bausteine linker Politik sein sollten. Oder anders: Wir stellen den Meinungsbildungsprozess vom Kopf auf die Füße. Jedes Mitglied hat eine eigene Vorstellung, was linke Politik ist. Im Rahmen dieser Veranstaltung soll jede*r die Möglichkeit haben, programmatische Wünsche zu äußern und sich am Entwicklungsprozess des Landtagswahlprogrammes zu beteiligen. Weiterhin sollen diese Veranstaltungen als eine Art Werbung in eigener Sache für die angehenden Spitzenkandidat*innen dienen. Die endgültige Entscheidung über die Spitzenkandidatin oder den Spitzenkandidaten wird nach den Regionalkonferenzen im Dezember im Rahmen eines Landesparteitages durch einen Mitgliederentscheid erfolgen. Die exakte Ausgestaltung dieses Prozesses sowie die Terminierung der Regionalkonferenzen werden im Laufe des Jahres bekanntgegeben.

Basisdemokratie leben, das soll oder vielmehr muss unser Anspruch sein. Genau mit dieser Richtungsentscheidung können wir (versuchen) diesem Anspruch gerecht zu werden. Lasst uns gemeinsam an unserem künftigen Programm arbeiten und Sachsen zeigen, wie Basisdemokratie funktioniert.

Leserbriefe

Umsetzung des Bundes- teilhabegesetzes in Sachsen nachbessern!

Resolution der der LAG Selbstbestimmte
Behindertenpolitik

„Seit Ende 2016 haben wir das Bundes-
teilhabegesetz (BTHG). Anliegen dieses
Gesetzes sollte die Verbesserung der
gesellschaftlichen Teilhabe von Men-
schen mit Behinderungen in allen Le-
bensbereichen sein. Ein erster nun in
Sachsen diskutierter Entwurf zur Um-
setzung des Teilhabegesetzes liegt vor.
Schon jetzt muss leider befürchtet wer-
den, dass von der Staatsregierung ein
„Weiter so“ in Leistungsgewährung und
Leistungserbringung organisiert werden
soll. Ein mit der UN-Behindertenrechts-
konvention notwendiger Paradigmen-
wechsel in der Behindertenpolitik ist
bei diesem Gesetzentwurf leider nicht
zu erwarten. So soll beispielsweise der
Kommunale Sozialverband Sachsen der
alleinige Leistungsträger sein. Im Sinne
des vorliegenden Gesetzentwurfes er-
hält der Kommunale Sozialverband
Sachsen damit weitreichende Steuer-
ungs- und Koordinierungsaufgaben. Di-
es lehnen wir strikt ab, da schon heute
eine restriktive Bewilligung von kosten-
intensiven Leistungen durch den KSV
zu beobachten ist. Wie soll bei so einem
großen Kostenträger eine unabhängige
Bedarfsermittlung erfolgen? Aus un-
serer Sicht ist das nicht leistbar.

Wie soll auf Basis dieses Entwurfes für
Menschen mit Behinderung in räum-
licher Nähe die Möglichkeit ihr Recht
auf Leistungsbeantragung gewährleis-
tet sein? Der Gesetzentwurf trifft auch
keine Aussage darüber, wie der Kosten-
träger kontrolliert werden soll. Aus der
jetzigen Praxis lässt dies leider viele
Befürchtungen wach werden. Eine un-
abhängige Bedarfsfeststellung und Teil-
habeberatung lässt sich so aus unserer
Sicht nicht gewährleisten. Dies wäre al-
lerdings eine fundamentale Vorausset-
zung für eine echte Teilhabegewährlei-
stung.

Eine weitere Sache ist die Clearingstel-
le. Aus unserer Sicht eine gute und be-
grüßenswerte Sache. Doch die Clearing-
stelle wie geplant beim KSV anzusiedeln
ist aus unserer Sicht einfach absurd.
Aus unserer Sicht wird so die Beantra-
gung und Bewilligung von Leistungen
nicht vereinfacht. Dies fordert aber die
UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Mitgliederversammlung der LAG
selbstbestimmte Behindertenpolitik der
Partei DIE LINKE Sachsen fordert die
Staatsregierung auf,

1. den Kommunalen Sozialverband
Sachsen nicht zum König der Leistungs-
bewilligung zu erheben. Stattdessen
sollen unabhängige örtliche Sozialleis-
tungsträger mit einheitlichen rechtli-
chen Regelungen und Standards sowie
ausreichenden finanziellen Mitteln aus-
gestattet werden.
2. eine wohnortnahe Beantragung und
zeitnahe Leistungsbewilligung zu ge-
währleisten.

3. Die aus unserer Sicht positiv zu be-
wertende Clearingstelle trägerunabhän-
gig anzusiedeln.

4. Unterstützungsleistungen zu ermögli-
chen, die sich am tatsächlichen persön-
lichen Bedarf orientieren und Hürden
bei der Beantragung und Bewilligung
abzubauen.“

- *Susann Schöniger im Auftrag des
Sprecher_innenrates*

Zu „Alain Badiou an der TU Dresden“
(Links! 04/2018, S. 11)

Für Gemeingüterökonomie

So wie viele deutsche abhängig Be-
schäftigte und auf Sozialleistungen
Angewiesene sind sich auch nicht al-
le Geflüchtete und Migrant*innen ih-
rer Lage bewusst. Früher wurde dies
Klassenbewusstsein bzw. Klasse für
sich und nicht nur Klasse an sich ge-
nannt. Aber die entschiedensten sozi-
alen Auseinandersetzungen von unten
in jüngster Zeit, die ich kenne, wurden
von Migrant*innen geführt, von der „Ka-
rawane für die Rechte der Flüchtlinge
und MigrantInnen“ und mit ihnen zu-
sammenarbeitenden Organisationen
wie „The Voice“ aus Jena. Ich erinnere
nur an die Schulbesetzung in Berlin oder
an die Proteste auf dem Theaterplatz in
Dresden. Von diesen Erfahrungen kö-
nnen wir lernen und mit ihnen zusam-
menarbeiten. Und es gibt auch Linke,
die konsequent aus der Sicht der Be-
nachteiligten agieren. Sie sind aber lei-
der nicht massenwirksam. Das zeigt
sich auch daran, dass zum Schluss für
die Solidarische Ökonomie und die Ge-
meinwohlökonomie geworben wurde.
Dort soll Profiterwirtschaftung mit ge-
ringeren sozialen und ökologischen
Schäden verbunden werden. Es geht al-
so um einen sozialeren Kapitalismus.
Das hat langfristig wegen der Systemlo-
gik noch nie funktioniert. Dagegen geht
es bei der schon seit Jahrhunderten be-
währten Gemeingüterökonomie um Be-
dürfnisbefriedigung und gemeinsame
sozial- und ökologisch verträgliche de-
mokratisch organisierte Bewirtschaftung
von Ressourcen. Dies weist über
den Kapitalismus hinaus.

- *Uwe Schnabel, Coswig*

Gebietet den Kriegs- treibern Einhalt

Der gemeinsame Angriff der sich selbst
als demokratisch legitimierte Staaten
bezeichnenden USA, Frankreich und
Großbritannien auf ein souveränes Land
ist entschieden zu verurteilen. Nur auf
Verdachtsmomente für einen angebli-
chen Giftgasangriff gegründet wird ohne
UNO-Mandat gebombt und damit
das Völkerrecht mit Füßen getreten. An-
statt deeskalierend zu wirken, wird fleißig
Öl ins kriegerische Feuer geschüttet.
Eine unabhängige Bestätigung für die
Vorwürfe gibt es nicht, aber die Bundes-
regierung begrüßt diese Luftschläge.
Frau Merkel hält das Ganze noch für
„berechtigt und angemessen“ und der

neue sozialdemokratische Außenmini-
ster bläst ohne Sachkenntnis ins gleiche
Horn. Es kann einem Angst und Bange
werden ob solcher auf Krieg und Kon-
frontation gepolter Außenpolitik der
USA und NATO-Staaten. Krieg löst keine
Probleme, er schafft nur Tod, Elend und
Leid. Deshalb muss, trotz unterschied-
licher Machtinteressen, auf eine fried-
liche, diplomatische Offensive für Syrien
und anderswo gesetzt werden. An den
Verhandlungstisch!

- *Raimon Brete, Chemnitz*

Erwiderung auf Rita Kring

Zu „Umsturz“, Links 12/2017, S. 11

Wer die Einschätzung der Kuratorin ei-
ner Ausstellung zum 100. Jahrestag der
Oktoberrevolution im Deutschen Histo-
rischen Museum widerspricht, dass die-
se Revolution auch eine Geschichte von
Gewalt und Repression war, der blendet
historisches Basiswissen aus, das
man auch als kritisch denkender Linker
haben sollte – wenn man selbst glaub-
würdig sein will. In der Art und Weise
des Verlaufs und des Scheiterns liegt
ja auch Tragik jenes Ereignisses. Natür-
lich war dieser „Umsturz“ angesichts
der Verhältnisse im zaristischen Russ-
land mehr als legitim. Doch was wurde
in der Folge daraus gemacht? In dem
Bemühen zu differenzieren, schrieb ich
mehrfach von zwei Seiten der Medail-
le. Pauschalurteile waren nie mein Ding.
Aber eine gesellschaftliche Alternati-
ve wird erst zu einer, wenn sie nicht nur
sozial, sondern auch demokratisch und
heute auch ökologisch nachhaltig daher
kommt. Und das war die UdSSR bis zum
Schluss nicht, darum zu Recht ihr Schei-
tern mitsamt ihrer nach ihren Vorstel-
lungen modellierten Satelliten.

Zu „Lenin – Ein Leben“, Links 3/2018,
S. 11

Dass ich bemüht war, in einer differen-
zierten Vorgehensweise ein kenntnis-
reiches Bild von Lenin zu zeichnen, kann
mir die Kritikerin ruhig einmal unterstel-
len. Was dessen Vollständigkeit angeht,
da wird so ein Bild immer Lücken auf-
weisen, denn wir sind hier alle Autoren
einer Zeitung, die des Öfteren auch re-
daktionellen Kürzungen unterliegt.
Ansonsten ist der Autor einer Rezensi-
on, wie in diesem Falle, auf den Inhalt
des Objekts angewiesen und daran ha-
be ich mich gehalten. Dabei stand ich
sozusagen in einem Abhängigkeitsver-
hältnis zum Buchautoren Sebestyen.
Zudem habe ich mir als Rezensent das
Recht genommen, meine thematischen
Prioritäten zu setzen. Was ich empfehle,
nochmal lesen: Meine Rezension, aber
vor allem das Buch selbst. Manches der
vorgebrachten Kritik würde sich dann
auflösen. So ist die Auffassung, dass Le-
nin keinen tolerieren könne, der etwas
auf dem Kasten hätte, durch Nikolai Bu-
charin belegt und im Buch nachlesbar.
Wenn ich zitiere, dann nur wenn es sich
um eine verlässlichen Quelle handelt.

- *René Lindenau, Cottbus*

Zu „Sexismus in der DDR?“, „LINKS“
04/2018, S. 7

Clara Zetkin oder Alice Schwarzer?

Der Autorin dieses Beitrags gebührt
Lob und Anerkennung. Sie trägt unter
anderem dazu bei, das Thema „Gleich-
berechtigung in der DDR“ sachlich und
differenziert zu betrachten. Sie bezieht
damit eine überzeugende Position zum
allgegenwärtigen westdeutschen Dau-
erbeschluss gegen jedwede DDR-Errun-
genenschaften.

Mich bewegt jedoch zunehmend, wie
DIE LINKE sich heute selbst aufgibt, in-
dem sie sich sklavisch dem heutigen
„Genderwahn“ unterwirft. Diese vom
westdeutschen Feminismus hochge-
kochte Hysterie verschleiert die völlig
berechtigte Gleichstellungsdebatte in
der heutigen BRD.

DIE LINKE sollte sich fragen, ob sie sich
zu Clara Zetkin bekennt oder zu Alice
Schwarzer! Was werfe ich der LINKEN
vor? Sie befindet sich offenbar im Wett-
streit mit den GRÜNEN, wer die unsin-
nigsten Gender-Nebelkerzen wirft. Dies
wird insbesondere im Missbrauch un-
serer Sprache deutlich. Da wimmelt es
nur so von „Binnen-I’s“, „Genderstern-
chen“ und noch weit mehr Mumpitz.
Das vorliegende „LINKS“- Exemplar bil-
det dabei keine Ausnahme! Immer wenn
ich das hiesige BürgerInnenbüro ansteu-
ere, vermisse ich schmerzlich das Bür-
gerAußenbüro. Halten wir es doch einfach mit Altvater
Marx: „Der gesellschaftliche Fortschritt
lässt sich exakt messen an der Stel-
lung des schönen Geschlechts (die Häß-
lichen sind eingeschlossen)“!

- *Diethold Tietz, Bautzen*

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen
e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Namentlich gekennzeichnete Beiträ-

ge geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das
Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termi-
ne der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medien-
verlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer
Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Ute Gelfert, Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak,
Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt,
Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert ver-
merkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 23.04.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraus-
sichtlich am 06.06.2018.

Gesetz für Integration

Juliane Nagel ruft zum Dialog über ein wichtiges Vorhaben auf

Migration ist eine Realität, auch in Sachsen und das nicht erst seit 2015. Mehr noch ist Migration ein prägendes Element der Moderne selbst, ist unabhängig mit der Welt, in der wir leben, verknüpft. Ebenso untrennbar ist Migration ein Teil der sozialen Frage, des Kampfes um Rechte und Teilhabe an der Gesellschaft, unabhängig von Geburt und Herkunft. Hiervor können wir nicht die Augen verschließen, sondern müssen Ideen, Antworten und Konzepte finden, die die Realität Migration praktisch gestalten.

Es geht auch darum, den leeren Begriff der „Integration“ mit emanzipatorischem Leben füllen und die Deutungshoheit darüber, was Integration und wer integriert sei, nicht anderen zu überlassen. Der Entwurf zum „Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sowie zur Regelung der Grundsätze und Ziele der Integration im Freistaat Sachsen (Sächsisches Migrant*innenteilhabefördergesetz)“ ist nun der Beitrag der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, unsere Auffassungen von Integration konkret und nachvollziehbar darzulegen.

Zum einen wollen wir mit dem Gesetz die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, in denen Integrationspolitik als umfassende Gesellschaftspolitik stattfinden kann. An dieser Stelle sind uns die Zuwanderungs- und Integrationskonzepte (ZIK) der Staatsregierung zu unverbindlich. Wir wollen demgegenüber einen universellen Politikan-spruch vertreten, der Integration als langfristigen Querschnittsprozess

begreift, der alle Menschen in Sachsen einschließt. Wir wollen verlässliche Bedingungen für die Akteur*innen im Feld von Migration und Integration schaffen, so dass diese ihr Handeln planbar auf die Zukunft richten können.

Nicht zuletzt wollen wir die Kommune als eigentlichen Ort des Integrationsgeschehens stärken. Zusammengekommen geht es uns vor allem darum, tatsächlich gesellschaftsändernd zu handeln und nicht allein moralische Lippenbekenntnisse abzugeben.

Zum anderen kann dies für uns als LINKE nicht genug sein. Linke Politik muss immer für soziale Verbesserungen streiten, wenn nötig auch in kleinen Schritten. Aber bei all unserem realen Handeln dürfen wir die Utopie nicht vergessen. Wir müssen dürfen niemals vor dem Anspruch zurückschrecken, dass auch noch der kleinste der vielen kleinen Schritte den Vorschein einer besseren Welt in sich trägt. Darum soll

unserem Gesetzesentwurf auch ein bestimmter Geist innewohnen. Der Entwurf soll eine Geschichte erzählen und eine positive Idee anbieten, die über die bestehende Ordnung hinausweist. Es geht uns darum, mit diesem Entwurf das Paradigma der Nation, dessen Horizont für das gesellschaftliche Leben die Staatsbürger*innenschaft ist, infrage zu stellen. Neue demokratische Vergesellschaftungsformen jenseits von Nation und Kapital zu finden ist die Zukunftsaufgabe schlechthin der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken und dies nicht allein im Feld von Migration und Integration.

Wir wollen über den Gesetzesentwurf in einen Dialog treten, der möglichst breit angelegt sein soll. Dazu erarbeiten wir eine Reihe von Regionalforen, die wir zum gegebenen Zeitpunkt ankündigen. Was auf den Regionalforen besprochen und diskutiert wird, soll dann dem Entwurf den letzten Schliff geben.



Neues aus dem Landesvorstand

Mit dem Landesrat wurde am 14. April beschlossen, die 3. Tagung des 14. Landesparteitages einzuberufen. Sie findet am 25. August 2018 im Forum der Lausitzhalle in Hoyerswerda statt. Aufgrund der aktuellen Ereignisse, vor allem der Militärschläge in Syrien, einigten sich Landesvorstand und Landesrat auf eine Erklärung. Sie fordern die Bundesregierung auf, jede militärische Beteiligung in Syrien einzustellen und auf eine friedliche Lösung hinzuwirken.

Zudem wurde beschlossen, die Kreis- und Stadtverbände zu bitten, sich finanziell an der Kampagne „Offensive ländlicher Raum“ zu beteiligen. Bereits am 13. April bekräftigte der Vorstand seine Unterstützung der CSD-Veranstaltungen sowie der Demonstrationen gegen Neonazis in Ostritz und Chemnitz (1. Mai). Beschlossen ist die Unterstützung einer Herbstakademie vom 16. bis 18. November in Froberg bei Meißen. Weiteres Thema war die Zielsetzung des Landesparteitages. Als Grundlage soll das Landesentwicklungskonzept ALEKSA dienen, das bis zum Herbst von der Landtagsfraktion finalisiert wird. Desweiteren wurde zur Mitgliederentwicklung, zum Frauentag und zu bisherigen Konzepten der Offensive Ländlicher Raum informiert. Einstimmig beschlossen ist auch die Schaffung einer Auszubildendenstelle „Kaufmann/-frau für Büromanagement“ in der Wahlfabrik ab August. DIE LINKE. Sachsen wird wieder Ausbildungsbetrieb!

• Marcus Boës

Partei Vorstand lehnt Wohnsitzauflage ab

Ende Februar hat der Parteivorstand einstimmig einen Beschluss zum Umgang mit der negativen Wohnsitzauflage gefasst. Vorausgegangen war am 1. Februar 2018 der Beschluss der Stadt Freiberg, ein vierjähriges Zugungsverbot für anerkannte Flüchtlinge anzustreben. Argumentiert wird mit vermeintlichen Kapazitätsgrenzen. In der Stadt leben gegenwärtig rund 2.000 Flüchtlinge und Asylsuchende, weniger als fünf Prozent der Einwohnerzahl.

Nach Auffassung der Landtags-Linksfraktion gibt es keine „gesetzliche Grundlage für einen derartigen Antrag, respektive für den begehrten ‚Erlass‘ einer solchen pauschalen, einen unbestimmten Personenkreis treffenden, faktisch flächendeckenden Zugungsbeschränkung für geflüchtete Menschen.“ Unsere Landtagsabgeordnete Jana Pinka hat eine Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde gegen den Beschluss des Stadtrates beim Landratsamt Mittelsachsen eingereicht. Landrat Matthias Damm sah selbst:

„Laut Aufenthaltsgesetz muss bei Prüfung eines Antrages eine Einzelfallprüfung stattfinden.“ Dennoch war sich Damm sicher, dass der Beschluss des Stadtrates nicht beanstandet werden könne, selbst wenn er offensichtlich unbegründet und rechtswidrig sei. Das Innenministerium ermächtigte ab 1. April 2018 die Landkreise zur Einführung einer Wohnsitzauflage für anerkannte Asylbewerber und andere aus humanitären Gründen aufgenommene Flüchtlinge für bis zu drei Jahre.

Das Problem liegt woanders – bei der Strategie der Unterbringung und Integration des Landrats und seiner Vorgänger. Mittelsachsen verfolgt ein effizientes zentrales Unterbringungskonzept, so wurde im Februar 2016 ein Erstverteilzentrum in Rossau in Betrieb genommen. Dort wurden alle Flüchtlinge, die nach der Erstaufnahme in den Landkreis überführt wurden, erneut in einer großen Einrichtung untergebracht – einmalig in Sachsen. Die Gesamtkosten für Kauf und Umbau beliefen sich auf rund 2,27

Millionen Euro, die Unterkunft war nie ausgelastet. Im Oktober 2017 wurde sie aus Kostengründen geschlossen.

Aufgrund der Schließung von Gemeinschaftsunterkünften in Mittelsachsen hat sich die dezentrale Unterbringungsquote von 35,7 Prozent Ende 2016 auf 49,74 Prozent Ende 2017 verbessert. Dahinter liegt aber eine Definitionsfrage. In der Praxis fungieren Häuserkomplexe mit abschließbaren Wohnungen als Ersatz-Gemeinschaftsunterkunft. Die Zuweisungsquote bei Wohnungen liegt in Mittelsachsen bei 75 Prozent. Grundsätzlich fordern wir, dass Geflüchtete selbstbestimmt mit einem eigenen Mietertrag wohnen können – wie es in Leipzig bereits Realität ist.

So sahen die sächsischen Mitglieder im Parteivorstand die Notwendigkeit, eine Erklärung abzugeben:

1. DIE LINKE ist gegen eine Wohnsitzauflage für geflüchtete Menschen in Deutschland. Die mit dem § 12a

Aufenthaltsgesetz geschaffene Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete greift tief in deren Freiheitsrechte ein und verhindert Integration. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für das Konzept der dezentralen Unterbringung von geflüchteten Menschen ein.

2. Anknüpfend daran, lehnt die LINKE eine sogenannte negative Wohnsitzauflage (Zugungsbeschränkung) ab. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE weiterhin für die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel der staatlichen Aufgabe der Unterbringung geflüchteter Menschen und deren Integration einsetzen.

3. DIE LINKE setzt weiterhin auf das Drei-Säulen-Modell für eine gelungene Integration, bestehend aus der Bekämpfung von Fluchtursachen, der Verteidigung des Grundrechtes auf Asyl und einer soziale Offensive für alle – damit die Integration überhaupt gelingen kann.

• Marika Tändler-Walenta

Zuhören, Infomieren, Diskutieren

10. Landkreistour und 2. Familienfest der Erzgebirgs-LINKEN

Seit zehn Jahren gibt es nun den Kreisverband der LINKEN im Erzgebirge, und zum zehnten Mal führen wir unsere Tour quer durch den Landkreis durch. Am Anfang hieß sie Sommer- oder Herbsttour der LINKEN und natürlich auch Wahlkampftour.

Zum zehnten Mal wollen wir nun wieder quer durch den Landkreis fahren, Infostände oder das Straßencafé auf Wochenmärkten aufbauen, Gespräche über den Gartenzaun führen und Briefkästen füllen. Natürlich werden wir auch zum zehnten Mal unser Tourtagebuch schreiben und veröffentlichen. Mit vor Ort sind wieder unsere Landtagsabgeordneten und unsere Kommunalpolitiker*in. Der Startschuss ist der 1. Mai mit seinen zahlreichen Veranstaltungen. Abgeschlossen wird die Tour mit der Jugendclubtour am 19. September.

Ein Höhepunkt ist unser 2. Familienfest am 26. Mai auf dem Markt in Annaberg-Buchholz. Neben politischen Gesprächen wird gekocht und getobt in der Hüpfburg. Es gibt eine Jugend-ecke mit unserer Linksjugend und eine Spielecke mit Mikado, Wackelturm und Memoryspiel in XXL. Unsere Bastelstraße und das Straßencafé können als „Ruhepol“ genutzt werden. Mit vor Ort ist die Landesgruppe unserer Bundestagsfraktion mit ihren Aktionen zum Thema Kindergrundsicherung / Kinderarmut. Prominente Gesprächspartner*innen sind die Bundestagsabgeordnete Caren Lay sowie die Landtagsabgeordneten Rico Gebhardt, Klaus Tischendorf und unsere Kommunalpolitiker*innen.

• Holger Zimmer & Angela Hähnel



Tourenplan für die 10. Landkreistour:

- | | |
|-------|--------------------|
| 8.5. | Marienberg |
| 22.5. | Zschopau |
| 23.5. | Olbernhau |
| 24.5. | Zöblitz |
| 30.5. | Großolbersdorf |
| 6.6. | Ehrenfriedersdorf |
| 7.6. | Jöhstadt |
| 8.6. | Elterlein |
| 14.6. | Thum |
| 26.6. | Lugau |
| 27.6. | Schönheide |
| 1.8. | Eibenstock |
| 6.8. | Johanngeorgenstadt |
| 10.8. | Schleittau |
| 15.8. | Stollberg |

- | | |
|-------|-------------------|
| 16.8. | Burkhardtsdorf |
| 17.8. | Thalheim |
| 22.8. | Zwönitz |
| 23.8. | Neukirchen |
| 24.8. | Oelsnitz |
| 30.8. | Schwarzenberg |
| 31.8. | Annaberg-Buchholz |
| 4.9. | Aue |
| 10.9. | Lauter |
| 11.9. | Marienberg |

Weitere Termine:

15. Mai, 18 Uhr, Pension & Berggasthaus Kapellenstein Am Knochen, Anton-Günther-Weg 5 in Geyer: Beratung des Kreisvorstands mit den Orts- und Basisvorsitzenden

14. Mai, 17 bis 18:30 Uhr, „Landhotel Pockau“, Otto-Hertel-Str. 4a, 09509 Pockau-Lengefeld: Bürgersprechstunde für Olbernhau und Pockau-Lengefeld mit Gerd Glöckner (Stadtrat in Pockau-Lengefeld) und MdL Klaus Tischendorf

Veranstaltungen zum 8. Mai:

Altkreis Aue-Schwarzenberg

- | | |
|-----------|--------------------|
| 9:30 Uhr | Löbnitz |
| 10:00 Uhr | Aue |
| 10:30 Uhr | Bad Schlema |
| 11:00 Uhr | Zschorlau |
| 11:20 Uhr | Stützengrün |
| 11:40 Uhr | Schönheide |
| 12:10 Uhr | Eibenstock |
| 14:15 Uhr | Johanngeorgenstadt |
| 16:00 Uhr | Schwarzenberg |

Altkreis Mittleres Erzgebirge

- | | |
|------------|-----------------------|
| 17:00 Uhr, | Ehrenmal Nennigsmühle |
|------------|-----------------------|

Aus der Arbeit der Stadtfraction Aue

Seit Jahren befassen wir uns mit der Zusammenführung von vier Kommunen zu einer gemeinsamen Stadt. Nach mehr oder weniger intensiver Arbeit wollen nun ab 2019 Aue und Bad Schlema diesen Weg gehen. Intensiver müssen die Bürger in diesen Prozess einbezogen werden. Bedenken gibt es in beiden Kommunen. Fragen müssen gehört und beantwortet werden. Beide Kommunen sollen von diesem Prozess Vorteile erhalten, z.B. die Nutzung der vorhandenen Ressourcen, höhere Schlüsselzuweisungen oder eine effektivere Arbeit der Verwaltung. Bürgernähe ist wichtig. Deshalb bleiben in den Rathäusern hochfrequentierte Ämter erhalten. Ein gemeinsamer Zeitplan für die Fusion ist von beiden Gremien beschlossen und nun muss gehandelt werden. Wir wollen möglichst die beiden anderen Kommunen noch überzeugen, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen.

Am 21.6. 2017 hatte der Stadtrat über die Feststellung der Sach- und Personalkosten in den Kindereinrichtungen zu entscheiden – ein Vorgang der üblich ist, aber in diesem Jahr folgte noch ein Vorschlag zur Erhöhung der Gebühren für die Betreuung der Kinder in den Einrichtungen. Eine solche Entscheidung können und wollten wir nicht mittragen, denn die Kostenerhöhung trifft immer nur die Eltern. Im Erzgebirgskreis sind bekanntlich die Einkommen am niedrigsten. Der Anteil des Landes wird nicht erhöht und das seit Jahren. Hier ist die Landespolitik gefragt.

Noch ein Beschluss, der die Gemüter in Aue sehr erregt hat. Aldi betreibt bei uns zwei Filialen, beide werden aus unserer Sicht rege genutzt. Sie entsprechen, nach Aldis Aussagen, nicht mehr den modernen Anforderungen an einen kundenfreundlichen Handel. Man beabsichtigt beide zu schließen und an einem anderen Standort ein modernes Geschäft neu zu öffnen. Ein derzeit leer stehendes Gebäude soll dazu genutzt werden. Dem können wir nicht widersprechen, aber die derzeit genutzten Geschäfte bleiben leer und die Kunden stehen vor der Tür. Andere Einkaufsmöglichkeiten gibt es nicht. Wenn wir dem Ansinnen des Konzerns nicht folgen, will Aldi sich ganz zurückziehen. Wir nennen das Erpressung! Umsatz und Wettbewerb werden auf dem Rücken der überwiegend älteren Kunden ausgetragen. Von uns gab es dazu keine Zustimmung. Das sind nur drei Beispiele aus unserer Arbeit in diesem Jahr.

• Heide-Marie Bamler, Stadträtin

Das Marx-Jahr in den Augen eines Antiquars

Erfreulicherweise nimmt das Interesse an den Schriften der Klassiker bereits seit Jahren zu. Die zielstrebige Auseinandersetzung mit den Ideen von Marx, Engels und Lenin kann für uns heute nur ein Gewinn sein.

Meine Generation hat sich noch durch die vielen Seiten gearbeitet und bestimmt oft gestöhnt. Uns stand aber auch vielseitige Unterstützung zur Verfügung, u.a. die Diskussion unter uns. Wenn man heute die dicken Wälzer vor Augen hat, fragt man sich: Wie haben die Arbeiter im 19. und 20. Jahrhundert, die von Montag bis Samstag zur Arbeit gingen, diese Inhalte verinnerlicht?

Ein ganz wesentliche Hilfe waren die Broschüren zur Einführung in einzelne Werke der Klassiker. Heute möchte ich gern gerade jungen Menschen diese Lektüre empfehlen, weil sie aus jedem Fall Appetit auf das Original macht. Diese Broschüren geben Auskunft zur Entstehungsgeschichte, den erkennt-

nistheoretischen Ursachen, erläutern einzelne Passagen und nehmen auch aktuellen Bezug.

Als Archivar bemerke ich zunehmend, dass gerade diese Literatur zur Mangelware wird. Aus der Erfahrung heraus kann ich nur jedes unserer älteren Mitglieder bitten: Wenn ihr euch von der ei-

nen oder anderen Bücherkiste trennen wollt, dann nehmt junge Mitglieder und versucht sie für diese Literatur zu begeistern. Bestimmt entwickelt sich daraus auch der eine oder andere Disput. Vielleicht könnt ihr als Auftakt den Film „Der junge Marx“ sehen.

• Frank Dahms

Vortrag von Oberst a. D. Bernd Biedermann
26. Mai 2018, 14 Uhr, Gasthof Hilmersdorf

Wie gefährlich ist die NATO?

DIE LINKE.
Kreisverband Erzgebirge

Auf dem Weg zu mir selbst – Innenansichten eines Menschen mit Autismus

So lautete der Titel unserer Veranstaltung am 20. April im Kirchberger politikKontor. Die Lesung zum gleichnamigen Buch von und mit Birger Höhn fand im Rahmen der Zwickauer Tage für Demokratie und Toleranz statt, die unter dem Motto „Z18 – Gestern, Heute, Morgen“ stand. Das autobiografische Buch von Birger Höhn passt genau in das Motto, beleuchtet es doch seinen Weg ins Heute mit dem Ausblick auf sein nächstes Buch.

In der Lesung gewährte uns Birger einen sehr persönlichen Einblick in sein Leben, seine Erfahrungen als Kind, sein Verhältnis zu Familienmitgliedern, wie er den Tod seiner Mutter erlebte. Er beschreibt seine Erfahrungen in der Berufsausbildung einschließlich mancher doch recht frustrierender Erlebnisse mit Auszubildern und in Praktika. Bemerkenswert bei all dem, wie er nie aufgegeben hat und sich freischwamm in ein selbstbestimmtes Leben.

Mit seiner offenen und charmanten Art zog Birger die zahlreich erschienenen Besucher schnell in seinen Bann. Mitarbeiter der Verwaltung, Sozialarbeiter und Sozialassistenten, Psychologen, Menschen mit einem Autisten im engeren Umfeld – die Zusammensetzung des Publikums war ebenso spannend wie die von ihnen gestellten Fragen: Wie haben Sie als Kind/Jugendlicher ihre Umwelt wahrgenommen? Was macht man genau als Inklusionsbotschafter? Haben Sie einen Führerschein oder fahren Sie Bus und Bahn und ist das für Sie schwierig? Wie wichtig sind für Sie feste Strukturen? Haben Sie einen Betreuer und wie läuft die Zusammenarbeit?

Diese und viele weitere Fragen wurden geduldig beantwortet. Zum Abschluss nutzten viele Gäste die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit Birger und den Kauf seines Buches. Das gab es natürlich nicht oh-



ne eine persönliche Widmung des Autors. Eine tolle Veranstaltung, die viele spannende Einblicke gab, neue Kontakte entstehen ließ und mit dem Versprechen des Autors endete, gern

wieder zu kommen. Darauf kommen wir gern zurück, spätestens wenn sein zweites Buch erschienen ist.

• *Horst Wehner*

Zwickau im Blick von Rechtsaußen



Sie geben sich praktisch die Klinke in die Hand, die verschiedenen Gruppen vom rechten Rand der Gesellschaft. Seit dem 24. März gibt es alle zwei bis drei Wochen eine rechte Demo. Am 24. März hatte die Bürgeroffensive Deutschland e. V. aufgerufen (wir berichteten von der Gegenaktion Zwickau zeigt Herz), am 7. April hielt der III. Weg auf dem Platz der Völkerfreundschaft seine Kundgebung mit anschließender Demo ab. Für den 30. April hatte die AfD angemeldet und

fuhr mit Höcke, Maier, Poggenburg und anderen die Crème de la Crème des ganz rechten Parteispektrums auf. Die nächste rechte Demo ist bereits für den 19. Mai angemeldet, diesmal wieder von der Bürgeroffensive Deutschland e. V.

Wir sehen uns hier einer Schlagzahl gegenüber, die von der sich gerade findenden engagierten Zivilgesellschaft erst einmal bewältigt werden will. Gegen die AfD-Demo am 30. April gab es zwei Gegenaktionen – ein Bürgerpicknick und eine Demo unter dem Motto „Ab durch die Höcke“. Auch für den 19. Mai haben wir eine Gegenaktion angemeldet, mit der wir einmal mehr mit Witz und Kreativität auf die rechten Rattenfänger reagieren wollen und werden. Dennoch, gerade zahlenmäßig können wir, ein überparteiliches Netzwerk von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Unterstützung von außen gebrauchen. Bei Facebook und auch auf unserer Homepage werden die Termine und Orte für die Gegenproteste veröffentlicht. Ich würde mich sehr freuen, wenn viele Genos-

sinnen und Genossen, aber auch andere engagierte Antifaschisten und Demokraten aus dem Kreisverband Zwickau und den Nachbarverbänden unsere Aktionen personell unterstützen könnten. Wir wollen auf keinen Fall, dass die Nazis Zwickau zu einer

weiteren festen Hochburg in Sachsen machen. Schlimm genug, dass der III. Weg nach Plauen nun auch in Zwickau mit abendlichen Streifen und dergleichen aufwartet.

• *Simone Hock, Zwickau*

Aktuelles aus dem Kreisvorstand

Der Umzug unserer Kreisgeschäftsstelle in die Äußere Plauensche Straße 20 ist vollbracht. Am Morgen des 21. April rollten die Umzugswagen an. Am Nachmittag standen alle Möbel an ihrem Platz in der neuen Kreisgeschäftsstelle. Seit Februar liefen die Vorbereitungen für den Umzug. Zahlreiche Genossinnen und Genossen haben tatkräftig geholfen und mit angepackt. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Ein besonderer Dank geht an unsere Kreisgeschäftsführerin Gudrun Forner, ohne deren Einsatz der Umzug nicht so zügig und reibungslos verlaufen wäre.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt der Kreisvorstandssitzung vom 04. April war die Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2019. Gemäß dem Beschluss unseres letzten Kreisparteitages haben wir die Projektgruppe Wahlen mit einstimmigem Vorstandsbeschluss eingesetzt. Im nächsten Jahr stehen wichtige Wahlen an: Kommunalwahlen, Europawahl, Landtagswahl.

Die Projektgruppe Wahlen hat die erforderliche organisatorische und inhaltliche Vorbereitung mit dem Wahlplenum des Landesverbandes, den Ortsverbänden sowie der Kreistagsfraktion und den Wahlkreisbüros unserer Bundestags- und Landtagsabgeordneten zu koordinieren. Der Projektgruppe Wahlen gehören an: der Wahlkampfleiter, der zugleich Leiter der Projektgruppe Wahlen ist, die Wahlkampfverantwortlichen aus den Ortsverbänden, der Geschäftsführer der Kreistagsfraktion sowie Mitarbeiter der Wahlkreisbüros von Sabine Zimmermann und Horst Wehner. Zum Leiter der Projektgruppe Wahlen wurde ich einstimmig ernannt.

Weiterhin stimmte der Kreisvorstand einstimmig Anträgen auf finanzielle Unterstützung von Vor-Ort-Aktivitäten zu. Zum Beispiel gibt Geld für das Kinderfest in Werdau, die Beteiligung am Spieletag in Glauchau sowie am Radlersonntag in Mülsen oder die Beteiligung am Rainbowflash. Zudem wurden Mittel zur Anschaffung von Werbematerial freigegeben, das in der Kreisgeschäftsstelle lagert.

• *Sandro Tröger, Kreisvorsitzender*



„Pflegenotstand stoppen“

Harald Kühne und Reinhard Heinrich über die Aktionswoche im Landkreis Meißen



Wir waren etwas schneller als die Bundespartei. Bekanntlich beginnt sie ihre Kampagne „Pflegenotstand stoppen“ erst Mitte Mai. Kreistagsfraktion und Kreisvorstand waren sich jedoch einig, die Aktionswoche bewusst im Vorfeld des 1. Mai „unterzubringen“, abseits von sonstigem politischen Getöse und als „Leuchtturm“ in der Ödnis des kommunalpolitischen Tagesgeschäfts in unserem Kreis. Und die Ergebnisse – geführte Gespräche und gewonnene Erkenntnisse auf beiden Seiten des Tisches beziehungsweise des Infostandes – gaben uns Recht. Da spielt es auch keine Rolle, dass politisch die meisten Sachen höheren Ortes verbockt werden. Die Probleme auszubaden haben Kreise und Gemeinden.

Hauptsäulen unserer Woche waren Hintergrundgespräche mit Fachleuten und Betroffenen vor allem im ländlichen Raum sowie eine Tour über Dörfer und Wochenmärkte. Professionell konzipiert begann die Aktion mit Pressearbeit. Bereits beim Pressefrühstück im Vorfeld waren Journalisten lokaler und regionaler Tages- und Wochenzeitungen dabei. Enorm wichtig: Eine kostenlose Wochenzeitung, die alle Haushalte erreicht.

Sachlich und konstruktiv verständigten wir uns mit dem Sozialamt, der Volkssolidarität, dem freien Träger Advita und einigen Bürgermeistern zur Situation in der ambulanten Pflege. Mit Infomobil und Ständen tourten wir durch den Landkreis, machten

Steckaktionen und versuchten mit Leuten ins Gespräch zu kommen.

Erste Station auf Wochenmärkten war Großenhain. Es folgten Riesa, Meißen und Radebeul. Nossen, Stauchitz und Hirschstein waren Stationen für Hintergrundgespräche. Tenor: Mehr Geld ins System, mehr Personal, weniger Bürokratie, bessere Ausbildung, höhere gesellschaftliche Anerkennung des Pflegeberufes. Struktur im ländlichen Raum gehört auf den Prüfstand.

Die Bürgermeister der Landgemeinden sehen vor allem das Strukturproblem: Zu viele große Einrichtungen in Städten, damit „Industrialisierung der Pflege“ mit allen Effizienzvorteilen und vielen bekannten Nachteilen für Patienten und Angehörige. Andererseits zu wenige Pflegeeinrichtungen in den

Landgemeinden, wo Pflegepersonal gut leben könnte, die Patienten im vertrauten Umfeld sein könnten – und natürlich die Gemeinden nicht die Patienten als Einwohner verlor.

Nützlicher Nebeneffekt übrigens in Riesa: Hier konnten in diesem Zusammenhang zusätzlich 70 Unterschriften für eine Änderung der Finanzierung der Kita-Plätze in Sachsen gesammelt werden. Die zusammengefassten Ergebnisse der Woche werden in die strategischen Aktivitäten unserer Fraktion im Kreistag einfließen.

Einen besonderen Dank sagen wir noch Mirko Schaeffler von der „AG 27“ der Abgeordneten der LINKEN im Sächsischen Landtag für nimmermüde Unterstützung auf Straßen und Plätzen unseres Kreises.



Aus dem Kreistag

Antrag der LINKEN einstimmig beschlossen: Musikalische Bildung auch für Dorfkinder

Es geht um die Teilhabe von Kindern aus Dörfern des Kreises am Unterricht der kreiseigenen Musikschule. Die Musikschule will die Qualität ihrer Ausbildung weiter verbessern und dazu zehn Vollzeitstellen schaffen. DIE LINKE hat dem zugestimmt.

Doch die Kosten werden weiter steigen und auch die Kommunen müssen auf Grundlage einer Zweckvereinbarung ihren Beitrag leisten. Doch was ist mit jenen Dörfern, die bereits jetzt das Geld nicht aufbringen können? Sollen diese Kinder benachteiligt werden?

Nein, natürlich nicht. Die Linksfraktion stellte den Antrag, betroffene Gemeinden über einen Finanzausgleich des Kreises – ähnlich wie beim Breitbandausbau – zu unterstützen. Diesem Antrag stimmten alle im Kreistag vertretenen Fraktionen zu.

DIE LINKE fordert Seniorentaxis

Die Informationen der Tageszeitung zur letzten Kreistagsitzung sind etwas spärlich geraten. Der Vollständigkeit halber möchten wir auf die Wortbeiträge unserer Fraktionsvorsitzenden Bärbel Heym zu zwei wichtigen Punkten aufmerksam machen (www.dielinke-meissen.de/politik/aktuell).

Bekanntlich ist vorgesehen, die Tarife für Taxifahrten zu erhöhen. Obwohl nur rund ein Viertel der Kundschaft (26,6 Prozent) unmittelbar betroffen ist, sieht die LINKE ein Problem. Ein großer Teil der privaten Taxikundschaft sind ältere, vielfach kranke Bürger, die aufgrund eingeschränkter Mobilität auf Taxen zurückgreifen müssen, um zum Beispiel Arztbesuche, Behördenbesuche, aber auch wichtige persönliche bzw. soziale Kontakte wahrzunehmen.

Für sie kann sich die Tarifierhöhung beträchtlich auswirken und zu spürbaren Abstrichen führen. Nun gibt es in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Beispielen, wo durch geeignete Maßnahmen, sprich „Seniorentaxis“, diese Belastung zum Teil abgefedert wird. So sind zum Beispiel Personen ab 65 Jahre oder Personen mit einem Grad der Behinderung ab 50 Prozent Nutzungsberechtigt und erhalten auf Antrag einen Bonus zum Taxitarif. Die Überlegungen der LINKEN fanden im Kreistag breite Zustimmung. DIE Fraktion wird weiter an diesem Thema dranbleiben.

• Harald Kühne

Krieg bleibt die Ultima Irratio

Worte von *Jens Dietzmann* bei der Kamenzer Friedensdemo im April

Als ob wir nichts gelernt hätten, als ob wir die Geschichten von Zerstörung, Flucht und Vertreibung vergessen hätten, als ob wir unsere Familiengeschichten mit den vielen Kriegstoten ausgeblendet hätten, spielen schon wieder bestimmte Kreise mit dem Feuer. Krieg wird wieder als denkbare Option der Politik, Militär als Mittel zur Durchsetzung von Interessen und Tod als Drohszenario salonfähig gemacht. Was Willy Brandt noch als Ultima Irratio gebrandmarkt hat, wird heute von der Bundesregierung toleriert.

Es ist der Verfall der internationalen Normen, der seit dem Übrigbleiben der NATO Einzug gehalten hat. Jean Baptiste Henri Lacordaire, ein französischer Theologe, erkannte schon im 19. Jahrhundert: „Zwischen dem Starken und dem Schwachen, zwischen dem Reichen und dem Armen, zwischen dem Herrn und dem Diener ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“ Was im Staat gilt, gilt auch zwischen den Staaten. Und in der Tat sehen wir, dass das internationale Recht von den Starken immer weniger beachtet und Stück für Stück ausgehöhlt wird. Wenn aber kein Recht gilt, was soll dann gelten? Das Faustrecht des Stärkeren?

Sollen wir mitmachen, wenn andere Länder bombardiert werden? Sollen wir den deutschen Boden, von dem nie wieder Krieg ausgehen sollte, dafür zur Verfügung stellen, dass in aller Welt gemordet werden kann? Das tun wir längst. Ohne die Airbase Ramstein wäre der Drohnenkrieg der USA nicht möglich. Unsere Luftaufklärung über Syrien bekommen alle Verbündeten im Krieg gegen den IS, auch die Türkei, die völkerrechtswidrig in Syrien einfällt und auch Saudi-Arabien, das Terror international finanziert und den Jemen in die Steinzeit zurückbombt. Das können wir nicht weiter lautlos dulden.

Wir schicken Waffen in alle Welt. Deutsche Waffen haben schon einmal die Welt in Brand gesetzt. Die Millionen

Opfer sollten uns doch gezeigt haben, wohin Aufrüstung führt. Der Abgeordnete Hampel (AfD) hat im Bundestag gemeint, dass man Deutschland nur ernst nehmen könne, wenn die Bundeswehr besser ausgestattet wäre. Ist es wirklich so, dass wir uns nur mit Militär Gehör verschaffen könnten? Was bedeutet es, wenn Verhandlungen zwischen Staaten nur durch deren Fähigkeit zum gegenseitigen Töten bestimmt würden?

Bücher mag man lesen oder auch nicht, aber die Zeugen des Krieges sollten gehört werden. Die Generation, welche noch den Schrecken erlebt hat, ist fast verstummt. Zeugen, welche die Schrecken der religiösen Fanatiker und der Stellvertreterkriege im Nahen Osten erlebt haben, werden noch zu wenig gehört. Doch ein Zeuge von damals blieb nicht sprachlos – Wolfgang Borchert, der 1947 an den Kriegsfolgen starb:

„Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelm und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“

Du. Mädchen hinterm Ladentisch und Mädchen im Büro. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Granaten füllen und Zielfernrohre für Scharfschützenge-

wehre montieren, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Besitzer der Fabrik. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst statt Puder und Kakao Schießpulver verkaufen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Dichter in deiner Stube. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Liebeslieder, du sollst Hasslieder singen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“

Denn wenn ihr nicht NEIN sagt, dann wird alles das wiederkommen.



Sorbische Symbole schutzlos

Jüngst sind bei Demonstrationen in Dresden und in der Lausitz Fahnen in den sorbischen Farben gezeigt worden, die verändert worden waren. So wurden ein ovales Emblem mit dem – wahrscheinlich – preußischen Adler und der Umschrift „Deutschland“ und ein rundes Emblem mit der Darstellung eines Herzens in den Farben Schwarz-Rot-Gold und der Umschrift „Mein Herz für Deutschland“ angebracht. Teilweise waren diese Demonstrationen gegen das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten gerichtet. Ausgehend davon habe ich die Landesregierung gefragt, inwieweit die sorbische Flagge gesetzlich vor Manipulation geschützt ist. Die Antwort:

Verfassung und Sorbengesetz regeln den gleichberechtigten Status der sorbischen Fahne mit anderen Fahnen im sorbischen Siedlungsgebiet. Gleichzeitig normiert § 4 SächsSorbG: „Die sorbischen Farben sind blau-rot-weiß“ – d. h. nach meiner Auffassung ohne Zusatz. Nach Auffassung der Staatsregierung jedoch „unterliegt die Verwendung der sorbischen Flagge ebenso wenig wie Änderungen an der Flagge besonderen staatlichen Schutzvorschriften“ – anders als die Flaggen des Bundes und der Länder. Die Verwendung einer manipulierten sorbischen Flagge würde dann „nur“ wegen des möglicherweise beleidigenden oder volksverhetzenden Charakters der Manipulation strafrechtliche Relevanz erlangen. Eine Manipulation oder Änderung an sich stelle also keinen verfolgbaren Gesetzesverstoß dar.

Ich fordere den gleichberechtigten Schutz von Symbolen der autochthonen Minderheiten in Deutschland, die zugleich Bestandteil des gesamten Minderheitenschutzes sein müssen!

• Heiko Kosel, MdL

Sorbische Linke auf Frühjahrstour

Die Schleifer und Hoyerswerdaer Gegend war das Ziel einer Exkursion der LAG Sorbische Linke. In der „Alten Spinnerei“, beim Verein „Spinnerei von nachhaltigen Leben e.V.“, ließen sich die Mitglieder über alternative Lebensformen unterrichten. Auf 3.600 Quadratmetern versuchen die Vereinsmitglieder, sich in anderer Art das Leben zu ordnen, was auch heißt, an Traditionen anzuknüpfen und handwerkliche Fertigkeiten zu pflegen. Dabei hat der Verein mit Schwierigkeiten zu kämpfen: „Wer sich gegen den politischen Apparat stellt, hat auch auf der Stelle den bürokratischen Apparat gegen sich“, betonten die Mitglieder des Vereins.

In Schleife trafen die Gäste aus dem Landkreis Bautzen auf die unermüdlige Umweltaktivistin Edith Pjenkova – „Mehr solcher standfesten Pjenks (sorbisch für festen Baumstock) könnten wir Sorben gebrauchen“, sagt die Sprecherin der Sorbischen Linken, Měrka Kosel. An Ort und Stelle nahmen sie die Wunden, die die Braunkohlegewinnung in die Landschaft schlägt, wahr.

Im Sorbischen Kulturzentrum erläuterte der Vorsitzende des traditionellen Kreisverbands Weißwasser, Manfred Herrmasch, die ethnische und sprachliche Lage. „Wir fürchteten, dass sich die sorbische Sprache schnell verflüchtigen würde“, sagte er und verwies dar-

auf, dass es viele Initiativen zum Erhalt der Sprache in der Schleifer Gegend gebe. Die Schleifer Region, zwischen dem obersorbischen und niedersorbischen, um Cottbus angesiedelten Sprachgebiet gelegen, ist die wohl nach Sprache, Lebensweise und Traditionspflege eigenartigste Gegend im Sorbenland. Lange haben die Sprachbewahrer darum gerungen, was nun erreicht wurde. Seit 2012 ist die Sprache um Schleife als eigenständig anerkannt. Vielfältig sind die Bemühungen, die Sprache und das Bewusstsein am Leben zu halten. Ein Wörterbuch mit der Schleifer Sprache, über Jahre zusammengetragen, eine zweisprachige Sammlung von Sagen und Märchen erscheint, ein „Slěp-

janski spiwnik“, ein Liederbuch, wird den sangesfreudigen Sorbinnen und Sorben in die Hand gegeben, alles Unterfangen, die Anerkennung fanden. Der diesjährige vom Freistaat verliehene Preis für sorbische Sprache, der Zjler-Preis, wurde Juliane Kaufürst und Dieter Reddo zugesprochen, die beide wesentlich dazu beitrugen, dass der mündlich überlieferte Wortschatz des Schleifer Sorbisch aufgeschrieben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Getreu der Maxime, dort zu sein, wo sich Probleme häufen, wird die Sorbische Linke weiter im deutsch-sorbischen Gebiet unterwegs sein.

• Sieghard Kosel, LAG Serbska Lěwica

Leitgedanke sächsischer Regierungspolitik war lange die Idee von prosperierenden Wachstumskernen, deren Förderung zu nachholenden Entwicklungseffekten für ländliche Regionen führen werde. Das funktionierte nur bedingt, denn zwar bildeten sich um Ballungszentren Speckgürtel auch in angrenzenden Flächenkreisen. Die Strahlkraft dieser Leuchttürme konnte aber ein Auseinanderdriften von großstädtischem und ländlichem Raum nicht mildern. Gerade grenznahe Landkreise weisen eine negative Entwicklungsperspektive bei wachsenden sozialen Belastungsindikatoren auf.

Eine jahrzehntelange Abwanderungsbewegung von (jungen) Fachkräften torpediert neue Wirtschaftsentwicklung. So wird die Sozialstruktur ungünstiger. Solche Flächenlandkreise weisen überdurchschnittlich hohe Quoten von Empfängern sozialer Leistungen auf. Damit korrespondieren überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte für rechtspopulistische bis rechtsextremistische Parteien. Weil dies demokratiegefährdend wirkt und (Volks)parteien schwächt, haben Parteien den „ländlichen Raum“ entdeckt. Eigentlich haben sie ihn endlich „bemerkt“.

Dabei müssen die Akteure bereits bei der Abgrenzung der Begrifflichkeiten scheitern, denn es gibt enorme Unterschiede im Siedlungsgebilde, aber auch im Wirtschafts- und Sozialgefüge von ländlichen Räumen. Das Papier Schultze/Cordts/Fröck u.a. versucht für die LINKE in Sachsen eine erste Definition durch Abstufung des ländlichen Raums

Die große Blase vom „Ländlichen Raum“

Auch DIE LINKE hat den ländlichen Raum (neu) entdeckt. Von *Kathrin Kagelmann*

in Funktionskategorien. Der Landesvorstand arbeitet an einer Konzeption zur besonderen (finanziellen) Förderung der politischen Arbeit im ländlichen Raum. Die Linksfraktion im Landtag beschreibt Anforderungen an Politik u.a. im ländlichen Raum im Rahmen des Landesentwicklungsprozesses Aleksa.

In der politischen Diskussion wird unter ländlichem Raum die gesamte Landesfläche außerhalb der Ballungszentren Leipzig, Dresden und Chemnitz verstanden. Eine weitergehende Differenzierung innerhalb des ländlichen Raumes ist zwar möglich. Sie erscheint mir zumindest für die LINKE nicht von Bedeutung, auch weil sie an den Schlussfolgerungen nichts ändert.

Politisch ergibt eine Differenzierung außerhalb von konkreten Raumplanungsprozessen wenig Sinn, weil insbesondere das Leitbild der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen es erfordert, sämtliche Fachpolitiken stets im Kontext ausgeglichener Landesentwicklung zu betreiben. Verkehrs-, Gesundheits- oder Wirtschafts-

politik sind nur dann gut, wenn sie auch in Flächenlandkreisen wirken. Weil gerade Letzteres aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen immer schwieriger erscheint, werden städtische und ländliche Räume erst bei der Politikentwicklung getrennt und dann auch bei der Flankierung durch Förderinstrumente angefangen – bei der EU, dem Bund bis zum Land. Erst dadurch werden die (künstlichen) Grenzen zwischen beiden Räumen immer wieder belebt, die eigentlich sukzessive verschwinden sollten.

Fazit: Fachpolitik trifft in städtischen und ländlichen Räumen auf unterschiedliche Bedingungen und Förderinstrumente. Aufgabe von (linker) Politik ist es, Lösungsangebote für beide, im besten Fall gemeinsame, zu entwickeln. Selbstironische Anmerkung: Auf Landesebene ergeben daher gesonderte Sprecherbereiche für den ländlichen Raum so viel Sinn wie solche für einen urbanen Raum – keinen.

Aber auch strukturell ist eine stärkere Differenzierung zwischen Groß-

stadt und ländlichem Raum bzw. innerhalb des ländlichen Raums für die LINKE Sachsen nicht erforderlich. Die Bipolarität von Wahlergebnissen, Mitgliederentwicklung, Parteiarbeit und Finanzen in Großstädten und Landkreisen ist objektiv und dauerhaft gegeben. Auch wenn das Parteiprojekt eines Ausgleichs durch Kräftebündelung auf Seiten der Kreisverbände im ländlichen Raum gescheitert ist: Eine solidarische Finanzierung von Parteiarbeit war und wird weiter regelmäßig die Diskussionen insbesondere nach Wahlen bestimmen. Dafür ist nicht entscheidend, wie der ländliche Raum genau definiert wird oder wie intelligent das Konzept dafür aussieht. Die Partei wird ohnehin entlang der abgeleiteten Projekte diskutieren.

Dafür ist entscheidend, ob die Partei DIE LINKE an der Überzeugung festhält, dass Wahlerfolge der Gesamtpartei nur in Gemeinsamkeit von Großstädten und Landkreisen zu erzielen sind oder ob wir uns davon verabschieden und schwindende Ressourcen zunehmend in politischen Wachstumskernen konzentrieren wollen. Im Kern geht es ums Umverteilen zwischen arm und reich – eigentlich eine linke Leibesübung. Angesichts der Mitgliederentwicklung braucht es dafür aber insbesondere auf Landesparteitagen mehr Solidarität aus den Großstadtverbänden. Diese Erkenntnis ist alles andere als neu, aber sie wird immer wichtiger. Was an der Leuchtturmpolitik der Regierenden falsch ist, gilt eben auch für die Strukturen der LINKEN.

Epochenbruch 1914–1923

Unlängst lud die Historische Kommission der LINKEN zu einer wissenschaftlichen Konferenz nach Berlin. Thema war der Epochenbruch: Februarrevolution, Oktoberrevolution und die deutsche Novemberrevolution. Groß war der Fundus an Reflexionen, Erkenntnissen und Sichtweisen. Dr. Wladislaw Hedeler konstatierte: „Im Ergebnis der von 1989 bis 2011 geführten Programmdebatte ist der Hinweis auf die ‚welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution‘ aus dem Programm gestrichen und der von Lenin begründeten Weltanschauungspartei ‚neuen Typs‘ eine Absage erteilt worden.“ Auch spätere Ausführungen Hedelers zur Programmgeschichte der LINKEN legen nahe: Es lohnt sich, deren programmatische Wandlungen vergleichend nachzulesen. Ferner erinnerte Hedeler an den Historiker Manfred Kossok, der 1991 sagte: „Die sozialistische Revolution konnte nicht ins Zentrum des bürgerlichen Kosmos vorstoßen, wie es einst der bürgerlichen Umwälzung gelang. In diesem Sinne blieb die sozialistische Revolution, auch wenn sie als europäisches Ereignis, als ‚Katalysator aller damit verbundenen Probleme‘ wahrgenommen wurde, ein peripheres Phänomen.“ Lag in dieser Isolation nicht schon eine Saat der Niederlage der russischen Revolution?

Prof. Michael Buckmiller berichtete über Koalitionsregierungen von SPD

und KPD in Sachsen und Thüringen. Nach einer entsprechenden Direktive des Moskauer Exekutivkomitees der KOMINTERN zur Regierungsbeteiligung trat die sächsische KPD am 10. Oktober 1923 in die Regierung ein, drei Tage später taten es die Thüringer Genossen ihr gleich. In Sachsen einigte man sich auf folgende Richtlinien: Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus, Bekämpfung des Wuchers, Bildung von Arbeiterkammern sowie auf eine Teilamnestie. Schwerpunkte der Regierungsarbeit in Thüringen sollten etwa sein: Sicherung des Lebensminimums durch Erfassung von Sachwerten durch das Reich, Durchführung einer wirksamen Produktionskontrolle unter Mitwirkung der proletarischen Massen, unbedingte Aufrechterhaltung des Achtstundentags, Erweiterung des Arbeitsrechts, Verhinderung von Betriebsstillegungen, Verstaatlichung der Polizei unter republikanischer Leitung und Säuberung des Staatsapparats. Wie bitter, dass sich die sozialdemokratischen U-Boote um Reichspräsident Ebert und sein Innenminister Sollmann von Berlin aus bemühten, beide Reform-Regierungen zu torpedieren. Das ging in Thüringen von Haussuchungen bei KPD-Abgeordneten, 300 Festnahmen bis hin zu 34 Morden – alles durch „Tateinheiten“ der Reichswehr. Es war schon nach wenigen Tagen absehbar, dass die durch Ebert gedeckte Militär-

herrschaft selbst die eingeschränkten Reformpläne der Koalitionsregierungen unmöglich machte, so der Referent. Bemerkenswert ist auch, dass Reichskanzler Gustav Stresemann die militärische Amtsenthebung der gewählten, ihm „unpässlichen“ Regierung in Sachsen verfügte und stattdessen die Einsetzung eines Staatskommissars veranlasste. Aus dem „Deutschen Oktober“ wurde also nichts. Dabei hatte Sinowjew zuvor noch geschrieben: „Die heraufziehende zweite, wirklich proletarische Revolution in Deutschland wird Sowjetrußland endgültig zum Siege verhelfen auf dem Felde des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus“.

Die herausragende Kennerin von Leben und Werk Rosa Luxemburgs, Prof. Annelies Laschitzka erklärte, dass Luxemburg spätestens seit der Jahrhundertwende auf eine antikapitalistische, sozialistische Revolution im weltweiten Maßstab fixiert war. Wie ihr viele Gegner unterstellen wollen, bedeutete das nicht, dass sie auf anarchistische oder terroristische Gewaltakte setzen wollte. Vielmehr: Eine weltweite revolutionäre internationale Erhebung bedürfe langfristiger Vorbereitungsphasen, geduldiger Aufklärungsarbeit, bewusster Aufnahme von Erfahrungen und Lehren und nicht zuletzt einer konkreten Krisensituation. Laschitzka: „Für die russische Revolution sah sie keine Chance auf Erfolg, solange sich deren Führer zu undemokratischen, zum Teil terroristischen Mitteln und Methoden hinreißen ließen, sich von deutschen Imperialisten erpressen lassen mussten und nicht genügend internationale Unterstützung erhielten.“ Folgerichtig kritisierte Luxemburg allen voran Lenin, wegen der Zustimmung zum Frieden von Brest-Litowsk. Sie warf den russischen Genossen den „Ausverkauf der Revolution“ vor. Die Kapitulation von Brest-Litowsk hätte den Siegeslauf des deutschen Imperialismus begonnen.

• René Lindenau

Alle Referate: www.gleft.de/2b1



Chemnitzer Ostermarsch 2018

Nico Rudolph von der LAG Frieden und Internationale Politik blickt zurück

Bei lachender Sonne konnten wir zum Höhepunkt des Ostermarsches mindestens 300-350 Menschen versammeln. Damit liegt Chemnitz vor Dresden und Leipzig und ist Landeshauptstadt des Friedens ;) Die Zahl unserer Demonstranten steigt seit mindestens zwei Jahren, angesichts der gefährlichen Lage ein Hoffnungsschimmer. Mit Reiner Braun hatten wir einen renommierten Hauptredner gewonnen, dem es gelang, eine höchst differenzierte und realitätsnahe Einschätzung der friedenspolitischen Lage abzugeben. Langsam kann das Thema wieder Menschen mobilisieren. Es wird Zeit.

Für manche war das alles nebensächlich. Der Umstand, dass Pegida unseren Ostermarsch-Aufruf geteilt hatte, sorgte für Unmut. Gegen Lob von der falschen Seite kann man sich nicht wehren, und so fanden sich unter den reichlich 300 Friedensbewegten eben auch 10-30 Pegidisten. Wie reagieren? Die Demonstration absagen? Dafür ist das Thema zu wichtig und ihr Anteil zu klein. Diese Leute ausschließen? Kannst du nur, wenn sie rechte Propaganda (Plakate, Flyer, Sprechchöre usw.) äußern, das haben sie aber unterlassen. Rederecht bekamen sie keines. Einer Rednerin reichte das alles nicht. Sie wollte den Ostermarsch nicht mitgehen. Doch was hätte es geändert, wenn wir alle stehen geblieben wären? Nichts, denn dadurch wären die paar Verwirrten auch nicht gegangen. Gewonnen hätten die Kriegstreiber.

Auch ich habe eine Rede gehalten. Ich begann mit einem Luxemburg-Zitat von 1913: „Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Kriege nicht aufhören“ und verwies auf das wirtschaftliche Interesse am Krieg. Antikapitalismus und Antimilitarismus sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Hinsichtlich unserer Mobilisierung besteht aber noch Verbesserungspotential. Die einzig anwesenden Jugendgruppen waren der SDS Chemnitz und die Jusos. Die kurdische Gemeinschaft fehlte, ebenso Flüchtlingsgruppen sowie die sonst aktiveren Chemnitzer Anarchisten. Umso mehr fortschrittliche Gruppen dabei sind, umso bedeutungsloser wird Rechts! Eine große Teilnah-

me von Linken an Friedensdemos ist daher praktizierte antifaschistische Politik! Rechts das Thema zu überlassen heißt Rechts zu stärken. Ich möchte, dass sich viele für den Frieden engagieren, dahingehend sollte man Menschen nicht zurückweisen – aber ab dem Zeitpunkt, an dem Nationalisten und Rassisten Werbung für ihre Ideologie oder Organisationen machen, müssen sie von Friedensdemos ausgeschlossen werden. Vorher ist es nicht umsetzbar. (Oder gibt es da praktikierbare Vorschläge für die Chemnitzer Friedensgruppe?)

Leider sehen manche die Kollaboration mit Rechten schon dort, wo Linke

und Rechte nur dieselbe Luft atmen. Da werden Zitate aus dem Sinnzusammenhang gerissen, oder Videoschnipsel müssen als Beweise herhalten, ohne persönlich mit den Genossen gesprochen zu haben. Solche Diffamierungen spalten, schwächen die LINKE insgesamt und nützen nur den Falschen: Entweder den Rechten oder den Kriegstreibern, nie aber Linken. Ich empfehle denjenigen, die so etwas machen: Redet nicht über eure Genossen, sondern mit ihnen! Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Eigentlich. Jedenfalls würden sich dann viele Verdächtigungen und Vorwürfe als bloße Hirngespinnste herausstellen.

Der Liebknechtkreis Chemnitz beachtet die Sorge um eine vermeintliche Querfront. Schließlich wurde unser Namensgeber Karl Liebknecht zusammen mit Rosa Luxemburg auf Geheiß *bürgerlich-prokapitalistischer Sozialdemokraten* (Friedrich Ebert und Gustav Noske) in deren Querfront mit den *faschistischen Freikorpsverbänden* ermordet. Wir haben das Thema auf dem Schirm! Aus diesem Anlass besucht uns der mehrfach diffamierte und verdiente Antifaschist Diether Dehm (MdB, DIE LINKE) am Sonnabend, den 26. Mai um 14 Uhr im Chemnitzer Rathaus und spricht über linkspopulären Kampf gegen Rechts. Lasst uns miteinander statt übereinander sprechen.

Ihr seid alle herzlich eingeladen :-)



Foto: Ralf Becker

Mit Kommunalpolitik Fluchtursachen bekämpfen

Steffen Rohkohl von der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie – ADELE über die Weiterentwicklung der kommunalen Anlagerichtlinien

Wer kennt nicht das Sprichwort: „Geld regiert die Welt“? Demnach besitzt derjenige, der über das Zahlungsmittel verfügt, die Möglichkeit, die Welt nach seinen Vorstellungen ein Stück weit zu verändern. So kann der unschlagbar günstige Einkauf beim Online-Versandhändler gleichzeitig die Unterstützung von dessen Marktmacht bedeuten und die oftmals ausbeuterischen Arbeitsbedingungen des „Global Players“ zementieren. Weitreichendere Folgen für die Gesellschaft dürfte die Wahl der Anlagemöglichkeit des eigenen Ersparnis mit sich bringen, da es sich hierbei – im Vergleich zu den eben beschriebenen Einkäufen – um eine größere Geldsumme handelt. Investiert beispielsweise die Bank, bei der ich ein Konto eröffne, das Geld ihrer Kunden bei Heckler & Koch, dann unterstütze ich damit indirekt den Verkauf von Schusswaffen und somit auch Kriege wie in Syrien. Lege ich meine Groschen in Fonds an, die Unternehmen wie BHP Billiton führen, so fördere ich den Abbau von fossilen Energieträgern bzw. den Klimawandel und damit zur Flucht zwingende

Dürren und Trinkwassermangel. Wähle ich jedoch bewusst Anlagemöglichkeiten aus, die weder Kriege noch Klimawandel anheizen sondern diesen entgegenwirken, bekämpfe ich mit meiner Investitionsstrategie die sogenannten Fluchtursachen. Dieses politische Instrument des gezielten Kapitalabzugs (engl. „divestment“) nutzten in den 80er Jahren erstmals Aktivisten, um gegen das Apartheidregime in Südafrika vorzugehen. In dieser Zeit zogen 155 US-Universitäten und 26 Bundesstaaten ihr Vermögen aus Unternehmen ab, die in Südafrika wirtschafteten und setzten damit den südafrikanischen Staat stark unter Druck.

Bei näherer Betrachtung wird also das Kauf- und Anlageverhalten eines jeden zu einem politischen Akt verantwortlichen Handelns. Diese Verantwortung für Entwicklungen auf unserer Erde übernehmen sächsische Kommunen umso mehr, indem sie Millionenbeträge an Steuergeldern am Kapitalmarkt investieren, um unter anderem Vorsorge für bestehende Risiken im Haushalt

zu gewährleisten. Bisher wurde die Art und Weise, wie die sächsischen Kommunen dieser Verantwortung nachkommen, kaum diskutiert. Der Blick der Verwaltungen richtet sich eher auf die Ausgeglichenheit des kommunalen Haushaltes sowie auf die Rendite der angelegten Gelder.

Dies könnte sich in Zukunft ändern, indem sich die Fraktionen der Partei DIE LINKE in den Kreis- und Stadträten verstärkt der Anlagerichtlinien ihrer Kommune widmen. Neben der Sicherstellung, dass kommunale Gelder nicht verlustbringend angelegt werden, ließen sich die reformierten Richtlinien auch als Instrument zur Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzen. So ist es denkbar, dass sächsische Kommunen zukünftig nur noch in Unternehmen investieren, die sich nicht an Waffen- und Rüstungsgüterproduktion beteiligen, Zwangs- und Kinderarbeit unterbinden, keine Lebensmittel- und Agrarspekulationen betreiben und auch vom Kohlestrom abrücken, der den Klimawandel und damit Fluchtbewegungen befeuert.

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig beschloss im Dezember vergangenen Jahres einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der eine solche Reform der städtischen Anlagerichtlinien vorsieht. Diese unterbinden – ab dem Haushaltsjahr 2018 – sämtliche Beteiligung an Unternehmen, die Waffen- und Rüstungsgüter herstellen oder verkaufen, gegen die UN Universal Declaration of Human Rights oder die ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work verstoßen, auf Atomkraft setzen oder Schiefergasgewinnung betreiben. Leider sollen erst mittelfristig Investitionen in Unternehmen verboten werden, die sich an Lebensmittel- und Agrarspekulationen oder an der Kohlekraftzeugung beteiligen und damit Fluchtursachen fördern. Es wird eine Aufgabe für DIE LINKE Fraktion im Stadtrat zu Leipzig sein, darauf zu pochen, auch diese Kriterien in die städtischen Anlagerichtlinien aufzunehmen. Es wäre ein weiterer wichtiger Beitrag linker Kommunalpolitik für die Bekämpfung von Armut und das Verhindern von Kriegen und Klimakatastrophen.

... hieß es noch nach dem Linksjugend-Bundeskongress 2015, bei dem es damals ordentlich geknallt hat. Aber weil bekanntermaßen nichts ewig währt, fand die diesjährige Ausgabe des Buko erneut in der thüringischen Landeshauptstadt statt. Ort des Geschehens war die Alte Parteischule, die, diplomatisch formuliert, bei allem architektonischen Charme reichlich abgerockt daherkam. Aber passt schon so, wir sind ja schließlich nicht die Julis.

Der im Vorfeld des Bundeskongresses größte Aufreger sollte gleich am Freitagabend behandelt werden: Nach einer Podiumsdiskussion bezüglich linker Standpunkte zur europäischen Union kam es direkt zur Behandlung der satzungsändernden Anträge. Der Antrag S4, welcher strömungsübergreifend von Einzelpersonen sowie mehreren Landessprecher_innenräten (auch dem sächsischen Beauftragtenrat) eingereicht wurde, erhitze die Gemüter am meisten. Er sollte (aus diversen Gründen, die hier aufzuführen den Rahmen sprengen würden) eine Unvereinbarkeit zwischen einer Mitgliedschaft in der Linksjugend sowie der Sozialistischen Alternative (SAV) in der Satzung verankern. Nach einer insgesamt recht konstruktiven 20-minütigen Debatte (jedenfalls konstruktiver als es die Diskussionen im Internet zuvor vermuten ließen), kam es in der geheimen Abstimmung zu einer Zustimmung zu dem Antrag von rund 58 Prozent – was zwar eine Mehrheit ist, jedoch nicht die für Satzungsänderungen erforderlichen zwei Drittel der Stimmen.

Abseits von derlei Selbstbeschäftigung wurde erfreulicherweise vor allem inhaltlich gearbeitet. Insgesamt 50 Anträge (Rekord!), ein bunter Mix aus angestrebten Projekten und Positionierungen, wurden im Vorfeld ausformuliert, begründet, gestellt und von den 250 Delegierten selbstverständlich alle gründlich durchgearbeitet – zumindest

Nie wieder Erfurt!

Daniel Peisker war mit vielen anderen beim Bundeskongress in Erfurt



wenn man* von der 18-köpfigen sächsischen Delegation auf alle schließen möchte ;). Und da sind die zahlreichen Änderungsanträge noch gar nicht mit erwähnt. Tatsächlich wurden, was anfangs keine Person gedacht hätte, alle Anträge auch behandelt! Egal ob Aktionen zum Marx-Gedenken, zur Digitalisierung oder Standpunkte zu Islamismus und feministischer Pornographie – We've got them all! Die kompletten Beschlüsse: www.gleft.de/2c/

Dass das alles mit dem Zeitplan so gut geklappt hat, ist neben der beflissenen Antragskommission auch der äußerst emsigen Wahlkommission zu verdanken. Denn: Es wurde auch gewählt. Sehr viel gewählt. Der Bundessprecher_innenrat, das Vorstandsgremium der Linksjugend auf Bundesebene, wird beispielsweise jedes Jahr neu zusammengesetzt. Während in den letzten Jahren hier großer Personalmangel

herrschte und sich mit Ach und Krach am Ende sechs Leute gefunden haben, die diese Mammutaufgabe im Ehrenamt bewältigen wollten, war diesmal der Andrang auf das Amt erfreulich hoch. Der neue BsPR besteht aus 10 Personen aus vielen verschiedenen Landesverbänden und das erste Mal seit langem war's mal wieder spannend. Auch die Bundesschiedskommission, die Bundeskassenprüfung sowie unsere Vertreter_innen für den Bundesausschuss und die Bundesparteitagsdelegierten wurden gewählt. Mit Malte Fiedler haben wir einen erfahrenen Jugendkandidaten für die Liste zur Europawahl 2019 aufgestellt und außerdem dazu auch gleich die politischen Leitlinien für den Europawahlkampf beschlossen.

Das Highlight aus sächsischer Sicht ist jedoch, dass unsere Franzi mit für Jugendverbandsverhältnisse wirklich großartigen 77 Prozent als jugendpoli-

tische Sprecherin nominiert wurde, die auf dem Bundesparteitag im Juni dann noch offiziell in den Parteivorstand gewählt werden muss. Geilgeilgeil! Wir freuen uns dolle.

Der Buko war unter dem Strich, wie Bukos halt so sind. Anstrengend im Vorfeld, noch anstrengender währenddessen. Und trotzdem, auch im Angesicht aller Differenzen, kann man aus dem Kontakt mit anderen unglaublich engagierten Genoss_innen, die man* sonst wohl nie kennenlernen würde, viel Kraft für den täglichen Struggle ziehen und denkt sich jedes Mal aufs Neue: Nunu, nächstes Jahr wieder. Und dass es dieses Jahr ein bisschen weniger böses Blut als sonst gab, kann gern zur Gewohnheit werden.

Meinen die das ernst?

Nr. 5: Noten abschaffen

Hier stellen wir euch jeden Monat eine Forderung aus dem Linksjugend-Wahlprogramm vor.

Die Forderung:

Noten abschaffen – für weniger Leistungsdruck in Sachsens Schulen

Die Begründung:

Schulnoten sind oftmals nicht nur eine Zahl, sondern dienen dazu, die Schüler_innen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Studien ergaben, dass die vergebenen Noten meist abhängig vom sozialen Hintergrund der Schüler_innen, den Lehrer_innen und der Schule sind. Noten sind also immer subjektiv. Um dem Anspruch der Gesellschaft dennoch gerecht zu werden, lernt man alles auswendig, der Leistungsdruck steigt und die Motivation sowie der Spaß dahinter fehlen gänzlich. Für das spätere Leben brauchen junge Menschen aber Kompetenzen, Lernbereitschaft und die Fähigkeit, sich selbst einschätzen zu können. Und genau deshalb fordern wir die Abschaffung aller Noten und ihre Ersetzung durch individuelle und schülerorientierte Lernberichte, welche Fähigkeiten und Kompetenzen aufzeigen und den Wert eines Menschen nicht durch Zahlen festlegen.

Termine

6. Mai: Treffen der Redaktionsgruppe zum Jugendwahlprogramm in Leipzig

18. bis 21. Mai: Pfingstcamp – Je ne regrette rien!

26. Mai: Sitzung des Beauftragtenrates

Pfingstcamp – und das zum zwanzigsten Mal!

Liebe Menschen, auch in diesem Jahr wird es ein Pfingstcamp geben – und das ist immerhin das zwanzigste Mal, dass unser kleines Herzensprojekt stattfinden wird. Vom 18.05. bis zum 21.05. werden sich im tschechischen Doksy wieder um die 600 Menschen einfinden. Menschen, welche Probleme mit schlechten Wortspielen haben, sollten den folgenden Satz überspringen. Das Motto in diesem Jahr lautet: „Je ne regrette rien“. Langweilig sollte es niemandem werden. Es wird wieder eine Menge Workshops geben – angefangen bei Sächsisch für Anfänger_innen,

über die Revolution in Deutschland um 1918/1919 bis hin zu einem Workshop über den Israel-Iran-Konflikt. An den Abenden wird ein buntes Sammelsurium um Konzert und Auflegen zelebriert. Am Samstagabend gibt's eine extrava-



gante Gala, welche die letzten zwanzig Pfingstcamps Revue passieren lassen wird. Wer es ruhiger mag, darf sich auch einfach bei tschechischen Bier in die Hängematte legen oder den mythenumwundenen See nahe des Geländes suchen und vielleicht sogar finden. Ob es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Zeitung noch Bungalows geben wird, ist ungewiss. Wenn ja, dann nichts als Bungalows buchen, wenn nein, dann nichts als Zelte buchen! Wir sehen uns in Doksy und glauben fest daran, auch nach der zwanzigsten Auflage nichts zu bereuen.

Die Herbstakademie im April ...

... war wirklich ein voller Erfolg. Wir haben uns drei Tage lang im schönen Oberau eingeschlossen, beziehungsweise uns in der Sonne brutzeln lassen. Es gab jeweils einen Workshop zu Layouts und einen zur Websitebetreuung, damit auch die Menschen

in den einzelnen Kreisen schnell und unabhängig schicke Sachen produzieren und veröffentlichen können. Außerdem haben wir über die drei Tage verteilt stundenlang ergebnisoffen und zwanglos über die Themen Teilhabe, Leistung, Prekarität und ÖPNV

geschnatter, wobei viele, viele super Gespräche, Gedanken und Ideen zusammenkamen. Mit vielen neuen Erkenntnissen und Körperbräune ging es dann nach Hause. Im Herbst (dieses Mal wirklich) wird es die nächste Akademie geben.

Facebook: Das Problem ist das Geschäftsmodell

Lorenz Krämer über die Zähmung eines Giganten

Facebook hat es jahrelang erlaubt, dass dubiose Unternehmen wie Cambridge Analytica Zugriff auf persönliche Informationen von allein in diesem Fall mindestens 80 Millionen Facebook-Nutzerinnen hatten. Daraus wurden Persönlichkeitsprofile berechnet, von denen die Firmenbetreiber behaupten, dass sie mit diesem Wissen sogar Wahlen und Abstimmungen selbst in großen Demokratien entscheidend beeinflussen könnten. In der Anhörung vor dem US-Parlament gab sich Facebook-Chef Zuckerberg dann betont reumütig. Das mit Cambridge Analytica sei alles ganz schlimm, sicher habe man da selbst ein paar Fehler gemacht, werde sich aber ganz sicher bessern. Außerdem habe man Cambridge Analytica bereits den Zugang entzogen. Alles also nur eine dumme Sache mit ein paar Versäumnissen, die aber schon behoben sind? Wohl kaum.

Facebook ist für eine riesige Anzahl Menschen heute nicht mehr aus ihrem Leben wegzudenken. Die meisten von uns verbringen einen großen Teil ihrer Zeit auf Facebook, teilen ihre Fotos mit Instagram, und kommunizieren über WhatsApp und Facebook Messenger, alles Teile des Facebook-Konzerns. Geld verdient der Konzern jedoch nicht direkt von den Nutzern, sondern durch das Anzeigen von Werbung. Der Mehrwert von Facebook ist das Wissen über Nutzerinnen und Nutzer. Weil sie so viele Daten über uns haben, und versprechen können, Werbung äußerst zielgenau zu positionieren, können sie

so viele Milliarden Dollar beziehungsweise Euro verdienen. Dass auch politische Werbung dazugehört, ist auch in Deutschland nicht mehr neu, Parteien und selbst die Bundesregierung schalten dort Anzeigen.

Es ist ein Fakt, dass Facebook heute in unserer Gesellschaft einen maßgeblichen Teil der öffentlichen Infrastruktur für die individuelle und öffentliche Kommunikation nutzbar macht. Deshalb müssen wir uns stärker darüber bewusst werden, dass dies kein Raum ist, der nur eine neutrale Plattform für unsere Kommunikation und den Austausch von Katzenfotos darstellt. Stattdessen wird dort jedes Verhalten überwacht, ausgewertet, ausgebeutet und

vermarktet. Wir liefern die Daten, aus denen Facebook seinen Profit schöpft. Zudem bekommt jeder nur das zu sehen, was er oder sie vermeintlich sehen will. Im Wahlkampf heißt das, dass wir Linken zum Beispiel die Wahlplakate der AfD nicht mehr zu sehen bekommen könnten, oder eigens auf uns zugeschnittene. Ein transparenter öffentlicher Diskurs ist so nicht zu führen – solch ein öffentlicher Raum befördert nur Manipulation und Lügen, er steht der Aufklärung entgegen.

Dass vor diesem Hintergrund eine Firma wie Cambridge Analytica aus wirtschaftlichen Interessen heraus antidemokratisch agiert, kann da nicht mehr überraschen. Die Frage ist eher, wie

viele andere Firmen und Geheimdienste es noch gibt, die so agieren. Weitere Enthüllungen sind schon gefolgt. Sicher, mit diesen Firmen kann man sich jeweils einzeln auseinandersetzen, doch wird sich die Lage dadurch bessern? Kann man den Versprechen glauben? Facebook hat immer wieder gezeigt, was seine Versprechen wert sind. Der Firma kann man kein Vertrauen schenken: Facebook hat die Daten nicht aus Unwissenheit, Nachlässigkeit, Naivität oder widrigen Umständen solchen Firmen zur Verfügung gestellt. Man tat dies, weil Facebook damit mehr über die eigenen Benutzerinnen und Benutzer erfahren konnte, um seinen Dienste zu optimieren, den Umsatz und damit auch den Gewinn zu steigern. Das Problem ist das Geschäftsmodell, das muss sich ändern.



Für die gesamte EU muss Mark Zuckerberg jetzt erklären, wie genau er vorhat, die neue EU-Datenschutzverordnung ab dem 25. Mai umzusetzen. Vor allem wird es für die Firma dann schwieriger, sich hinter der bisherigen, notorisch untätigen irischen Datenschutzaufsichtsbehörde zu verstecken. Kommt es danach zu solchen anhaltenden, schwerwiegenden Datenschutzverletzungen, können Bußgelder in einer Höhe von bis zu 4 Prozent des globalen Jahresumsatzes betragen. Den Trick, die Daten der Europäerinnen und Europäer einfach aus Irland und der EU auszulagern und sich damit den hiesigen Regelungen zu entziehen, werden wir Facebook nicht durchgehen lassen.

Proteste im Iran aus der Sicht der Frauenrechtsbewegung

Die Iran-Delegation des Europaparlaments setzt sich seit Jahren mit verschiedenen Initiativen und Resolutionen insbesondere für Menschenrechte im Iran ein. Sie sieht die Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft als eine ihrer Aufgaben an. Hierzu führt die Iran-Delegation unter anderem Gespräche mit Oppositionellen und Vertreter*innen der im Iran lebenden und vom Regime bedrohten Minderheiten. Dabei geht es auch darum, die Opposition mit parlamentarischen Mitteln zu unterstützen. Dazu gehörte zum Beispiel die Auszeichnung mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit, der 2012 vom Europäischen Parlament der iranischen Rechtsanwältin, Oppositionellen und Menschenrechtsaktivistin Nasrin Sotudeh sowie dem iranischen Filmregisseur Jafar Panahi, der sich in seinen Filmen kritisch mit Gesellschaft und Politik im Iran auseinandersetzt, verliehen wurde. Doch man betrachtet die Lage nicht nur aus der Ferne, sondern ist auch vor Ort.

Dr. Cornelia Ernst ist Vizepräsidentin der Iran-Delegation des Europäischen Parlaments. Mit dieser Delegation hat sie in den letzten Jahren mehrere Reisen in den Iran unternommen. So konnte sie sich ein Bild von den vielschichtigen Problemen vor Ort machen. So kann sie aus eigener Ansicht und Erfahrung die Probleme im Land schildern. Das tat sie am 13. April in Leipzig in einer Diskussion mit Mina Ahadi und über 80 Teilnehmer*innen. Die Diskussionsveranstaltung wurde in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und dem Abgeordnetenbüro organisiert, die Moderation wurde von Boris Krumnow übernommen. Dabei ging es um die aktuellen Proteste in der Islamischen Republik Iran sowie deren Bedeutung für die iranische Frauenrechtsbewegung.

Mina Ahadi ist Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime. Sie setzt sich für Menschen- und Frauen*rechte im Iran und gegen Diskriminierung von

Frauen* ein. Sie selbst bezeichnet ihre Lebensgeschichte als einen Kampf gegen die Kopftuchpflicht sowie gegen Hinrichtungen und Steinigungen von Frauen.

Beide Diskutantinnen gingen auf die Besonderheiten und Unterschiede der aktuellen Proteste im Vergleich zu 2009 ein. Sie waren sich darin einig, dass Frauen* und Frauen*rechtsbewegung eine große Rolle bei den Protesten spielen und dass deren Unterstützung dringend notwendig ist. Die iranische Frauen*bewegung wehrt sich seit Jahrzehnten gegen die islamische Regierung und die Unterdrückung der Frauen. Dabei sind die aktuellen Proteste von Frauen* im Iran viel mehr als nur Proteste gegen religiös begründete Kleidungsvorschriften und die Kopftuchpflicht, sondern richten sich darüber hinaus gegen viele weitere Diskriminierungsformen, denen Frauen* im Iran ausgesetzt sind. Insbesondere die junge Generation von Frauen* wei-

gert sich, die ihnen vom Gesetz verordnete, ihre Freiheit einschränkende Rolle zu akzeptieren. Es wurde bei der Diskussion außerdem deutlich, dass die iranische Gesellschaft insgesamt einen Wandel durchlebt hat, der sich unter anderem daran zeigt, dass die Kopftuchpflicht in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr findet und dass ein Großteil der Bevölkerung laut Präsidialamtsbericht der Meinung ist, dass die Entscheidung für oder gegen das Tragen des Kopftuchs von den Frauen* selbst und keinesfalls vom Staat getroffen werden soll. Bei der Diskussion wurde unter anderem deutlich, dass patriarchale Gesellschaftsstrukturen und Patriarchat insgesamt kritisiert und angegangen werden müssen, um die Situation von Frauen* im Iran, aber auch anderswo zu verbessern. Das kann man nicht über die Köpfe der Akteur*innen vor Ort hinweg tun.

• Anna Gorskih, Büro MdEP Cornelia Ernst

Die Heimat vor Seehofer schützen

André Hahn kündigt Widerstand gegen Grundrechteabbau an

Im März unterzeichneten Union und SPD ihre 175-seitige Koalitionsvereinbarung, der Bundestag wählte zum vierten Mal Angela Merkel zur Bundeskanzlerin und debattierte nach ihrer Regierungserklärung die inhaltlichen Schwerpunkte der einzelnen Bundesministerien.

Auf das Statement des neuen Innenministers Horst Seehofer erwiderte ich als Leiter des zuständigen Arbeitskreises der Linksfraktion und verwies zu Beginn meiner Rede auf das bekannte Kinderlied aus DDR-Zeiten: „Wir lieben die Heimat, die schöne, und wir schützen sie, weil sie dem Volke gehört ...“. Erste Positionierungen des Heimatministers Seehofer zu diversen Themen hatten ja zuvor für erhebliche Aufregung gesorgt, z.B. die, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre und er einen Masterplan für die verstärkte Abschiebung von Flüchtlingen plane.

Wer so agiert, der will nicht zusammenführen, sondern spalten! Deswegen drängt sich die Frage auf, ob Seehofer wirklich geeignet ist, die Heimat zu schützen, oder ob unser Land nicht vielmehr vor diesem Minister geschützt werden muss. Denn Horst Seehofer ist auch für die innere Sicherheit, die Terrorabwehr, die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz, für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, für den öffentlichen Dienst, die wichtigen Politikfelder Bauen und



Foto: linke20070 / flickr.com / CC BY-NC-ND 2.0

Wohnen und nicht zuletzt auch noch für den Leistungssport in diesem Land zuständig.

Was den Bereich des Innenministeriums anbelangt, so gibt es viele Punkte, zu denen Seehofer hätte Position beziehen müssen: Verstärkte Anstrengungen zur Integration zu uns gekommener Flüchtlinge, klare Beschränkungen geheimdienstlicher Kompetenzen, neue Standards für den Schutz der Daten der hier lebenden Menschen vor Ausforschung und Manipulation und nicht zuletzt, wie er sich eine Stärkung der direkten Demokratie vorstellt – bis hin zur Einführung von Volksbegehren und

Volksentscheiden auf Bundesebene. Und schließlich: Wie sollen das Technische Hilfswerk und die Feuerwehren in unseren Land unterstützt werden, wie das bürgerschaftliche Engagement und nicht zuletzt auch die Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus?

Der neue Koalitionsvertrag ist im Kern leider nicht viel mehr die Fortsetzung der GroKo 2013-2017. Die Union hat ihr Wahlprogramm leider nahezu vollständig durchgesetzt. Die Bundesbehörden sollen weiter gestärkt und ausgebaut werden. Es geht nicht um bessere Koordination und Unterstützung der Lan-

desbehörden, sondern um eine Führungsrolle des Bundes bis hin zu einem Direktionsrecht, etwa gegenüber den Landesämtern für Verfassungsschutz. Damit legen die Koalitionäre nicht nur die Axt an die Grundrechte, sondern auch an die föderalen Wurzeln unserer Sicherheitsarchitektur.

Hinzu kommt: Es ist noch nicht lange her, dass alle an der neuen Regierung beteiligten Parteien auf Bundes- und Landesebene massiv Personal bei der Polizei abgebaut haben. Das geschah unter dem Druck von Schuldenbremse und fehlenden Steuereinnahmen der Länder. Von denen wird nun aber erwartet, dass sie 7.500 neue Stellen bei der Polizei schaffen. 2.000 Stellen sollen bei den Landesjustizverwaltungen und Gerichten hinzukommen. Woher die Länder die finanziellen Mittel dafür nehmen sollen, bleibt völlig im Unklaren.

Was also ist nun das Fazit nach Koalitionsvertrag und Regierungserklärung im innenpolitischen Bereich? Mehr Law and Order, mehr und zum Teil höchst umstrittene Befugnisse für Polizei und Geheimdienste, Aushöhlung des Datenschutzes, weniger Bürgerrechte und weniger Mitbestimmung statt einer Stärkung direkter Demokratie. All das will DIE LINKE nicht und deshalb muss Herr Seehofer in den kommenden Jahren mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen.

Arbeitsmarktpolitik absurd

Am 10. April traf ich mich mit Marion Schultdt von den Euro Schulen Dresden und Frau Dr. Buder von Jugend Arbeit Bildung e. V. Beide Träger bieten Maßnahmen für Langzeiterwerbslose an, bei denen – aus verschiedenen Gründen – eine Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt eher unwahrscheinlich ist.

Viele dieser Maßnahmen sind nun von der Streichung betroffen, denn die Bundesregierung hat mit der Verkleinerung des Eingliederungstitels die Gelder für die Arbeitsgelegenheitenstellen gekürzt. Die Begründung der schwarz-roten Bundesregierung lautet: „Wir haben ja sinkende Arbeitslosenzahlen, also brauchen wir auch weniger Geld dafür aktive Arbeitsmarktpolitik.“ Diese Begründung basiert auf einem großen Irrtum: Auch wenn die offiziellen Erwerbslosenzahlen sinken, so gibt es doch eine verfestigte Erwerbslosigkeit. Und gerade diese Menschen brauchen besondere Maßnahmen, deren Finanzierung weitaus kostspieliger ist als die einfache Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt.

Die Frauen der Euroschule und vom Jugend Arbeit Bildung e. V. schilderten mir sehr eindrücklich, dass in ihren Maßnahmen Menschen sind, die sich

einbringen wollen, dies aber aus den verschiedensten Gründen nicht in einem ungeschützten Arbeitsumfeld z. B. im ersten Arbeitsmarkt können. Oft geht es darum, überhaupt wieder eine Struktur in den Tagesablauf der Menschen zu bringen. In der Politik gibt es genug neunmalklugen Politiker, die sich mit Äußerungen nach dem Mot-

to „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ zu Wort melden oder Erwerbslosen einfach pauschal Faulheit unterstellen. Die Kolleg*innen, die ich traf, berichten mir aber von langen Wartelisten für ihre Maßnahmen. Das heißt: Wir sind aktuell nicht mal in der Lage, all diejenigen, die ein großes Interesse an einer solchen Maßnahme haben,

einen Platz anzubieten. Ein weiterer Grund dafür, dass sich alle Politiker, die Erwerbslose beschimpfen, einfach nur schämen sollten.

Anlass für mein Besuch war ein Schreiben der beiden Träger, in dem sie nachdrücklich darauf hinweisen, dass viele dieser Maßnahmen aufgrund von Mittelkürzungen vor dem Aus stehen. Ich nehme diesen Besuch nochmal zum Anlass, um an die Adresse des Bundessozialministers deutlich zu sagen: Herr Heil, sie haben in ihrer ersten Regierungserklärung sehr viel über Selbstbestimmung gesprochen. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf! Sorgen Sie dafür, dass die Langzeiterwerbslosen, die sich gern in einem solchen Projekt einbringen wollen, auch die Möglichkeit dazu haben, und stellen Sie die Finanzierung dieser Projekte sicher! Am besten verbinden Sie das damit, dass die Teilnahme an diesen Projekten als freiwillig eingestuft wird, denn niemandem ist geholfen, wenn Menschen nur unter Zwang daran teilnehmen. Viel wichtiger ist es, dass diejenigen, die auf den Wartelisten stehen, die Möglichkeit haben, in diesen Projekten weiter zu wirken.



Eine Frage der Gerechtigkeit

Von Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN im Sächsischen Landtag

Der Zustand einer Gesellschaft lässt sich daran ablesen, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht, heißt es. Wenn man dem folgt und sich auf die Rechte von Schwulen und Lesben konzentriert, könnte man zum Schluss kommen, dass in unserem Land alles in Butter sei. Bereits vor einem Jahr wurde die sogenannte „Ehe für alle“ beschlossen. Glaubt man den Medien, war dies ein historischer Tag, ein „Sieg für die Liebe“. Doch wenn diese Entscheidung ein Sieg ist, dann für die Gerechtigkeit, denn es ist nicht mehr beschlossen worden als dass gleichgeschlechtlichen Paaren dasselbe Recht zusteht wie verschiedengeschlechtlichen. Dies war keine progressive politische Entscheidung, sondern das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes von Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen, die auf dem Rechtsweg die Verfassungswidrigkeit der Ungleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft feststellen ließen. Auch der Konkurrenzdruck zwischen den Parteien vor der Wahl spielte eine erhebliche Rolle. Dennoch: Beschlungen wurde die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, was bei aller Kritik ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung ist.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass der Kampf um LSBTIQ*-Rechte abgeschlossen wäre. „Ihr dürft doch jetzt heiraten, was wollt ihr denn noch?“ oder „Schwul/Lesbisch zu sein ist doch heute überhaupt kein Thema mehr!“ Aussagen wie diese höre ich oft. Aber wie es um unsere Gesellschaft bestellt ist und was zu tun bleibt, offenbart dieser Erfahrungsbericht (www.gleft.de/2e9):

„Wir beide standen zitternd da, liefen umher, versuchten, eine sichere Ecke zu finden. Schließlich wurden wir weiter beschimpft. Ich rief um 21:37 Uhr den Notruf. Ich schilderte schnell die Situation. Die Frau vom Notruf meinte: ‚Tja, da können wir nichts machen. Meinen Sie etwa, dass wir Sie abholen?‘ Da stehen wir beide mitten unterm Nazivolk. Wir zitterten und konnten uns nicht anfassen, schauten uns aus Angst nicht zu tief in die Augen, und trotzdem wurden wir weiter schwulenfeindlich angemacht. Wir rannten über den Parkplatz, auf dem sich Hunderte Nazis aufhielten, liefen durch den Tunnel gegen die Lauffrichtung der Pegida-Heimkehrer. Der Zug hörte nicht auf. Die erste und die einzige Rettung wurde das Maritim-Hotel.“

Das liegt fast drei Jahre zurück. Es war ein Montagabend in Dresden, an dem zwei schwule Männer in einen Pulk von Menschen gerieten, die von einer Pegida-Demo zurückkamen. Die Szene zeigt, was in diesem Land furchtbare Realität ist und warum Queerpolitik keine Luxusdebatte, sondern originärer Teil linker Politik ist.

Der gesellschaftliche Diskurs scheint aktuell von AfD und Pegida bestimmt

zu werden, die über „unsere Kultur“ und „unsere Werte“ reden, die angeblich bedroht sind. Nur muss die Frage gestellt werden: Was ist diese Kultur und wer bedroht sie? Nehmen wir ein Klischee deutscher Kultur, das Oktoberfest. Es ist bezeichnend, dass es im letzten Jahr im Netz Warnhinweise für Schwule und Lesben gab, die es besuchen wollten. Es war tatsächlich ernst gemeint. Auf einem Oktoberfestportal wurde empfohlen (www.gleft.de/2e8):

„Jedoch gilt, als schwules oder lesbisches Paar auf dem Oktoberfest ein bisschen zurückhaltend zu sein. Nicht alle Wies'n-Gänger haben Verständnis für eine offene schwule oder lesbische Lebensweise. Also einfach die Augen und Ohren offen halten, ob ihr für Gesprächsstoff sorgt. Das Bierzelt ist jedenfalls nicht der richtige Ort, um den Menschen Begriffe wie Toleranz und Gleichberechtigung zu erklären.“

Ist das die Kultur, die verteidigt werden soll? Dass Menschen sich verstecken müssen und selbst schuld sein sollen, wenn sie Gewalt erfahren?

Sachsens Landesregierung hat den Schwerpunkt „Akzeptanz der Vielfalt von Lebensweisen“ im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Aber es

ist ein offenes Geheimnis, dass dieses Thema kein Herzensanliegen der CDU ist. Während wir als LINKE Forderungen nach konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz von LSBTIQ* stellen, verstecken sich die Christdemokrat*innen hinter der Aussage, Akzeptanz könne nicht verordnet werden. Immer deutlicher zeichnet sich aber inzwischen eine politische Abgrenzung der (Rechts-)Konservativen ab. Auch hier spielt der von der AfD dominierte Diskurs eine wesentliche Rolle. Nach der für die sächsische CDU verheerenden Bundestagswahl 2017 spekulierte der damalige Ministerpräsident Tillich, ob zu viel über Minderheiten gesprochen werde. Er sagte zur Debatte um die Öffnung der Ehe: „Das war für eine bestimmte Gruppe auch wichtig, aber eben nicht für die breite Masse der Bürger, die fühlt sich da nicht mitgenommen bzw. nicht verstanden.“ (www.gleft.de/2e7)

Ein CDU-Ministerpräsident, der solch eine Haltung vertritt, muss sich fragen lassen: Ist das wirklich das CDU-Verständnis von Verantwortung in der Gesellschaft, Rücksicht auf die Mehrheit zu nehmen? Ich finde, das ist die falsche Blickrichtung. Denn die Mehrheit ist nicht vom Problem der Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität

betroffen. Die (heteronormative) Mehrheit muss sich nicht bei den Eltern outen und befürchten, so den Platz in der Familie zu verlieren, sie muss keine Angst haben, in der Schule Mobbing und Anfeindungen ausgesetzt zu sein, sie muss sich keine Sorgen machen, auf der Straße verprügelt zu werden, nur weil sie mit dem gleichgeschlechtlichen Partner oder der Partnerin unterwegs ist, muss sich nicht langwierigen juristischen Prozessen unterziehen, um den richtigen Namen zu erhalten oder eine Familie zu gründen.

Wenn die Mehrheit aber kein Problem hat, dann ist es doch die Verantwortung einer Regierung, sich um die gesamte Gesellschaft zu kümmern und nicht nur um die Leute, die am lautessten sind. Leute, die etwa behaupten, die Öffnung der Ehe bedrohe die Familie. Das ist ein klassischer Fall von „verkehrte Welt“. Niemandem wird durch die Öffnung der Ehe etwas weggenommen, obwohl einige etwas dazubekommen. Das ist als gäbe es eine große Treppe, und über einen Teil wird eine Rampe gebaut. Plötzlich können alle ohne Probleme nach oben: Menschen mit Kinderwagen, Rollator, Fahrrad, Rollstuhl, Skateboard oder mit einem schweren Rollkoffer. Und dann sagen ausgerechnet diejenigen, die gut Treppe steigen können: Das ist aber jetzt gemein. Jetzt können ja alle nach oben!

Es klingt absurd, aber genau das ist die Denkweise. In einer Landtagsdebatte zum Thema Eheöffnung sagte die frühere AfD-Vorsitzende Frauke Petry: „Ein Privileg, das jeder haben kann, ist kein Privileg.“ Glückwunsch zu dieser Erkenntnis, genau darum geht es: Um die Idee einer gerechten Gesellschaft. Dazu gehört es, Privilegien abzubauen, Eheprivilegien abzuschaffen und Familien da zu fördern, wo sie stattfinden!

Nein, natürlich kann Akzeptanz nicht verordnet werden, aber es bedarf einer klaren Absage an Gewalt und Diskriminierung gegen Homosexuelle, Trans*- und Inter*personen. Es ist unsere Aufgabe als Politiker*innen, als politische Menschen und gerade als LINKE, eine eindeutige Position dazu zu beziehen.

Die Eheöffnung war ein wichtiger und längst überfälliger Schritt. Aber Ehe allein reicht nicht! Hier geht es nicht um Meinungsfreiheit, hier geht es um Menschenrechte, um den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung. Und das muss im Grundgesetz verankert werden, damit nicht eine einfache Mehrheit im Bundestag schwer erkämpfte Verbesserungen kippen kann. Wir fordern deshalb mit vielen anderen die Ergänzung des §3 GG: Niemand darf auf Grund von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität diskriminiert werden. Das ist die Grundlage für eine offene Gesellschaft, für Gerechtigkeit für alle.



Sarah Buddeberg bei der Demo „Vielfalt statt Einfalt“ am 14.09.2017 in Dresden

Späte Gerechtigkeit?

Doris Achelwilm über die Homosexuellenverfolgung im Nachkriegsdeutschland

Ende 2017 starb Wolfgang Lauinger im Alter von 99 Jahren. Er saß während der Nazi-Zeit für einige Monate im Gefängnis, weil er mit Freunden Swingplatten hörte und verdächtigt wurde, homosexuell zu sein. In den 1950er Jahren wurde er abermals verhaftet. Mit Glück entging er einer Verurteilung.

Anklage und Untersuchungshaft nach dem „Schwulen-Paragrafen“ 175 StGB bedeuteten in der Regel gesellschaftlichen Ausschluss. Familie und Freunde mieden die Betroffenen, Arbeitgeber gaben ihnen keinen Job. Bis 1969 galt in der BRD der §175 StGB unverändert in der von den Nazis verschärften Version von 1935. 1957 erklärte das Bundesverfassungsgericht den Paragraphen für grundgesetzkonform. Kein Ruhmesblatt deutscher Rechtsgeschichte.

Aber die Justiz war nur ein Abbild der Gesellschaft. In der jungen Bundesrepublik waren Lesben und Schwule verfeindet. Letztere wurden mit hohem Aufwand strafrechtlich verfolgt. Etwa 100.000 Gerichtsverfahren wurden bis 1969 eingeleitet und etwa 50.000 Menschen verurteilt. In der DDR wurde der § 175 zunächst in der Nazi-Fassung ins Gesetzbuch übernommen, doch

mit einem Urteil des Kammergerichts von 1950 kehrte man zur entschärften Fassung aus der Zeit vor 1935 zurück. 1968 wurde der Paragraph grundsätzlich entschärft. Es wurde nur verurteilt, wenn ein Partner nicht volljährig war. 1969 folgte die Bundesrepublik dem Beispiel. 1988 schaffte die DDR den Paragraphen, der in der Zwischenzeit § 151 lautete, ab. Trotzdem wurden bis 1988 viele tausend Menschen nach § 175 bzw. 151 verurteilt. Der § 151 betraf ab 1968 auch Lesben, wenn eine Partnerin nicht volljährig war, Verurteilungen sind allerdings nicht bekannt. Die Bundesrepublik rang sich erst 1994 zur endgültigen Abschaffung durch.

DIE LINKE, ihre Quellpartei PDS sowie Bündnis 90/Die Grünen bemühen sich seit mehr als zwei Jahrzehnten um die Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen. Erfolgreich: Mit dem 2017 verabschiedeten „Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen“ erkannte das Parlament das Unrecht dieser Strafvorschrift an und hob die Urteile nach §§ 175, 175a StGB in der Bundesrepublik und nach § 151 StGB-DDR auf. Seit Ju-

li 2017 haben Verurteilte damit einen Rechtsanspruch auf Entschädigung. Das ist gut. Und doch nicht gut genug, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt. Bis zum 20. Februar 2018 gingen beim Bundesamt für Justiz gerade einmal 81 Anträge auf Entschädigung ein, wovon bis jetzt 54 genehmigt und drei abgelehnt wurden. Bei zwei der bisher negativ beschiedenen Fälle saßen die Antragsteller zwar in Untersuchungshaft, haben aber wegen fehlender Verurteilung keinen Anspruch.

Wolfgang Lauinger stritt bis kurz vor seinem Tod für dieses Gesetz. Er trat in Schulen auf, sprach mit Bundesministern. Wenige Monate vor seinem Tod erhielt er einen Brief vom Bundesjustizministerium: Da er nicht verurteilt worden war, sondern nur in Untersuchungshaft gesessen hatte, stehe ihm nach dem Gesetz keine Entschädigung zu. Eine Farce. Doch bei genauem Hinschauen offenbaren sich weitere Lücken im Gesetz. So werden die Opfer von „freiwilliger“ Zwangskastration oder Opfer von Elektroschocktherapien bislang nicht entschädigt. Die Linksfraktion im Bundestag streitet unter anderem mit der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V. (BISS)

dafür, das Gesetz stärker öffentlich bekannt zu machen und die Lücken sofort zu schließen. Wolfgang Lauinger wird diese Gerechtigkeit nicht mehr erfahren. Aber es gibt tausende Menschen, denen nun im hohen Alter endlich Gerechtigkeit widerfahren könnte. Wir hoffen, mit den demokratischen Fraktionen schnell eine Lösung zu finden.



Doris Achelwilm ist Sprecherin der LINKE im Bundestag für Gleichstellungs-, Queer- und Medienpolitik.

Das Leben der Anderen! LGBTIQ* auf europäisch

Die anderen, das sind sie schon immer gewesen, die „vom anderen Ufer“. In Polen oder Ungarn ist es schwerer geworden, dieses Andere vor den anderen zu behaupten. In Polen muss eine Transgenderfrau, die geschlagen wurde, den Täter faktisch der Polizei frei Haus liefern, deb dann keine hohe Bestrafung erwartet. In Ungarn soll die „Familie“ gerettet werden vor „denen“.

Insgesamt 80 Prozent der LGBTIQ waren oder sind in Europa Diskriminierungen ausgesetzt. Mobbing haben fast alle von ihnen auf irgendeine Weise erfahren, mit dem Rechtsruck in Europa mit steigender Tendenz. Nur ein Fünftel traut sich überhaupt, Täter anzuzeigen, da sie Rachefeldzüge fürchten. Exkommunikation ist für einige die Folge, wie in Lettland geschehen. In Bosnien-Herzegowina wurde noch nie eine Gay-Pride-Parade genehmigt, ein angekündigter Marsch für die Menschenrechte wurde polizeilich verboten. Sehr viele LGBTIQ-Personen wagen es nicht, sich öffentlich zu bekennen, ein Leben im Geheimen belastet sie erheblich. In manchen Mitgliedstaaten ist Homosexualität in den Augen von Ärztinnen und Ärzten noch immer eine Krankheit und Transsexualität eine psychische Störung, so die Ergebnisse eines neuen Berichts der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA).

Vor dieser Realität sollten wir nicht die Augen verschließen, nur weil in Deutschland in den letzten Jahrzehn-

ten wichtige Rechte erkämpft werden konnten. Das wohl schlimmste Beispiel, das ich in den letzten Jahren erlebt habe, war eine Transfrau mitten in einem türkischen Abschiebegefängnis. Sie wartete auf uns in einer Zelle und erzählte von ihrer Abschiebung aus Griechenland, unfassbar.

Das sind Fakten, die ein aktives Agieren von Staat und Gesellschaft erfordern. Dabei reicht es nicht, Gesetze zu ändern. Vielmehr kommt es daran an, diese auch im konkreten Leben durchzusetzen. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass in einigen Ländern im beruflichen Alltag die Diskriminierung dieser Menschen an

der Tagesordnung ist oder aufgrund der sexuellen Ausrichtung im Arbeitsleben, bei der Einstellung in den Beruf Benachteiligungen entstehen. Deshalb muss es in den Mitgliedstaaten ein Monitoring geben, um Defizite zu beleuchten und Änderungen herbeizuführen.

Immer noch ist die Bildung ein Ort, an dem einseitige Lebensentwürfe dargestellt werden. Der Lehrplan muss in vielen Ländern von Vorurteilen ausgemistet werden und aufzeigen, dass es nicht nur das Modell Vater-Mutter-Kind als lebenswerten Lebensentwurf gibt. Wichtig ist dafür auch ein klares Bekenntnis des Staates, Hassverbrechen gegen LGBTIQ nicht zu tolerieren.

Homophobe und transphobe Hassreden sollten nicht nur verboten, sondern auch geächtet werden.

Grundsätzlich müssen in jedem einzelnen Mitgliedsstaat die Gesetzeswerke durchforstet werden, um benachteiligende Vorschriften in allen Bereichen abzuschaffen. Und noch etwas: Alles muss auch durch die Köpfe der Familienangehörigen, der Schulkameraden, der Behörden, der Medien, der Lehrerinnen und Lehrer, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Als wir als Antirassismus-Intergroup 2015 eine Stelle ausgeschrieben hatten, bewarben sich sehr viele. Eine Bewerbung gefiel mir besonders, nicht nur inhaltlich mit Blick auf die vorhandenen Kompetenzen, sondern auch, weil die Bewerbungsunterlagen ohne Passbild eingingen und keinen Verweis darauf hatten, welchen Geschlechtes die Bewerberin bzw. der Bewerber ist. Im Übrigen konnten wir diese Person einstellen, ein gute Wahl. Ich glaube, dass es wichtig ist, sich Vorurteilen öffentlich und auch ganz privat in den Weg zu stellen. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich das erste Mal mit meiner Liebsten vor meinen doch schon etwas älteren Eltern stand und mein Vater uns mit Stolz der Verwandtschaft vorstellte. Was dieselbe so dachte, war mir ziemlich egal, nicht aber meine Eltern. Ihnen war einfach wichtiger, dass ich glücklich bin und das hat mich wirklich glücklich gemacht.

• Cornelia Ernst, MdEP



Kampfbegriffe als Diskriminierungsform

Von *Dr. Klemens Ketelhut*, Universität Heidelberg/Heidelberg School of Education

Vor einigen Jahren brachte die Debatte um den sogenannten Bildungsplan in Baden-Württemberg Themenbereiche wie Homosexualität und Trans*geschlechtlichkeit in den Diskurs. Scheinbar Erstaunliches war zu beobachten: Im Gefolge der Ankündigung, dass nun auch andere Lebensweisen als die der Heterosexualität und der Zweigeschlechtlichkeit in der Schule Raum bekommen sollten, entstand eine laute Gegenbewegung, die unter anderem den bis heute als konservative Kampfvokabel genutzten Begriff der „Frühsexualisierung“ wieder prominent machte. Es war ein kalkuliertes Schüren von Ängsten auf Kosten von Menschen, die zu sexuellen oder geschlechtlichen Minderheiten gehören und sich damit per se in einer gesellschaftlich inferioren Position befinden. Der Begriff der Frühsexualisierung eignet sich zweifach zur Skandalisierung: Erstens ruft er das alte Stereotyp des pädophilen schwulen Mannes auf und damit die mindestens ebenso alte Verführungsthese, dass Jugendliche durch schwulen Sex schwul gemacht werden könnten. Zweitens inszeniert und instrumentalisiert er Kinder durch die Behauptung, sie wären Opfer einer angeblich aggressiven „Lobby-Pädagogik“.

Neben dieser Aktualisierung verschwörungstheoretischer Phantasmen wur-

den Homophobie und Heterosexismus dann medial von einem menschenverachtenden Aussagensystem zur simplen Meinung degradiert – in Talkshows versuchte man, maximale Quoten zu erreichen, indem man Homosexuelle* mit Vertreter*innen des Frühsexualisierungsdiskurses zusammenprallen ließ. Dieses Vorgehen zeigt schon, dass Homophobie beziehungsweise Heterosexismus soziale Diskriminierungsformen darstellen, die medial mehr oder weniger unwiderrprochen als Äußerung einer individuellen Einstellung vorgestellt werden können. Etwas vereinfacht: Der Homosexuelle scheint pervers zu sein und nicht die Gesellschaft. Diese Schuldumkehrung zu Lasten einer Gruppe von Menschen, die unter struktureller Diskriminierung leiden, ist eine besonders perfide Strategie zur Stabilisierung diskriminierender Strukturen.

Bekanntlich wurde der Entwurf des Bildungsplans in Baden-Württemberg in einer sprachlich deutlich abgeschwächten Form verabschiedet, so dass sich die Proteste aus den restaurativen, evangelikalen und rechten Gruppen für diese doppelt gelohnt haben dürften: Zum einen konnten sie relativ erfolgreiches Agendasetting betreiben (der Begriff der Frühsexualisierung hat es bis in den politischen Diskurs auch außerhalb der „AfD“ geschafft) und zum

anderen ein isoliertes politisches Ziel zulasten einer offeneren und demokratischeren Gesellschaft umsetzen. Dabei sind selbst Aussagen in Bildungsplänen nur ein allererster Schritt. Sie müssten unterlegt werden mit verpflichtenden Ausbildungsinhalten in pädagogischen Berufen und hochschulischer Forschung und einem Verständnis von Heterosexismus als struktureller Ungleichheitskategorie.

Junge Schwule und Lesben haben ein weitaus höheres Suizidrisiko als heterosexuelle Jugendliche, ebenso leiden sie überproportional unter psychischen und psychosomatischen Erkrankungen. Sowohl die Angst vor als auch die tatsächlich erlebte Diskriminierung, das Verschwiegen-Werden in Schule und Gesellschaft und oft erlebte Einsamkeit prägen nach wie vor die Biografien vieler homosexueller und trans*-Jugendlicher und Erwachsener.

Diese Konsequenzen, die als Ergebnis struktureller Ungleichbehandlung und sozialer Machtverhältnisse zu verstehen sind, würden eine entschiedene gesellschaftliche Reaktion erfordern, die sich nicht, wie bisher häufig, in repressiver Toleranz erschöpft. Absurde und gefährliche Angebote wie Therapien gegen Homosexualität sind zu verbieten, Gesetze, die trans*-Men-

schen in einen unbarmherzigen medizinischen Prozess vor einer möglichen Transition sind im Sinne der Betroffenen zu ändern.

Zu besichtigen ist im Moment das Gegenteil. Die politisch halbherzige Öffnung der Ehe bleibt so lange ein Pyrrhussieg, wie sie nicht eine emanzipatorische Familienmodellpolitik zur Folge hat, die sich nicht darin erschöpft, heteronormative Muster zu kopieren, sondern offen über die Vielfältigkeit von Begehren und Lebensweisen und deren Schutz nachdenkt. In diesem Sinne kann die Forderung nur lauten, heterosexistische Strukturen und ihre Ausprägungen zu benennen und zu bekämpfen, die Geschichte(n) der Betroffenen zu erforschen und zu erzählen und restriktive sexuelle Politiken abzuschaffen.



Brüder und Schwestern, ob warm oder nicht: Kapitalismus bekämpfen ist unsere Pflicht!

Das gegenseitige Desinteresse von sexuellen und geschlechtlichen Emanzipationskämpfen und Klassenpolitik aneinander ist ausgeprägt. Vergangene gemeinsame Kämpfe (fast) vergessen. An sie wird mit dem Film „Pride“ erinnert. Er zeigt Schwierigkeiten, aber auch Erfolge der gemeinsamen Kämpfe von streikenden Bergarbeiter*innen und von Schwulen und Lesben im Thatcher-Großbritannien der 1980er. In einer Szene wird die Hymne „Bread and Roses“ gesungen – sie geht auf die gemeinsamen Streiks der Textilarbeiterinnen und migrantischer Communities Anfang des letzten Jahrtausends in den USA zurück. „Brot und Rosen“ war die Losung dieses Streiks, die später als Protestlied vertont wurde, wobei die Rosen für all jene Bedürfnisse standen, die nicht in der Sicherung des materiellen Überlebens aufgehen, darunter auch der Wunsch nach Würde, Anerkennung und Lebenslust.

Die Bewegungen der LGBTIQ* haben die soziale Frage vernachlässigt. Vermeintliche Repräsentanz in Regierungsämtern und Chefetagen wurden als Erfolg gesehen, die Frage von Ausbeutung und Ausgebeuteten rückte in den Hintergrund. Zweifelsohne ist es ein gesellschaftlicher Fortschritt,

wenn Minister*innen oder Chefs* von DAX-Unternehmen auch offen nicht-Hetero sein können. Mehr Gemeinsamkeiten mit schwulen oder lesbischen Chefs oder Minister*innen als die Sexualität werden die allermeisten LGBTIQ* aber nicht haben. Im Gegenteil. Alleine weil sie auch prekär und/oder lohnabhängig beschäftigt sind, haben sie mit den Angestellten oder Betroffenen einer schlechten Politik mehr gemeinsam als mit ihren Chefs oder beispielsweise dem Minister für Gesundheit.

Die Rechten arbeiten mit Angst, Resentiment und Hass. Die AfD will Erregenschaften, die wir mühsam erkämpft haben, zurückschlagen. Sie wollen am liebsten, dass LGBTIQ* sich nicht mehr trauen zu sagen, dass sie nicht-hetero, nicht das Geschlecht sind, das die heteronormative Gesellschaft lesen will. Oder wie sie sagen: „Warum müssen die das immer so vor sich her tragen?“ Jens Spahn will die Armut, unter der Hartz 4-Bezieher*innen leben müssen, nicht sehen und hetzt ebenfalls. Sie wollen spalten, trennen, Menschen in prekären Lebensverhältnissen unsichtbar machen, ihnen das Recht auf ein Leben in Würde absprechen. LGBTIQ*

müssen die Solidarität und die Hoffnung dagegen setzen, nicht als Appell, sondern als konkrete Praxis.

LGBTIQ*-Kämpfe haben viel erreicht, aber bei allen Erfolgen ist das Ziel einer Welt ohne Ausbeutung, ohne Entrechtete, ohne Diskriminierung noch nicht erreicht. Wer sich jetzt ausruht, bleibt auf halben Weg stehen. Wem es nur darum ging, seine Sexualität frei ausleben zu können, der fühlt sich vielleicht schon am Ziel. Aber wer mehr will als Jens Spahn, wer Hoheit über seine Lebenszeit haben will, wer will, dass Menschen genug Einkommen für ihr Leben oder später eine gute Rente haben, der ist noch nicht einmal gefühlt am Ziel. In all diesen Themenfeldern gibt es spezifisch queere Interessen, aber eben auch große Interessenüberschneidungen mit Nicht-LGBTIQ*-Menschen.

Wir wollen nicht, dass Chefs Angestellte wegen des Bekanntwerdens des HIV-Status entlassen können, wir wollen nicht, dass Menschen keine Lebensversicherung bekommen, nur weil sie schwul sind, wir wollen nicht, dass Menschen Sanktionen vom Jobcenter bekommen, weil sie sich weigern, bei homophoben Chefs anzuheuern. Dies sind ganz konkrete Momente, wo

Klassenpolitik und Queerpolitik zusammenfallen. Das Feld der Verknüpfung von Klassen- und Queerpolitik ist damit noch nicht abgesteckt. Eine solidarisch-queere Praxis würde sich sowohl an Geflüchtete und an die sozial Deklassierten richten. Und Räume und Praxen entwickeln, um in einen Austausch zu kommen, um von Problemen zu erfahren, um so gemeinsam gegen Ausbeutung, Diskriminierung, Vereinzelung und Verelendung zu kämpfen.

Die Skepsis von Queers zu solidarischen Praxen oder Räumen mit den Entrechteten, den Arbeiter*innen, ist nachvollziehbar. Nicht wenige dürften dem Milieu des Kleinbürgertum oder der Arbeiter*innenklasse entflohen sein, weil sie nur so gewaltvolle Verhältnisse verlassen und eine queere Zukunft erleben konnten. Aber die Erfahrungen der LGBTIQ*-Aktivist*innen, solidarische Strukturen, die sich entwickelt haben, um nicht-heteronormative Sexualität leben und von anderen erfahren zu können, könnten der Schatz sein, um auch anderen Menschen aufzuzeigen, wie Solidarität erfahrbar sein kann. Queers wissen: Es ist gut und es tut gut, solidarisch zu sein.

• Fabian Blunck

Vielfalt statt Einfalt

Gastbeitrag von *Britta Borrego* für die Fachstelle der LAG Queeres Netzwerk Sachsen

„Vielfalt statt Einfalt“ titelt der von der Staatsregierung veröffentlichte Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen und meint die gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* sowie queeren Menschen im Freistaat. Er hat viel vor – steht Sachsen doch im Bundesvergleich bei der Akzeptanz von LSBTTIQ* mit an letzter Stelle: Laut Sachsenmonitor 2016 und 2017 lehnt über ein Drittel der Bevölkerung gleichgeschlechtliche Beziehungen als unnatürlich ab.

Im Zuge der Entstehung des Landesaktionsplans wurden wir als Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Queeres Netzwerk Sachsen 2016 gegründet, um LSBTTIQ* eine gemeinsame Stimme zu geben, ihre Interessen und Bedarfe vor Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu vertreten. Nach fast zwei Jahren sind wir darüber hinaus Ansprechpartnerin und Verweisexpertin nach außen, Schnittstelle für Projekte und Vorhaben nach innen. Als Dachverband versammeln wir derzeit schon 16 Mitglieder. Wir freuen uns dennoch über steten Zuwachs, auch außerhalb der „Community“. Neben der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft Sachsen ist auch der ProFamilia Landesverband Sach-

sen Mitglied in unserem Netzwerk. Und auch jedes Fördermitglied, jede_r Spender_in ist uns willkommen. Denn finanzielle Unsicherheiten stellen das größte Risiko für unseren Fortbestand dar. Als Non-Profit-Organisation sind wir zu 100 Prozent auf Förderung und Spenden angewiesen. Die ständigen Neuverhandlungen der Fördermittel im Landeshaushalt sowie die Abhängigkeit von der politischen Gemengelage bieten keine langfristige Planungssicherheit. Hinzu kommen Wertekonservatismus, Modernisierungängste und Rechtspopulismus, die unsere Arbeit erschweren. Euch liegen Präsenz, Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBTTIQ* und queeren Themen in Sachsen am Herzen? Dann unterstützt uns.

Wir wollen die Gleichberechtigung aller Geschlechter in deren vielfältigen Lebensentwürfen über alle Generationen hinweg in Sachsen fördern. Dies bedeutet, Regenbogenfamilien oder -partnerschaften rechtlich und sozial gleich zu stellen und sie wirtschaftlich gleichwertig abzusichern. Es bedeutet, Geschlecht und Sexualität in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu reflektieren, um ihnen eine diskriminierungsfreie Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen. Gleiches gilt bei der Pflege



und Betreuung älterer und alter Menschen, die oft beim Übergang in Betreuungssituationen Unsensibilität und Respektlosigkeit ihrer nicht-heterosexuellen Lebensweise gegenüber befürchten. Auch die Gesundheitsversorgung, insbesondere für lesbische und bisexuelle Frauen*, Trans* und Inter* muss verbessert werden. Als sexuelle und geschlechtliche Minderheiten entwickeln LSBTTIQ* durch gesellschaftliche Ablehnung häufiger psychische Erkrankungen oder begehren Substanzmissbrauch. Geflüchte-

te LSBTTIQ* beziehungsweise queere Personen mit Behinderungen sind überdurchschnittlich häufig von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen und haben meist kaum Zugang zum Arbeitsmarkt.

Insbesondere außerhalb der großen Städte möchten wir Strukturen für LSBTTIQ* aufbauen und unterstützen. Dafür arbeiten wir mit der kommunalen Verwaltung, mit Träger_innen der Demokratiebildung, Einrichtungen der Jugendhilfe und Erwachsenenbildung, der Wohlfahrt, Kirchen sowie Kulturträger_innen zusammen. Und wir freuen uns über Erfolge: Nicht lange ist es her, dass der CSD Pirna e. V. sein Begegnungszentrum für die Stadt und den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge eröffnet hat. In Görlitz lebt ein queeres Netzwerk wieder auf. Rainbowflashes, Ausstellungen, Sport- und Sommerfeste, Kurzfilmreisen, regionale Thementage, Vortragsreisen und Podiumsdiskussionen: Wo ihr seid, sind wir. Wir freuen uns auf euch. Respekt und Akzeptanz für vielfältige Lebensweisen ist unser Credo. Die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt ist kein Mehraufwand. Sie schadet niemandem. Sie erweitert die Perspektive auf unser soziales Miteinander und kommt damit allen zu Gute.

Die Partei queer machen!

SachsensLinke sprach mit dem Sprecher der LAG queer in Sachsen, *Anton Hörtels*

Anton, wie viele seid ihr?

Die LAG hat zurzeit 41 Mitglieder. Es freut mich, dass das Thema Vielfalt und Queer so vielen wichtig ist.

Was sind eure Schwerpunkte?

Aktuell koordinieren und planen wir unser Engagement zu den sächsischen Christopher-Street-Days in Dresden, Pirna, Chemnitz und Leipzig. Dazu bereiten wir ehrenamtlich inhaltliche Veranstaltungen und Material vor. Gerne würden wir noch mehr machen, aber viele unserer Mitglieder sind in andere Aufgaben in der Partei eingebunden.

Seid ihr mit der Bundesarbeitsgemeinschaft queer vernetzt?

Selbstverständlich. Wir nehmen regelmäßig an den Bundesdelegiertenkonferenzen teil. Da wurde zuletzt mit Barbara Höll eine sächsische Genossin zur Bundessprecherin wiedergewählt, und wir haben die Bundestagsfraktion aufgefordert, wieder eine*n queerpolitische*n Sprecher*in zu berufen. Letztlich hat dann Doris Achelwilm aus Bremen das übernommen. Auch mit ihr hat die Vernetzung geklappt.

Das Programm bekennt sich klar zu sexueller Vielfalt und Selbst-

bestimmung. Warum ist eure Arbeit in der Partei wichtig?

DIE LINKE steht für eine emanzipatorische Politik. Aber das ist vielleicht noch nicht bei jeder*m Genoss*in angekommen. Schließlich debattieren wir immer noch, warum „gendern“ wichtig ist, also keiner Person in Text und Sprache von vornherein ein Geschlecht zuzuordnen, damit sich alle angesprochen fühlen können.

Deine Wünsche für 2019?

Ich wünsche mir die rechtliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen für LSBTTIQ*

Was muss man machen, um bei euch Mitglied zu werden?

Die Hürden sind niedrig. Es reicht schon, sich bei anderen Mitgliedern oder in der Landesgeschäftsstelle zu melden. Zur Mitarbeit in der LAG ist auch keine Parteimitgliedschaft nötig.

Du willst Mitglied in der LAG queer in der LINKEN Sachsen werden? Dann schreibe eine Mail an ag.queer@dielinke-sachsen.de!

Glossar

LSBTIQ*: Das „L“ steht für Lesben, also Frauen, die sich zu Frauen hingezogen fühlen. Das „S“ meint Schwule, also Männer, die Männer lieben. „B“ meint Bisexuelle, also Menschen, die sich zum männlichen und zum weiblichen Geschlecht hingezogen fühlen. Von der sexuellen Orientierung ist die geschlechtliche Identität zu unterscheiden. Das „T“ steht sowohl für Transgeschlechtliche als auch für Transgender. Transgeschlechtliche empfinden sich nicht ihrem biologischen Geschlecht, sondern dem jeweils anderen zugehörig. Sie wollen diese andere Geschlechtsidentität leben und sich ihr häufig auch körperlich angleichen, z. B. durch Hormontherapien oder Operationen. Daher bejahen die meisten Transgeschlechtlichen die Einteilung in „männlich“ und „weiblich“. Transgender dagegen lehnen das „Zwei-Geschlechter-Modell“ ab und wollen oder können sich keiner Geschlechterkategorie zuordnen. Das „I“ meint intergeschlechtliche Menschen, also solche, die nach der Geburt nicht eindeutig dem männlichen oder dem weiblichen Geschlecht zugewiesen werden können. Der Begriff „queer“ bezeichnet Menschen, die ihre Identität als „queer“ zur heterosexuellen und zweigeschlechtlichen Norm benennen. Sie

sind durch den Buchstaben „Q“ repräsentiert. Queer-Gruppen wehren sich gegen die Macht geschlechtlicher Normierung schlechthin und lehnen feste Zuordnungen – auch solche wie „schwul“ oder „lesbisch“ – ab. Das „*“ (Sternchen) steht für alle hier nicht genannten, weiteren und vielfältigen Selbstbezeichnungen in Bezug auf die sexuelle Orientierung und/oder geschlechtliche Identität.

Heteronormativ, auch Heteronormativität: Eine Anschauung, die Heterosexualität als soziale Norm postuliert. Zugrunde liegt die Zweigeschlechterordnung, in der das anatomische bzw. biologische Geschlecht mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung gleichgesetzt wird. Andere, von dieser „Norm“ abweichende Aspekte menschlicher Sexualität oder geschlechtlicher Identität werden häufig pathologisiert.

Heterosexismus wertet Homo-, Bi- und Intersexuelle sowie Transgender als „unnormale“ ab und stellt ihnen Heterosexualität als überlegene oder einzig natürliche Form gegenüber.

Queerpolitik umfasst die Vertretung der Interessen von LSBTTIQ*. Im Sächsischen Landtag setzt sich für DIE LINKE Sarah Buddeberg für die Interessen von LSBTTIQ* ein, im Deutschen Bundestag Doris Achelwilm.



Wohnraum

Ostdeutsche Oberbürgermeister am 16. März in Greifswald - mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Seite 3

Hochwasserschutz

Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebunds - Hochwasserschutz und Schutz vor Extremwetterereignissen weiter verbessern

Seite 4

Seminarvorschau

Das KFS bietet Seminare zu folgenden Themengebieten an:

- Personalführung
- Bürgerbeteiligung
- Kommunikation

Seite 4

Ortschaften in der Kommunalpolitik

Mit dem Zusammenschluss bzw. der Eingliederung vieler Gemeinden durch die Gemeindegebietsreform 1999 und in den Folgejahren hat die Ortschaftsverfassung in Sachsen noch mehr an Bedeutung gewonnen. Wurden 1990 noch 1.619 kreisangehörige Städte und Gemeinden in Sachsen gezählt, so waren es bis 1994 nur noch knapp 970, nach der Gemeindegebietsreform 1999 nur noch 537 und mit Stand vom 1. Januar 2018 noch ganze 418. Verschuldung und finanzielle Zwänge der Gemeinden und die Schrumpfung der Bevölkerung haben diesen Prozess vorangetrieben.

Nach § 65 der Sächsischen Gemeindeordnung¹ kann für nach dem 1. Mai 1993 im Rahmen einer Gebietsänderung entstandene Ortsteile einer Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt werden. Dabei können mehrere *benachbarte* Ortsteile zu einer Ortschaft zusammengefasst werden. Außerdem können bestehende Ortschaften einer Gemeinde durch Beschluss des Gemeinderates und im Einvernehmen mit den Ortschaftsräten zu einer Ortschaft vereinigt werden. Der Beschluss der Ortschaftsräte bedarf jeweils der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder der betreffenden Ortschaften.

Kreisangehörige Städte und Gemeinden erhalten eine Übergangsfrist bis längstens Ende 2024, um auch weiterhin die Ortschaftsverfassung für Ortsteile ohne Eingemeindungshintergrund einzuführen, wenn die erstmalige Wahl des Ortschaftsrates vor dem 31. Dezember 2024 stattfindet.

Örtliche Identität bewahren

Die Ortschaftsverfassung stellt im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung eine besondere Selbstver-

waltungsform² dar. Sie soll die die Integration von Ortsteilen in das Gemeindeganze unterstützen, die örtliche Identität und eine angemessene Eigenverantwortlichkeit der Ortschaft bewahren helfen und mehr bürgerschaftliche Mitwirkung ermöglichen.

Die Ortsteile sollen über eine ausreichende Bevölkerung verfügen und ein erkennbares örtliches Eigenleben zeigen. Die Zusammenfassung mehrerer Ortsteile zu einer Ortschaft erlaubt die Schaffung angemessener innergemeindlicher Strukturen und verhindert eine zu große und damit unübersichtliche Zahl von Ortschaften.

Mit der Möglichkeit, die Ortschaftsverfassung einzuführen, soll „die mit den Gemeindegemeinschaften verloren gegangene örtliche demokratische Substanz... mit der Möglichkeit eigenverantwortlicher bürgerschaftlicher Verwaltung in der engeren örtlichen Gemeinschaft in gewissem Umfang wieder ausgeglichen werden. Genutzt werden sollen die besonderen Ortskenntnisse, die eine sachgerechte Berücksichtigung der örtlichen Belange ermöglichen und eine bürgernahe Verwaltung gewährleisten sollen.“³

Ortschaften verfügen jedoch nicht über jene Zuständigkeiten wie sie den Gemeinden zukommen. Sie besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit und sind keine rechtsfähigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, sondern nur Verwaltungsbezirke einer Gemeinde mit der Besonderheit einer eigenen bürgerschaftlichen Vertretung in Gestalt des Ortschaftsrates. Sie haben keinen eigenen Haushalt und können Ausgaben nur im Rahmen der Mittel beschließen, die ihnen der Gemeindehaushalt zuweist. Obwohl sie sich nicht auf die Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 des Grundgesetzes be-

rufen können, sind sie bei Verletzung der ihnen im „Innenverhältnis“ zustehenden Rechte, z.B. bei Verletzung des Anhörungsrechts, im Kommunalverfassungsstreit klageberechtigt. Die Klage ist dabei gegen die Gemeinde zu richten.⁴

Festlegungen in Hauptsatzung

Die Einführung der Ortschaftsverfassung liegt ganz in der Kompetenz des Gemeinderates und liegt grundsätzlich in seinem Ermessen. Ein Selbsteinsetzungsrecht durch die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaft besteht nicht. Entscheidet sich der Gemeinderat für die Einführung einer Ortschaftsverfassung, ist das in der Hauptsatzung zu regeln. In der Hauptsatzung sind folgende Bestimmungen vorzunehmen:

- die Einführung der Ortschaftsverfassung als solche (§ 65 Abs. 1);
- das territoriale Gebiet der Ortsteile, für die die Ortschaftsverfassung eingeführt werden soll;
- die Zahl der Ortschaftsräte (§ 66 Abs. 2).
- welche weiteren Angelegenheiten der Gemeinderat dem Ortschaftsrat zur dauernden Erledigung übertragen möchte, die die Ortschaft betreffen (§ 67 Abs. 3).

Eingliederungs- oder Vereinigungsvertrag

Die Einführung der Ortschaftsverfassung kann aber auch im Ergebnis einer Eingliederung oder Vereinigung von Gemeinden durch den *Eingliederungs- bzw. Vereinigungsvertrag* (§ 9 Abs. 5) erfolgen. In diesem Falle ist nachfolgend eine entsprechende Anpassung in der Hauptsatzung vorzunehmen.

Die Einhaltung von Zusagen aus dem Eingemeindungsvertrag kann die auf-

nehmende Gemeinde mit einem allgemeinen „Haushaltsvorbehalt“ mittels einer einfachen Rats- oder Verwaltungsentscheidung nicht einfach ins Leere laufen lassen und sich so von „unwirtschaftlichen“ Regelungen des Eingemeindungsvertrags trennen. Grundsätzlich sind auch „unwirtschaftliche“ Bestimmungen von Eingliederungsverträgen einzuhalten, soweit sie im Rahmen der gesetzlichen Gestaltungsfreiheit ausgehandelt wurden und wirksam sind. Eingliederungsverträge werden gerade zu dem Zweck abgeschlossen, verbindliche Regelungen für den Fall zu treffen, sollte die aufnehmende Gemeinde den Inhalt früherer Zusicherungen nicht mehr als zweckmäßig erachten.⁵

Der Ortschaftsrat

Die Wahl des Ortschaftsrates erfolgt wie für den Gemeinderat nach den Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung. Ortschaftsräte und Gemeinderat haben grundsätzlich die gleiche Wahlperiode. Wenn die Einführung der Ortschaftsverfassung während der Wahlperiode des Gemeinderates stattfindet, erfolgt die Wahl nicht für die volle Dauer von fünf Jahren, sondern nur für die verbleibende Wahlperiode.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Bürger der Gemeinde (dazu zählen auch die ausländischen Unionsbürger), die am Tage der Wahl seit mindestens drei Monaten in der Ortschaft wohnen. Auch wer innerhalb der Gemeinde in die Ortschaft umzieht, ist ohne Wartezeit wahlberechtigt und wählbar. Die Eigenschaft einer eigenständigen „Ortschaftsbürgerschaft“ gibt es indes nicht.

Fortsetzung auf folgender Seite

Die erstmalige Einberufung des neugewählten Ortschaftsrates erfolgt durch den Bürgermeister, weil noch kein Ortsvorsteher gewählt ist. Er hat auch die Aufgabe, die Ortschaftsräte in der ersten Sitzung öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung der Aufgaben als Ortschaftsrat zu verpflichten. Wird die Ortschaftsverfassung jedoch durch Eingliederungs- bzw. Vereinigungsvertrag eingeführt, so nimmt, sofern vereinbart, der bisherige Bürgermeister diese Aufgaben wahr, dem das Amt des Ortsvorstehers übertragen wurde.

Die Zahl der zu wählenden Ortschaftsräte ist in der Hauptsatzung der Gemeinde festzusetzen. Bei einer erstmaligen Einführung der Ortschaftsverfassung ist darauf zu achten, dass die die Bestimmung der Zahl der Ortschaftsräte rechtzeitig, d.h. spätestens zur öffentlichen Bekanntmachung der Wahl am 69. Tag vor der Wahl in Kraft tritt.

Der Ortsvorsteher

Der Ortsvorsteher ist nach § 68 zugleich

- Vorsitzender des Ortschaftsrates sowie
- ständiger Stellvertreter des Bürgermeisters und der Beigeordneten beim Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrates.

Der Ortschaftsrat wählt den Ortsvorsteher und einen oder mehrere Stellvertreter für seine Wahlperiode. Es gelten die allgemeinen Wählbarkeitsvoraussetzungen zur Bürgermeisterwahl, d.h. Voraussetzung ist die deutsche Staatsangehörigkeit und die Vollendung des 18. Lebensjahres sowie die persönlichen Voraussetzungen zur Ernennung in das Beamtenverhältnis; das 65. Lebensjahr darf nicht vollendet sein. Der Ortsvorsteher ist zum Ehrenbeamten auf Zeit zu ernennen. Bürgermeister und Beigeordnete können nicht gleichzeitig Ortsvorsteher sein, da diese Personen Weisungs- und Vertretungsbefugnisse haben, die einer Personalunion entgegenstehen.

Die Amtszeit des Ortsvorstehers endet mit der Amtszeit der Ortschaftsräte. Der Ortsvorsteher führt nach Frewerden seiner Stelle die Geschäfte bis zur Ernennung des neugewählten Ortsvorstehers weiter. Für den Fall, dass er die Geschäfte nicht weiterführt, nimmt der an Lebensjahren älteste Ortschaftsrat die Aufgaben des Ortsvorstehers wahr.

Der Vorsitz im Ortschaftsrat steht allein dem Ortsvorsteher zu, erforderlichenfalls seinem Stellvertreter. Hingegen dürfen weder der Bürgermeister noch ein Beigeordneter diese Funktion ausüben. In seiner Funktion als *Vorsitzender des Ortschaftsrats* ist der Ortsvorsteher auch nicht an Weisungen des Bürgermeisters gebunden.

Bei Gemeindeeingliederungen kann vereinbart werden, dass dem bisherigen Bürgermeister bis zum Ablauf seiner Amtszeit das Amt des Ortsvorstehers übertragen wird; mit der Übertragung des Amtes ist er stimmberechtigtes Mitglied des Ortschaftsrates. Außerdem kann vereinbart werden, dass der Ortsvorsteher, wenn er als Bürgermeister bisher hauptamtlicher Beamter auf Zeit war, hauptamtlicher Beamter auf Zeit bleibt.

Als ständiger Vertreter des Bürgermeisters und in Gemeinden mit Bei-

geordneten auch als Vertreter der Beigeordneten bei Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrates unterliegt der Ortsvorsteher allgemein oder im Einzelfall den Weisungen des Bürgermeisters und der Beigeordneten und ist damit in die Verwaltungshierarchie der Gemeinde eingebunden. Allerdings bezieht sich das Weisungsrecht nur auf jene Fälle, in denen der Ortsvorsteher den Bürgermeister oder den Beigeordneten vertritt. Handelt er dagegen in seiner originären Zuständigkeit als Ortsvorsteher im Rahmen der dem Ortschaftsrat zugewiesenen Aufgaben (§ 67), besteht grundsätzlich kein Weisungsrecht des Bürgermeisters oder der Beigeordneten.

Stellt der Bürgermeister jedoch fest, dass Beschlüsse des Ortschaftsrates rechtswidrig sind, kann er eingreifen und dem Ortsvorsteher die Weisung erteilen, entsprechende Schritte nach § 52 Abs. 2 zu deren Aufhebung einzuleiten. Ebenso kann der Bürgermeister in dringenden Angelegenheiten nach § 52 Abs. 3, deren Erledigung auch nicht bis zu einer frist- und formlos einberufenen Sitzung des Ortschaftsrats aufgeschoben werden kann, entsprechende Weisungen erteilen.

Örtliche Verwaltung

Nach § 65 Abs. 4 kann in den Ortschaften eine örtliche Verwaltung eingerichtet werden, die auch für mehrere benachbarte Ortschaften zuständig sein kann. Diese örtliche Verwaltung ist nur ein unselbständiger Teil der Gemeindeverwaltung und soll dazu dienen, im Gebiet der Ortschaft eine bürgernahe Verwaltung zu platzieren.

Die Einrichtung der örtlichen Verwaltung erfolgt nicht durch eine Regelung in der Hauptsatzung im Ergebnis eines Gemeinderatsbeschlusses, sondern unterliegt dem Organisationsrecht des Bürgermeisters nach § 53 Abs. 1. Dabei sind etwaige haushaltsrelevante Vorgaben des Gemeinderats nach § 28 oder mögliche Festlegungen aus Eingliederungs- bzw. Vereinigungsverträgen nach § 9 zu beachten. Die Ernennung, Einstellung und Entlassung des Leiters der örtlichen Verwaltungsstelle hat im Benehmen mit dem Ortschaftsrat zu erfolgen (§ 67 Abs. 2).

„Die Organisation der örtlichen Verwaltung ist im Grundsatz Aufgabe des Ortsvorstehers. Da er jedoch dem Bürgermeister gegenüber weisungsgebunden ist, kann er seine Vorstellungen diesem gegenüber jedoch nicht durchsetzen, sondern ist auf dessen Zustimmung angewiesen.“⁶

Aufgaben des Ortschaftsrats

In § 67, Abs. 1 werden jene Aufgaben aufgelistet, die in die originäre Zuständigkeit des Ortschaftsrates fallen und über die er im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entscheiden kann:

1. die Unterhaltung, Ausstattung und Benutzung der in der Ortschaft gelegenen öffentlichen Einrichtungen, deren Bedeutung über die Ortschaft nicht hinausgeht, mit Ausnahme von Schulen;
2. die Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen, deren Bedeutung über die Ortschaft nicht hinausgeht, einschließlich der Beleuchtungseinrichtungen;

3. die Pflege des Ortsbildes sowie die Unterhaltung und Ausgestaltung der öffentlichen Park- und Grünanlagen, deren Bedeutung nicht wesentlich über die Ortschaft hinausgeht;
4. die Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen in der Ortschaft;
5. die Förderung und Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege und des Brauchtums in der Ortschaft;
6. die Pflege vorhandener Patenschaften und Partnerschaften;
7. die Information, Dokumentation und Repräsentation in Ortschaftsangelegenheiten.

Zur Vermeidung von Abgrenzungsschwierigkeiten ist der Gemeinderat zwar befugt, die Zuständigkeiten im Einzelnen abzugrenzen oder auch durch allgemeine Richtlinien zu regeln. Soweit der Ortschaftsrat sich jedoch in seinem originären Aufgabenbereich bewegt, kann ihm der Gemeinderat in diesem Bereich keine Weisungen erteilen.

Weitere Aufgabenübertragung

Nach § 67, Abs. 2 können dem Ortschaftsrat vom Gemeinderat „weitere Angelegenheiten“ zur dauernden Erledigung übertragen werden. Diese Angelegenheiten müssen in der Hauptsatz-

Andererseits kann der Gemeinderat bei diesen „weiteren Angelegenheiten“ die Zuständigkeit an sich ziehen und Beschlüsse des Ortschaftsrates, so lange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.

Der Ortschaftsrat kann auch mit der Vorberatung einer Angelegenheit betraut werden, die die Ortschaft berührt und für die eine Entscheidung im Gemeinderat oder im beschließenden Ausschuss ansteht.⁸

Finanzielle Ausstattung

Nach § 67, Abs. 4 sind dem Ortschaftsrat zur Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgaben angemessene Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Die ortschaftsbezogenen Haushaltsansätze werden im Rahmen der Gesamtausgaben der Gemeinde unter Berücksichtigung des Umfangs der in der Ortschaft vorhandenen Einrichtungen festgesetzt. Was angemessen ist, richtet sich nach den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde sowie dem Umfang der gesamtgemeindlichen Aufgaben und Verpflichtungen auf der einen Seite und dem finanziellen Bedarf in der Ortschaft, insbesondere dem für die Errichtung und Unterhaltung der in der Ortschaft vorhandenen Einrichtungen auf der anderen Seite.



zung hinreichend bestimmt sein. Zur Vermeidung der Überschneidung von Zuständigkeiten muss es sich dabei um Aufgaben handeln, die ausschließlich in die Zuständigkeit dieser Ortschaft fallen. Es genügt nicht, dass die Angelegenheit *auch* die Ortschaft betrifft. Nicht übertragbar sind auf den Ortschaftsrat jene Angelegenheiten, die auch nicht auf beschließende Ausschüsse übertragen werden können.

Weist eine Hauptsatzung dem Ortschaftsrat z.B. die Kompetenz für die Ausgestaltung und Unterhaltung des Feuerlöschwesens zu, soweit es den Ortsteil betrifft, so erstreckt sich damit grundsätzlich nicht die Entscheidungsbefugnis über die Personalangelegenheiten.⁷

Bei den „weiteren Angelegenheiten“, die dem Ortschaftsrat zur dauernden Erledigung übertragen wurden, kann der Ortschaftsrat dem Gemeinderat eine Angelegenheit zur Beschlussfassung unterbreiten, wenn sich im Einzelfall eine besondere Bedeutung für die Gemeinde ergibt. Für einen solchen Antrag ist die Zustimmung von einem Fünftel aller Mitglieder des Ortschaftsrates erforderlich. Der Gemeinderat seinerseits kann jedoch die Behandlung ablehnen und an den Ortschaftsrat zurückgeben.

Dem Gemeinderat steht bei der Festlegung der Mittel ein erheblicher Einschätzungsspielraum zu, jedoch darf der Betrag nicht gleich „Null“ sein. Es muss sichergestellt sein, dass der Ortschaftsrat die ihm gesetzlich zugewiesenen Aufgaben nach § 67 Abs. 1 und die „weiteren Angelegenheiten“ nach § 67 Abs. 3 überhaupt erfüllen kann.⁹

Bei der Aufstellung des Haushalts steht dem Ortschaftsrat ein Anhörungsrecht und auch ein Vorschlagsrecht zu. Deshalb ist der Ortschaftsrat

Impressum

**Kommunalpolitisches
Forum Sachsen e.V.**
Großenhainer Straße 99
01127 Dresden
Tel.: 0351-4827944 oder 4827945
Fax: 0351-7952453
info@kommunalforum-sachsen.de
www.kommunalforum-sachsen.de
Red., Satz und Layout: A. Grunke
V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.



Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen – wachsende Städte und schrumpfende Städte gezielter fördern

Die ostdeutschen Städte fordern Bund und Länder auf, sich bei der Wohnungsbauförderung deutlich stärker zu engagieren. Außerdem gelte es, geeignete Förderinstrumente zu schaffen. Das machten die Städte bei einer Konferenz des Deutschen Städtetages mit den ostdeutschen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern am 16. März in Greifswald deutlich. Sie wiesen darauf hin, dass vielerorts in Ostdeutschland der Bedarf an preisgünstigem und bezahlbarem Wohnraum inzwischen ebenfalls hoch ist. Gleichzeitig müssten schrumpfende ostdeutsche Kommunen die Wohnraumförderung stärker für Modernisierungen und Ersatzneubauten nutzen können, damit die Städte attraktiv bleiben und nicht noch mehr Menschen wegziehen, betonte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. In Metropolen wie Dresden, Leipzig oder Berlin steige die Anzahl der Haushalte, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben. Doch längst nicht mehr nur dort fehlten bezahlbare

Wohnungen. Deshalb seien Bund und Länder gefordert, die Wohnungs- und Bodenpolitik antizyklisch, langfristiger und ressortübergreifender anzulegen. Bund und Länder müssten weg vom Gießkannenprinzip. Fördermittel seien zielgenau und effektiv für mehr nachhaltiges und für mehr bezahlbares Wohnen einzusetzen.

Einer aktuellen Prognos-Studie zufolge, gewinne auch an B- und C-Standorten die Frage der Bezahlbarkeit von Wohnraum zunehmend an Bedeutung. Auch dort fällt es der „klassischen Mittelschicht“ immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die DGB-nahe Hans-Böckler-Stiftung kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass rund 40 Prozent der Haushalte in Deutschlands Großstädten mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben müssen, um ihre Miete (bruttokalt) zu bezahlen. Hohe Belastungsquoten sind also längst nicht mehr auf bestimmte Regionen oder Städte begrenzt.

Aber auch schrumpfende oder sich konsolidierende Städte stehen bei ihrer Wohnraum- und Baulandpolitik vor großen Herausforderungen. Dort muss der Wohnungsbestand dem demogra-



fischen Wandel angepasst werden und es sind höhere Anforderungen und Vorgaben etwa zur Energieeffizienz zu erfüllen. Eine gezielte Wohnraumförderung ist daher nicht nur für wachsende Städte und Regionen ein Thema. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dirk Hilbert, sieht dabei neben dem Bund auch die ostdeutschen Länder stärker gefordert: „Auch in vielen ostdeutschen Städten brauchen die Menschen vor allem mehr bezahlbare Wohnungen und sie brauchen Wohnungen in den heute üblichen Qualitäten. Daran hängt nicht zuletzt der Zusammenhalt von Stadtgesellschaften und Regionen. Wichtig ist, dass alle ostdeutschen Bundesländer die vom Bund in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockten Kompensationsmittel vollständig für die soziale Wohnraumförderung einsetzen.

Hier gibt es Nachholbedarf. Bei den Ländern braucht es ein noch schärferes Bewusstsein.“

Außerdem wiesen die Stadtspitzen der ostdeutschen Städte darauf hin, dass sich trotz starken Rückbaus von leerstehenden Wohnungen während der 1990er und 2000er-Jahre vielerorts die Leerstandsfrage ebenfalls noch nicht erledigt hat.

Der Umgang mit Brachen, leeren Bauflächen sowie Entscheidungen über das Schrumpfen von außen nach innen ist und bleibt zentrales Thema auf der Agenda vieler ostdeutscher Städte. Dies gilt auch für die Frage, wie schrumpfende Städte und ihre Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften mit dem Wertverlust von Boden und Gebäuden umgehen können.

aus: *Städtetag aktuell* Nr. 3/2018, www.staedtetag.de

Fortsetzung von Seite 2

Ortschaften ...

im Aufstellungsverfahren rechtzeitig zu beteiligen, damit er Gelegenheit hat, seine Vorstellungen zu äußern und seinen Mittelbedarf rechtzeitig anzumelden.

Die Zuweisung von Haushaltsmitteln an den Ortschaftsratsrat führt nicht dazu, dass für die Ortschaften ein eigener Haushaltsplan aufzustellen ist, Ortschaften haben keine eigene Finanzhoheit und kein eigenes Budgetrecht. Auch sind Einzelhaushaltspläne für einzelne Ortschaften nicht zulässig.

Diese der Ortschaft unmittelbar zugewiesenen Mittel sind von den Mitteln zu unterscheiden, die die Gemeinde im Rahmen ihres Haushalts zugunsten ihrer Ortschaften verwendet oder die einer Ortschaft direkt zugeordnet werden können.

Außerdem ist es nicht möglich, den Ortschaften Haushaltsmittel zur eigenen „freien Verfügung“ zuzuweisen. Der Haushaltsgrundsatz der sachlichen Spezialität verlangt, dass die Ausgaben nach hinreichend bestimmten Einzelzwecken zu veranschlagen sind. Im Rahmen der einzelnen Haushaltstitel ist es allerdings möglich, durch entsprechende erläuternde Planvermerke die Haushaltsmittel auf die einzelnen Ortschaften aufzuteilen.¹⁰

Anhörungs- und Vorschlagsrecht

Bei *Angelegenheiten*, die für die Ortschaft von *besonderer Bedeutung* sind, hat der Ortschaftsratsrat nach § 67, Abs. 6 ein *Anhörungsrecht*. Eine besondere Bedeutung für die Ortschaft ist dann gegeben, wenn die Ortschaft selbst als eigenes Gebilde gegenüber der Gemeinde in ihren Aufgaben, Rechten, Befugnissen und in gewisser eigener räumlicher und kultureller Entwicklung betroffen ist. Es genügt deshalb

nicht, wenn die Entscheidung einer bestimmten Angelegenheit die Ortschaft irgendwie berührt, es muss schon eine konkrete, die Belange der Ortschaft in spezieller Weise berührende Auswirkung festzustellen sein.¹¹

Das *Anhörungsrecht* besteht insbesondere zu folgenden Angelegenheiten:

- bei der Aufstellung der ortschaftsbezogenen Haushaltsansätze,
- der Wahrnehmung der gemeindlichen Planungshoheit, bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen und
- der Vermietung, Verpachtung oder Veräußerung der in der Ortschaft gelegenen öffentlichen Grundstücke.

Der Beschluss des Ortschaftsrates mit dem im Rahmen der Anhörung Stellung genommen wird, ist zwingend zum Beratungsgegenstand des Gemeinderates bzw. des beschließenden Ausschusses zu machen. Eine Bindung an die Stellungnahme besteht allerdings nicht. Das Unterlassen der Anhörung stellt einen schwerwiegenden Verfahrensfehler dar, der zur Rechtswidrigkeit des Gemeinderatsbeschlusses führt. Außerdem ist es opportun, den Ortschaftsratsrat auch über den Komplex der anhörungspflichtigen Gegenstände hinaus anzuhören.

Ein *Vorschlagsrecht* hat der Ortschaftsratsrat zu *allen* Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, dies ist also nicht nur auf „wichtige“ Angelegenheiten beschränkt. Ein konkreter Ortschaftsbezug muss aber ebenso gegeben sein. Mit dem Vorschlagsrecht hat der Ortschaftsratsrat die Möglichkeit, selbst Initiativen zu ergreifen.

Der Ortschaftsratsrat kann nach § 67, Abs. 7 verlangen, dass ein Verhandlungsgegenstand, der in seine Zuständigkeit fällt, auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderates gesetzt wird. Damit soll erreicht werden, dass der Gemeinderat sich, wenn dies vor Ort gewünscht ist, mit besonderen Problemen der Ort-

schaft befassen muss. Diese Regelung gilt nicht, wenn der Gemeinderat den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits verhandelt hat, es sei denn, dass sich seit der Behandlung die Sach- und Rechtslage wesentlich geändert hat.

Sitzungen des Ortschaftsrats

Der Bürgermeister (im Fall seiner Verhinderung sein allgemeiner Stellvertreter) und die Gemeinderäte, die in der Ortschaft wohnen, können an den Sitzungen des Ortschaftsrats teilnehmen. Dem Bürgermeister ist nach § 66, Abs. 4 auf Verlangen „jederzeit“ durch den Vorsitzenden das Wort zu erteilen. Dies hat zur Folge, dass der Vorsitzende ihn auch bereits vor den etwa vorliegenden Wortmeldungen Gelegenheit zur Äußerung geben muss. Damit besitzt der Bürgermeister aber kein förmliches Antragsrecht, er kann lediglich nur Anregungen und Empfehlungen geben. Er kann nicht an Stelle des Ortsvorstehers handeln; er kann den Ortsvorsteher allerdings auffordern, gegen eine Entscheidung des Ortschaftsrates Widerspruch einzulegen, wenn sie rechtswidrig oder für die Ortschaft nachteilig ist. Den Widerspruch kann er allerdings nicht selbst einlegen, da er nicht anstelle des Ortsvorstehers handeln kann.

Der Bürgermeister kann auch Beigeordnete und Gemeindebedienstete mit seiner Vertretung bei Sitzungen des Ortschaftsrats beauftragen.¹²

Gemeinderäte, die in der Ortschaft wohnen und nicht Ortschaftsräte sind, können nach § 66, Abs. 4 an allen Sitzungen des Ortschaftsrats mit beratender Stimme teilnehmen, sie besitzen jedoch kein Stimmrecht. Sie sind zu allen Sitzungen des Ortschaftsrates einzuladen, also auch zu nichtöffentlichen Sitzungen. Damit sie ihre beratende Funktion wahrnehmen können, ist ihnen auch ein Rederecht einzuräumen. Anders als dem Bürgermei-

ster steht ihnen allerdings kein sofortiges Rederecht zu, sie sind aber auf die Rednerliste zu setzen. Über den Gegenstand, den Gang und das Ergebnis einer nichtöffentlichen Sitzung des Ortschaftsrats können sie dem Gemeinderat berichten, sofern es sich um Angelegenheiten handelt, für die der Gemeinderat zuständig ist. Die Unterrichtung darf allerdings nur in einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgen. Gemeinderäten aus anderen Ortsteilen ist nur bei öffentlichen Sitzungen die Teilnahme als Zuhörer möglich.¹³

AG

¹ Die Paragraphen im fortlaufenden Text beziehen sich immer auf die Sächsische Gemeindeordnung.

² Vgl. Hegele/Ewert, *Kommunalrecht im Freistaat Sachsen*, 3. Aufl., S. 167.

³ *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar*, E. Schmidt Verlag, G § 65, Randnummer (Rn) 1.

⁴ Vgl. ebenda, G § 66, Rn 7a.

⁵ Vgl. ebenda, G § 65, Rn 7.

⁶ Ebenda, Rn 15.

⁷ Vgl. ebenda, G 67, Rn 5.

⁸ Binus/Sponer/Koolmann, *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, 1. Aufl. 2016, S. 228.

⁹ Vgl. ebenda.

¹⁰ Menke/Arens, *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Kommentar*, S. 165.

¹¹ Ebenda.

¹² Binus/Sponer/Koolmann, *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, 1. Aufl. 2016, S. 225.

¹³ Vgl. *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar...*, G § 66, Rn 10-12.



Hochwasserschutz und Kommunen

Hochwasserschutz und Schutz vor Extremwetterereignissen weiter verbessern

Städte und Gemeinden müssen sich immer häufiger und ohne längere Vorwarnzeiten auf Extremwetter- und Starkregenereignisse und deren schlimme Folgen einstellen, darauf weist ein Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 11. April 2018.

Hierbei zeigen Starkregen mit bis zu 100 Liter oder mehr Niederschlag pro Quadratmeter in wenigen Stunden, dass es keinen absoluten Schutz gegen punktuell auftretende Naturkatastrophen gibt. Gleichwohl muss beim The-



ma „Hochwasser- und Starkregenvorsorge“ ein Umdenken stattfinden, um Schäden zukünftig zu minimieren und den Schutz von Menschen und Sachwerten weiter zu verbessern.

Den Städten und Gemeinden kommt eine zentrale Rolle bei der Frage nach einem effektiven Schutz vor Hochwasser und Extremwetterereignissen zu. Sie vergrößern bereits heute durch die Steuerung der Flächennutzung, der Infrastruktur- und der Siedlungsentwicklung Rückhalteräume für das Wasser und vermindern hiermit das Schadenspotenzial. Bund und Länder müssen die Kommunen aber in der Umsetzung konkreter Schutzmaßnahmen „vor Ort“ auch in Zukunft finanziell unterstützen und das Vorgehen über Ländergrenzen hinweg koordinieren.

Wasser braucht mehr Raum

Die Hochwasser- und Starkregenereignisse der vergangenen Jahre haben vor Augen geführt, dass eine sinnvolle Vorsorge ausreichende Hochwasserrückhalteräume voraussetzt. Die bislang verfügbar gemachten Flächen reichen nicht aus, um den Hochwasserspitzen wirksam begegnen zu können. Bund und Länder sind daher aufgefordert, das Nationale Hochwasserschutzprogramm umzusetzen und damit den Wasserrückhalt an Flüssen durch steuerbare Flutpolder sowie Deichrückverlegungen weiter zu verbessern. Steuerbare Flutpolder, die anlassbezogen geöffnet werden können, um Hochwasserspitzen zu kappen, sollten vorrangig ausgebaut werden. Diese sind neben der Reaktivierung von Auen eine effektive Maßnahme. In diesem Zusammenhang müssen die Länder prüfen, inwieweit zukünftig auch leichter auf landwirtschaftliche Flächen als Retentionsflächen zurückgegriffen werden kann.

Mit Blick auf Starkregenüberflutungen ist festzustellen, dass die reguläre Straßenentwässerung und die Abwasserinfrastrukturen extreme

Wassermengen nicht immer ableiten können. Daher empfiehlt sich aus kommunaler Sicht eine Bestandsaufnahme und Schwachstellenanalyse, um geeignete Maßnahmen zur Prävention zu identifizieren und umzusetzen. Neben einer punktuellen Anpassung der Kanalisation kommt hierbei insbesondere auch eine Verbesserung der oberirdischen Regenrückhaltung sowohl außerhalb wie innerhalb der Städte und Gemeinden in Betracht. Durch die Planung und Nutzung multifunktionaler urbaner Retentionsräume (Freiflächen, Spiel- und Aufenthaltsflächen) kann ein wichtiger Beitrag zur Überflutungsvorsorge geleistet werden.

Integrierte kommunale Hochwasserschutzkonzepte

Städte und Gemeinden können ihrerseits einen wichtigen Beitrag zur Hochwasservorsorge leisten. In der Praxis ist es Aufgabe der Kommunen, insbesondere durch Steuerung der Flächennutzung, der Infrastruktur- und der Siedlungsentwicklung Rückhalteräume für das Wasser zu vergrößern und damit auch das Schadenspotenzial zu vermindern. Darüber hinaus bietet sich die Erarbeitung integrierter kommunaler Hochwasserschutzkonzepte in Abstimmung mit den Nachbarkommunen sowie den jeweiligen Ländern an, die eine Gewässerentwicklungsplanung, Katastrophenschutz-Einsatzpläne, Optimierung des technischen Hochwasserschutzes in den Kommunen sowie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit einschließt.

Beratung und Einbindung der Bürger

Ein zentraler Baustein der kommunalen Hochwasservorsorge ist zudem die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Es muss ein allgemeines „Hochwasserbewusstsein“ geschaffen werden. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Kommunikation mit der Bevölkerung. Notwendig ist eine Aufklärung über Hochwasserereignisse sowie über geeignete Prävention „vor Ort“. Hierbei sollte auch über Möglichkeiten von baulichen Maßnahmen an Gebäuden informiert werden. Erforderlich ist eine aktive Zusammenarbeit von Kommunen, Feuer- und Wasserwehr, Landes- und Bundespolizei sowie THW und sonstigen Institutionen, die im Bereich der Hochwasservorsorge beratend tätig sind.

Eigenvorsorge stärken

Mit einer verstärkten Beratung ist auch eine stärkere Eigenvorsorge der Bürger verbunden. Private Vorsorgemaßnahmen der Bürger sollten sich in hochwassergefährdeten Bereichen an der fachlichen Risikoabschätzung orientieren und insbesondere hochwasserangepasstes Bauen sowie sonstige bauliche Vorkehrungen gegen Hochwasserschäden umfassen. Hierbei sollten die betroffenen Bürger durch eine staatliche Förderung in Form von Beratung oder auch zinsvergünstigten Darlehen o. ä. unterstützt werden.

Das Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 11. April 2018 kann unter www.dstgb.de heruntergeladen werden.

Vorschau auf Seminare

INTENSIVSEMINAR

Personalführung – Kommunen gestalten, entwickeln und führen

22. Juni 2018, 18:00 - 24. Juni 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammpplatz 3

09669 Frankenberg

Personalführung beinhaltet ganz eigene Aufgaben jenseits der politischen Themen: Angestellte müssen informiert, motiviert, angeleitet, kontrolliert und mitunter sogar gerügt werden. Vielen, die plötzlich in einer solchen Position sind, ist nicht klar, was das alles beinhaltet. Wie delegiere ich Aufgaben? Soll ich kleinschrittig oder grob vorgehen? Wie viel Eigenständigkeit darf ich erwarten? Darf ich etwas verlangen, was ich selbst nicht beherrsche?

Aber auch jenseits hierarchischer Gegebenheiten müssen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit anderen zusammenarbeiten. Wie können nun in Teams die unterschiedlichen Aufgaben aufgeteilt werden? Wer kann für welche Bereiche den Hut aufhaben, ohne dass Befindlichkeiten anschwellen, die die Zusammenarbeit behindern würden?

Referent: **Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)**

INTENSIVSEMINAR Bürgerbeteiligung in der Kommune

31. August 2018 - 01. September 2018

Alte Schule e.V., Schulweg 10

01920 Schönteichen, OT Cunnersdorf

Immer wieder gibt es die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung in der Politik. Dieses Seminar soll kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ermutigen, die Menschen ihrer Gemeinde mehr in die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung einzubinden. Hierzu werden die Vorteile von Beteiligungsprozessen kurz dargelegt, sowie in einer schrittweisen Anleitung die wichtigsten Etappen zum Start und zur Durchführung erläutert. Anhand von Fallbeispielen wird zudem ein analytischer Einblick in aktuelle Beispiele von Beteiligungspraxis in deutschen Kommunen gewährt.

Referent: **Frank Kutzner (Dipl.-Wirtsch.-Ing., Planer, Moderator, parlamentarisch-wissenschaftlicher Berater)**

INTENSIVSEMINAR

Kommunikation in der Kommunalpolitik I. Konstruktive Kommunikation

21. September 2018, 18:00 - 23. September 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammpplatz 3

09669 Frankenberg

In diesem Seminar lernen wir, angespannte Situationen zu entschärfen, schwierige Gespräche zu führen und auch mit politischen »Gegnern« offen und konstruktiv umzugehen. Inhaltlich beschäftigen wir uns damit, was Kommunikation grundlegend ausmacht und welche Ebenen und Ziele sie hat. So entstehen doch die meisten problematischen Situationen daraus, dass die Hörenden etwas anderes verstehen als die Sagenden meinen – und umgekehrt! Nicht zuletzt wenden wir uns der Frage zu, wie ich sachlich bleiben und die eigenen Emotionen im Zaum halten kann, auch wenn mein Gegenüber aggressiv und verletzend ist.

INTENSIVSEMINAR:

Kommunikation in der Kommunalpolitik II Argumente in Texten und Reden

26. Oktober 2018, 18:00 - 28. Oktober 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammpplatz 3

09669 Frankenberg

Im Mittelpunkt des Workshops stehen Argumentationen, die wir als roten Faden für Texte oder Reden verwenden können. Hierfür wollen wir miteinander erarbeiten, was überhaupt gute Argumente ausmacht und in welcher Form und Abfolge ich sie bestmöglich anbringen kann. Wir betrachten Argumentationsschemata und auch die Frage, ob denn ein Argument immer so verstanden wird, wie es eigentlich gemeint ist. Weiterhin werfen wir einen Blick auf die sogenannte »schwarze« Rhetorik, woran manipulative Argumentation zu erkennen ist und wie man sich vor ihr schützen kann.

INTENSIVSEMINAR:

Kommunikation in der Kommunalpolitik III Freies Reden und sicheres Auftreten

23. November 2018, 18:00 - 25. November 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammpplatz 3

09669 Frankenberg

Wir wollen üben, aus dem Stegreif kleine Reden zu halten. Dabei liegen die Übungsschwerpunkte auf Unbefangenheit, Spontaneität und spielerischem Umgang mit ernsthaften Themen. Hierzu schauen wir auf die Bedeutung von Anlass und Aufbau einer Rede und wie man den roten Faden nicht verliert. Wir wollen aber auch gemeinsam üben, wie eine Rede gut rübergebracht werden kann. Hierbei legen wir das Augenmerk auf den angemessenen Ton und Ausdruck, stimmige Bilder, Analogien und Metaphern sowie authentische Stimme und Körpersprache. Zusammen entsteht so überzeugendes, freies Reden.

Referent*innen:

- **Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)**
- **Dr. Romy Jaster (wiss. Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität)**

PARLAMENTARSREPORT



200 Jahre alt, aber quicklebendig

Liebe Leserinnen und Leser,

vor etwa zwei Monaten habe ich einen Brief an alle sächsischen Haushalte geschrieben und die Menschen aufgefordert, mir zu schildern, was sie persönlich bewegt. Hunderte Zuschriften sind beantwortet, und ich danke allen, die mein Gesprächsangebot angenommen haben. Die Hauptthemen sind klar: erfahrenes soziales Unrecht, Angst vor Altersarmut, Fragen zur Integration von Geflüchteten und nicht zuletzt die Sorge um den Frieden in der Welt.

Vor allem aber zeigen sich spezifische Sorgen der Ostdeutschen. Beim ersten großen „Aufbau Ost“, der schöne Städte und ausgebaute Autobahnen bescherte, wurden unzählige Erwerbsbiographien und auch Menschen gebrochen. Daraus müssen die Regierenden endlich die richtigen Schlussfolgerungen ziehen: Nötig ist ein neuer Aufbruch für den Osten! Investitionen in den sozialen Zusammenhalt sind unentbehrlich für die Integration aller, Einheimischer wie Hinzugekommener, in die gemeinsame Gesellschaft. Das Wirtschaftliche muss gerade in den Regionen besser mit dem Sozialen, Kulturellen, dem Gesundheitswesen verbunden werden. Wir brauchen einen wirklich öffentlichen Raum, in dem sich Menschen begegnen können. Nur so lässt sich die Unkultur von Einsamkeit und Ellbogenmentalität überwinden und mehr Zufriedenheit schaffen.

Auch wir als LINKE brauchen einen Neustart in unserer Kommunikationskultur, schließlich ist unser „Kümmerer-Image“ zwischenzeitlich etwas verkümmert. Wir wollen aber den unmittelbaren „Draht“, mit dem wir Hilfe anbieten und selbst Erkenntnisse gewinnen. Menschen, die sich das gewünscht haben, besuche ich übrigens auch zu Hause – bisher stehen einige Dutzend solcher Termine im Kalender.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

„Ein Gespenst geht um im Landtag“, titelte die „Freie Presse“ zu einer Debatte, die Ende April für Furore sorgte. Parlamentspräsident Matthias Rößler (CDU) fragte im Vorfeld, ob die Linksfraktion „die Weltrevolution ausrufen will“. Der Abgeordnete Jörg Vieweg (ein Sozialdemokrat!) sprach von bloßer „Folklore und Kitsch“. Und die CDU meinte, der Namensgeber der Debatte habe „keine Relevanz für die Fragen der heutigen Zeit“, er gehöre „auf den Friedhof der Philosophen“. Das zeigt: Wir haben einen Nerv getroffen, als wir – wenige Tage vor dessen 200. Geburtstag – den Landtag über das geistige Erbe von Karl Marx debattieren ließen.

„Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx“, hat der Vordenker der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, dessen Aktualität begründet. Die **Sozialpolitikerin der LINKEN, Susanne Schaper**, stieg mit einem Marx-Zitat ein: „Nie triumphierte das Kapital schamloser als heute. Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher.“ Falls sich Kenner der Marx-Engels-Gesamtausgabe jetzt wundern sollten: Dieser Ausspruch stammt nicht von Karl, sondern vom katholischen Bischof Reinhard Marx. Auch er konnte die CDU aber nicht umstimmen.

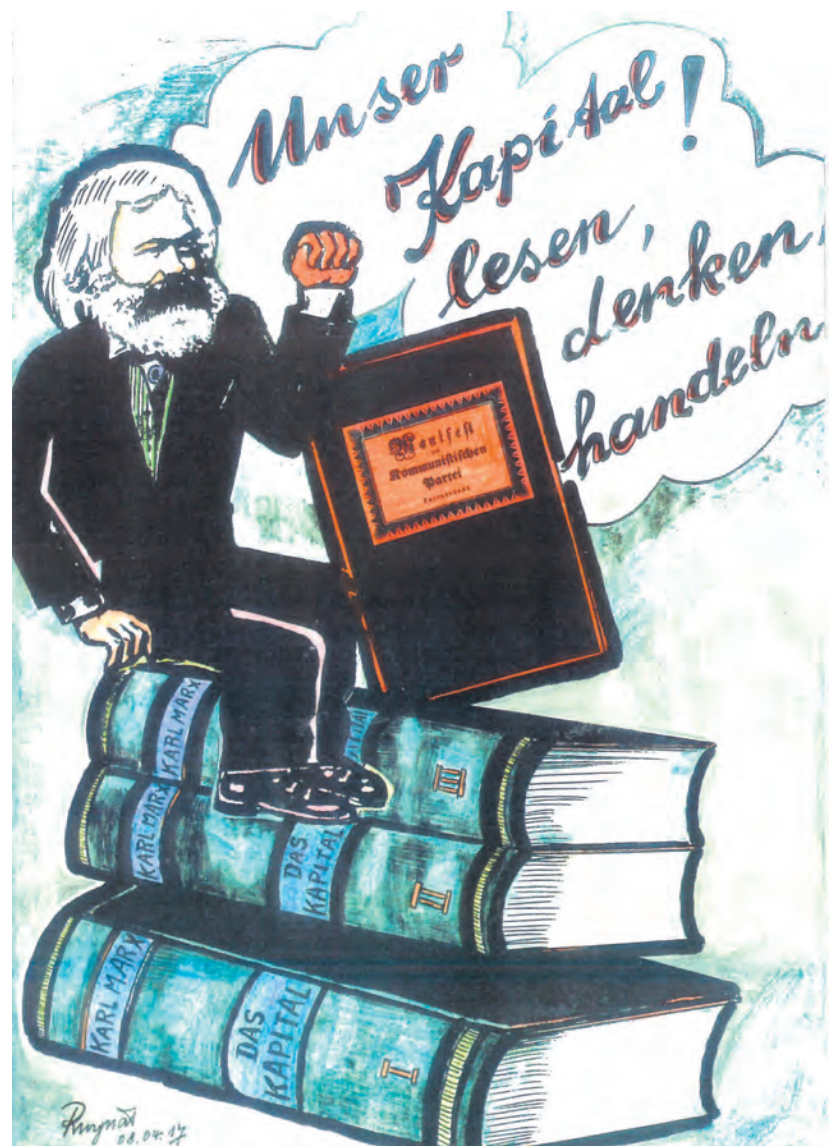
Dabei sei Marxens Analyse des Kapitalismus aktuell, so Schaper. „Wie viele Generationen vor uns erleben wir, welche Folgen dieses Wirtschaftssystem hat. Weltweit schlägt es Millionen in die Flucht – wegen profitgetriebener Kriege, im Geschäftsinteresse hingemommener Umweltzerstörung oder des immensen Wohlstandsgefälles. Wie pervers ist ein System, in dem laut Oxfam die acht reichsten Männer über 426 Milliarden Dollar verfügen – das Neunfache des sächsischen Landeshaushaltes 2017/2018 –, während die Hälfte der Menschheit leer ausgeht?“

Auch in Sachsen führe die Kapitalanhäufung zu immer größerer Ungleichheit. 2016 lebten hier 175 Einkommensmillionäre von 290 Millionen Euro, während 150.000 Kinder von Sozialleistungen abhängig waren. „Diejenigen, die den materiellen und sozialen Wohlstand maßgeblich erarbeiten, profitieren am wenigsten davon. Ihre gute Arbeit hat keinen Mehrwert. Dieser landet woanders. Sachsens Regierung nimmt das hin“, so Schaper. Während die einen bis zum Anschlag buckelten, zum Teil für Hungerlöhne, hätten andere keine Chance, einen Job zu bekommen. „Wie schaffen wir es, alle von Arbeit zu entlasten und dennoch allen ein Auskommen in Würde zu sichern?“ Die Antwort weise über den Kapitalismus hinaus.

Es gehört zu den zentralen Denkfiguren von Marx, dass Gesellschaften zwar wohlhabender werden, aber gleichzeitig ein großer Teil der Bevölkerung nach unten gedrückt wird. **Wirtschaftspolitiker Nico Brünler** schlug den Bogen zur Digitalisierung. „Marx hat den Kapitalismus analysiert, die ungeheure vorwärtsdrängende Kraft beschrieben, aber auch Ausbeutung, Entfremdung und die Kehrseite des Zwangs zur Rationalisierung. Heute würde man sagen: permanente Arbeitsverdichtung. Viele Menschen fragen sich: Wird meine Arbeitskraft morgen noch gebraucht?“ Marx habe beschrieben, wie Soloselbstständige im freien Markt an die Wand gedrängt werden, wie sich Spitzenmanager, losgelöst von tatsächlicher Leistung und Verantwortung, die Taschen füllen, wie sich das Kapital bei wenigen konzentrierte und Kapitaleigner ihre Interessen gegen Beschäftigte durchsetzen können. „Der Kapitalismus ist eben keine Leistungsgesellschaft, sondern eine Gesellschaft, die auf Machtverhältnissen beruht“, so Brünler. Marx habe richtig formuliert, dass der Kapitalis-

mus unter der konkreten Entwicklung der Produktivkräfte entstanden sei. So sei er „ein vergängliches Kind seiner Zeit“. Angesichts der Digitalisierung sei offen, ob Ungerechtigkeiten nur modernisiert und verschärft würden oder ob wir eine Entwicklung der Produktivkräfte erlebten, die das Potential hat, das Bestehende umzuwerfen. Die Landesregierung betrachte die Digitalisierung weitgehend unkritisch aus der rein technologischen Sicht. Jedoch: „Technische Neuerungen im Kapitalismus tendieren dazu, in soziale Zumutungen umzuschlagen, wenn sich an den politischen Verhältnissen nichts ändert.“

Aus der Möglichkeit ungeahnter Produktivitätsfortschritte werde sonst für die einen das Versprechen, weniger zu arbeiten, für die anderen aber die Drohung von Erwerbslosigkeit und Prekarisierung. „Arbeitszeitverkürzung heißt die Herausforderung, wenn der technische Fortschritt allen nützen soll. Das ist die Dialektik der Digitalisierung. Da sind wir wieder ganz bei Marx“, schloss Brünler. Marx bleibt unter uns – solange die Gesellschaft kapitalistisch ist.



Gedenkstätte Sachsenburg kommt!

Bei der Obduktion des beliebten Mannes fand man handtellergroße blaue Flecken, die bis auf die Knochen blutunterlaufen waren, Verbrühungen und Schnittwunden. Die Lagerleitung gab als Todesursache Herzstillstand an. Dr. Max Sachs, Redakteur und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, war Opfer eines Lagersystems, das zu selten im Fokus des Gedenkens steht. Er starb am 5. Oktober 1935 im Konzentrationslager Sachsenburg, das sich in einer ehemaligen Spinnfabrik bei Frankenberg befand. SA und SS inhaftierten dort zwischen 1933 und 1937 mehr als 16.000 Menschen, 7.000 sind mittlerweile namentlich bekannt – darunter Bruno Apitz, Walter Janka und der Vater von Heiner Müller. SA und SS folterten und ermordeten Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und andere Regimegegner. Dort wurden auch SS-Wachmannschaften ausgebildet, die ihr Folterwissen nach Buchenwald und Sachsenhausen exportierten.

Nirgends war die Dichte „früher Konzentrationslager“ höher als in Sachsen, hier gab es 103 Standorte in 80 Städten. Neben Sachsenburg erlangten die Burg Hohnstein in der Sächsischen Schweiz, Schloss Osterstein in Zwickau und Schloss Colditz traurige Berühmtheit. Hinzu kamen 62 Außenlager der Konzentrationslager Flossenbürg, Groß-Rosen und Buchenwald. Für dieses dunkle Vermächtnis gibt es allerdings keinen zentralen Erinnerungs- und Bildungsort. Zwar wurde in Sachsenburg schon in den 1950er Jahren eine Gedenkausstellung eingerichtet und 1968 ein Mahnmal eingeweiht. Anfang der 1990er allerdings wurde die Spinnerei geschlossen, das Gelände verkauft und die Ausstellung dichtgemacht. Seitdem hat sich die Landesregierung nicht für das Areal interessiert.

Schon 1992 gründete sich eine erste Initiative zur Wiedereinrichtung eines Gedenkortes. Dem Engagement der

Lagerarbeitsgemeinschaft, der Initiative KLICK mit Anna Schüller und dem Besitzer Marcel Hett ist es zu verdanken, dass nun eine öffentliche Gedenkstätte entstehen kann. Trotz lukrativer Verkaufsangebote dringt der Eigentümer auf eine Nutzung als Gedenkstätte. Von ihm hat die Stadt Frankenberg einen Teil des Geländes gekauft, auf dem sich die Villa der SS-Kommandanten befindet. Das Zellenhaus hat Hett der Stadt geschenkt, mit der Maßgabe, eine Gedenkstätte zu errichten. Die örtlichen Engagierten pflegen das vom Verfall bedrohte Gelände, haben den Zellentrakt begehbar gemacht, eine Ausstellung sowie ein Konzept für die Gedenkstätte entwickelt.

Anknüpfend an all das hatte die Linksfraktion im August 2017 im Landtag beantragt (Drucksache 6/10439), dass die Landesregierung gegenüber der Stiftung Sächsische Gedenkstätten auf organisatorische, personelle, finanzielle und konzeptionelle Unterstützung für die Engagierten und die Stadt Frankenberg dringt. Schon seit sechs Jahren ist Sachsenburg Teil des Gedenkstättengesetzes. Angesichts der großen Aufmerksamkeit für das Thema und um den Druck weiter zu verstärken, hat die Linksfraktion diesen

Antrag im April 2018 auf die Tagesordnung gesetzt. **LINKEN-Kulturpolitiker Franz Sodann** sagte zur Kulturministerin Eva-Maria Stange (SPD): „Sie betonen immer die herausragende Bedeutung dieses Konzentrationslagers für das Gedenken in Sachsen. Sie sagen, Projekte müssten von unten wachsen, so auch die Gedenkstätte. Wie viel ‚unten‘ braucht es eigentlich, bis die Staatsregierung etwas tut?“ In Sachsenburg könne nicht nur eine Gedenkstätte entstehen, sondern ein Zentrum der demokratischen Bildung, ein Lern-, Forschungs- und Informationsort. KZ-Gedenkstätten erlebten deutschlandweit steigende Besucherzahlen.

Und siehe da: CDU und SPD lehnten zwar den Antrag ab (die AfD übrigens auch), aber Ministerin Stange teilte mit, dass die Regierung Geld für Sachsenburg bereitstellen will. Unter dem Druck der engagierten Initiativen, der größten Oppositionsfraktion und der Berichterstattung hat das sechsjährige Verschieben von Verantwortlichkeiten nun wohl ein Ende. Wir werden die Ministerin an ihren Taten messen. An die Opfer der frühen Konzentrationslager muss endlich würdig erinnert werden. Nicht zuletzt an Dr. Max Sachs.



Wo hakt's im Gesundheitswesen?

Versorgungsforschung – darunter kann man sich nicht viel vorstellen. Sie wird oft vernachlässigt, obwohl diese Forschung über die gesundheitliche Versorgung fundamental ist. Sie ermittelt, wie und wo diese funktioniert und wo nicht, insbesondere beim Umgang mit häufigen Erkrankungen wie Diabetes, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder psychischen Krankheiten. Sie untersucht die Patientenversorgung in Krankenhäusern und Arztpraxen, die Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln, Kosten und Nutzen von Aus- und Weiterbildung, die Therapietreue und die Lebenswelt der Patienten. So kann sie fundierte Empfehlungen geben, was Patienten und Kostenträgern hilft.

In Sachsen wird diese Forschung aber weder systematisch betrieben noch gut finanziert. Im Landeshaushalt sind nur versprengte Mittel eingestellt, grundlegende Konzepte etwa im

Bereich der Krankenhausplanung oder der Geriatrie fehlen. Die Linksfraktion will diesen Mangel beheben und fordert, die Versorgungsforschung in Sachsen zu intensivieren (Drucksache 6/13081). Per Landesprogramm sollen Forschungsaufträge zielgerichtet vergeben werden. Die Regierung soll Geld bereitstellen, auch damit schon vorliegende Daten ausgewertet und landesweite Planungen beauftragt werden können, um den ambulanten und den stationären Sektor zu verzahnen. Auch soll die Regierung mit allen maßgeblichen Verantwortungsträgern Schwerpunkte der Versorgungsforschung entwickeln.

„Die Bevölkerung wird älter und die Lebenserwartung steigt. Das ist gut, aber es ist auch Grund für zunehmende Kosten, denn mit der Lebenserwartung und dem Alter steigt auch die Wahrscheinlichkeit zu erkranken.

Also werden mehr Ärzte benötigt. Von denen haben wir aber heute schon viel zu wenige“, so **Susanne Schaper, Sprecherin für Gesundheitspolitik**. Umso wichtiger sei, so Schaper, eine ordentliche Datengrundlage für gesundheitspolitische Entscheidungen. „Wenn wir die Versorgungsforschung ausbauen, können wir Finanzströme zielgenauer dahin lenken, wo sie den meisten Nutzen bringen.“ Schaper warb bei der CDU um Zustimmung: „Auch jeder Unternehmer würde aus betriebswirtschaftlicher Sicht schauen, ob sich seine Investitionen bezahlt machen.“

CDU und SPD halten das wenige für ausreichend, das in puncto Versorgungsforschung schon stattfindet. Damit bekommen wir noch immer keine landesspezifischen Daten, die für Verbesserungen so entscheidend wären.

Mehr Zeit durch einen Kinder- und Familienfreitag!

Der 1. Juni als Internationaler Kindertag wird in über 145 Staaten der Erde als Feiertag begangen. Das rückt die Bedürfnisse und Rechte der Kinder in den Fokus – und gibt Familien mehr Zeit für einander. Letzteres ist laut diversen Kinder- und Familienstudien der erklärte Wunsch vor allem von Eltern. Und nach wie vor stellen sich auch in der mit Reichtum gesegneten Bundesrepublik große Aufgaben, wenn es um Kinder geht: Kampf gegen Kinderarmut, Definition von Kinderrechten im Grundgesetz, Schutz der Gesundheit von Kindern, Sicherung einer guten Bildung und Lebensperspektive für alle jungen Menschen.

Die rot-rot-grüne Regierungskoalition in Thüringen will den Kindertag zum gesetzlichen Feiertag machen. Auch Sachsen könnte etwas für seine Familienfreundlichkeit tun und diesem Vorbild folgen. Die Linksfraktion hat jetzt einen Gesetzentwurf (Drucksache 6/13238) vorgelegt. Ziel ist es, einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag als „Kinder- und Familienfreitag“ einzuführen. Damit Kinder, Eltern und Großeltern auch wirklich einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag genießen können, der nicht aufs Wochenende fällt, soll zeitlich flexibel der erste Freitag im Juni definiert werden.

*Wir sind gespannt auf die Debatte im Landtag! **Sachsens LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt** ist sich jedenfalls sicher: „Mehr Zeit für Familie ist ein Grundbedürfnis unserer hektischen Zeit. Mehr Zeit, um mit den Kindern zu spielen, brauchen nicht nur der Ministerpräsident und ich, sondern viele Menschen.“*

Ein weiterer Feiertag in Sachsen wäre auch ein Beitrag zur deutschen Einheit, was die Anzahl von Feiertagen angeht. Sachsen liegt mit elf Feiertagen im Mittelfeld der Bundesländer, aber nur durch den bei uns arbeitsfreien Buß- und Betttag, der allerdings ausschließlich von den Beschäftigten selbst bezahlt wird. Andere Länder haben neun, Bayern sogar 13 gesetzliche freie Tage. Die Angst von Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), ein zusätzlicher Feiertag könnte die deutsche Wirtschaft zu sehr belasten, ist aus der Zeit gefallen.

Es geht auch heute um die Zeit, die abhängig Beschäftigte zur Verfügung stellen und selber haben. Die Ungleichheit in der Gesellschaft wird größer, dem müssen wir entgegenwirken!

Eine Frage der Menschenrechte

„Der Irrtum wiederholt sich immerfort in der Tat, deswegen muß man das Wahre unermüdlich in Worten wiederholen.“ Man könnte diesen Leitsatz von Goethe heranziehen, um zu begründen, warum die Linksfraktion jetzt ein Gesetz vorschlug, das schon 2013 zur Debatte stand. Thema des 87 Seiten umfassenden Inklusionsgesetzes (Drucksache 6/13144) sind die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Dieses Landesgesetz soll dazu beitragen, dass die seit 2009 auch für Deutschland gültige UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. Dazu muss das veraltete Sächsische Integrationsgesetz von 2004 zu einem Inklusionsgesetz um- und ausgebaut werden. Denn es geht nicht darum, eine ausgeschlossene Gruppe nachträglich zu integrieren. Vielmehr soll jeder einzelne Mensch, ob mit oder ohne Behinderung, von Anfang an gleiche Rechte und Chancen haben, am Leben selbstbestimmt teilzunehmen. Eine Behinderung, das stellt die UN-Konvention klar, ist nicht nur eine medizinische Angelegenheit der Betroffenen, sondern eine Frage der Menschenrechte und damit eine für die gesamte Gesellschaft.

„Ein Grund für die Ablehnung unseres Gesetzentwurfes 2013 war, dass erst das Bundesteilhabegesetz abgewartet werden müsse. Das ist 2016 beschlossen worden. Es ist nun wieder mehr als ein Jahr vergangen, ohne dass die Staatsregierung ein Sächsisches Inklusionsgesetz entworfen hat“, kritisierte der **LINKE Inklusionspolitiker Horst Wehner**. „Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und wir wollen auch,

dass das Umsetzungstempo auf dem Weg dorthin deutlich angezogen wird.“

Ein Landesgesetz solle es den Betroffenen erleichtern, ihre Rechte durchzusetzen. Dabei geht es längst nicht nur darum, dass bauliche und sonstige Anlagen, Fahrzeuge, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsmittel, Kommunikationssysteme, akustische und visuelle Informationsquellen barrierefrei zugänglich sind – wovon übrigens auch Menschen ohne Behinderung profitieren würden. Nein, alle Lebensbereiche sollen für alle hier lebenden Menschen ohne besondere Erschwerung und ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sein.

Die Linksfraktion macht dafür viele Vorschläge. Neben einem allgemeinen

Diskriminierungsverbot und Festlegungen zur Barrierefreiheit wollen wir, dass die Gebärdensprache als gleichberechtigte Amtssprache anerkannt wird und Kosten für Kommunikationshilfen übernommen werden. In Sachsen soll es einen Landesinklusionsrat und eine Ombudsperson für Inklusion geben, anerkannte Behindertenverbände sollen ein Klagerecht bekommen. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss anhand verbindlicher Programme, Pläne und Berichte umgesetzt werden.

Die SPD, damals in der Opposition, hat solche Vorschläge 2013 gemeinsam mit der LINKEN gemacht. Wir hoffen, den Druck auf die CDU-SPD-Koalition zu erhöhen, damit Goethes Diktum zumindest für das Thema Inklusion in Sachsen endlich veraltet.



Gegen die Militarisierung der Polizei!

Sachsen ist auf dem Weg nach Bayern – hinsichtlich der Regierungspläne für das Polizeigesetz. Der geheime Entwurf, dessen Eckpunkte Innenminister Roland Wöllner (CDU) im April der Presse vorstellte, ist vom Onlineportal Buzzfeed enthüllt worden. Dem Landtag liegt er offiziell noch nicht vor. Was bekannt ist, gibt aber Anlass zur Sorge. Das zweifelhafte Vorbild ist Bayern, dessen CSU-Regierung am „härtesten Polizeigesetz seit 1945“ arbeitet.

Unter dem Vorwand, man könne Terrorismus und andere Kriminalität dadurch bekämpfen, soll in Grundrechte eingegriffen und die Polizei militarisiert werden. Künftig soll sie Kriegswaffen wie Handgranaten und Maschinengewehre einsetzen dürfen, auch gegen Menschen. Dagegen läuft die Gewerkschaft der Polizei Sturm. Autokennzeichen sollen mittels stationärer Anlagen erfasst und die Videoüberwachung an grenznahen Straßen ausgeweitet werden. Bei den Kriminalitätssphären, mit denen das begründet wird – wie Wohnungseinbrüche und Autoklau –, sinken die Fallzahlen seit Jahren. Auch dürften Verdrängungseffekte den kargen Erfolg konterkarieren. Bei der Kennzeichen-erfassung gibt es schon heute nur drei

Prozent Echttreffer, bei 97 Prozent der erfassten Fahrzeuge liegt nichts vor.

Besonders problematisch: Künftig geraten nicht nur Menschen ins Visier, die Gesetze verletzt haben, sondern auch solche, bei denen eine vermutete „Wahrscheinlichkeit“ besteht, dass sie in „überschaubarer Zukunft“ eine Straftat begehen könnten. Dann soll etwa die Telekommunikation abgehört werden dürfen. Der **LINKE Rechts-Experte Klaus Bartl** warnt: Polizeiliche Maßnahmen werden weit ins Vorfeld einer konkreten Gefahr verlagert. „Ein bloßer Verdacht soll genügen, um schwere Grundrechtseingriffe wie Fußfesseln und das Gebot, an bestimmten Orten zu bleiben, anordnen zu dürfen.“

Der Entwurf markiere die Abkehr von Schutzfunktionen, die der Rechtsstaat für seine Bürgerinnen und Bürger erfüllen muss. Nach seinen Maßstäben müsse aber jede und jeder, soweit nicht begründete Tatsachen Anderes belegen, als unverdächtig und unschuldig gelten. Wir erlebten, so Bartl, „das Abgleiten in ein Sicherheits- und Polizeikonzept, das nicht mehr am Menschenbild des grundsätzlich vertrauenswürdigen Bürgers anknüpft,

sondern Menschen als Sicherheitsrisiken betrachtet.“ Auch der Kriminologie-Professor Tobias Singelstein mahnt mit Blick auf neue Polizeigesetze: „Zahlreiche polizeiliche Eingriffsbefugnisse sollen schon bei viel geringeren Anlässen gestattet werden als bislang. Statt einer konkreten Gefahr soll es genügen, dass bestimmte Tatsachen darauf hinweisen, es könnte in Zukunft eine gefährliche Situation entstehen. Was als Ausnahmetatbestand für Gefährder und mutmaßliche Terroristen geschaffen wurde, wird so zu einem allgemeinen Maßstab für polizeiliches Handeln gemacht.“ Das geht uns alle an!

„Die Grundrechte verpflichten uns zum Schutz der Bürger vor dem Staate“, so **Enrico Stange, Innenpolitiker der LINKEN**. „Auch wenn wir logischerweise den Wunsch haben, in Sicherheit zu leben – das lässt sich nicht garantieren. Es gibt auch keine rechtliche Definition für Sicherheit, wohl aber für die Grundrechte.“ Ob die Sicherheitsversprechen, mit denen die CDU hausiert, einlösbar sind, ist zweifelhaft. Die Frage, inwieweit wir alle dafür mit unserer Freiheit bezahlen sollen, wird wohl bald die Verfassungsgerichte beschäftigen.

Kopftuchverbot für Kinder?

Nordrhein-Westfalens Landesregierung erwägt ein Kopftuchverbot für muslimische Mädchen unter 14 Jahren. Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (CDU) argumentiert: „Es geht um Kinder, um junge Mädchen, die in diesem Land unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion die Möglichkeit bekommen sollen, sich frei zu entfalten, frei zu denken und frei zu entscheiden.“

Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) verwies auf die Religionsfreiheit und plädierte gegen ein Kopftuchverbot: „Grundsätzlich ist und bleibt es jedem Menschen freigestellt, religiöse Symbole wie Kopftücher, Kreuze oder Davidsterne zu nutzen.“ Es müsse sich aber „um eine autonome und freiwillige Entscheidung handeln“.

Juliane Nagel, migrationspolitische Sprecherin der sächsischen Linksfraktion, unterstützt Köpping „im konkreten Praktischen“. Allerdings springe sie im Grundsatz zu kurz. „Denn im Kern geht es nicht um den Islam, sondern darum, welche Grenzen die Kinderrechte der Religionsausübung setzen. Kein Kind darf dazu gezwungen werden, einer Religion zu folgen, ohne dies selbst entschieden zu haben.“ Wenn Güler sage, es falle Mädchen schwer, das Kopftuch später abzulegen, dann sei zu fragen: „Wie sieht es mit der Taufe von Kindern aus, die nach weit verbreitetem christlichen Verständnis ein ‚unauslöschliches Merkmal‘ schaffen soll? Was ist mit Erstkommunion und allen Ritualen verschiedener Religionen, die an rechtlich religiös Unmündigen – vor dem 14. Geburtstag – vollzogen werden? Was ist mit der religiös motivierten Beschneidung von Kleinkindern?“

Nagel verweist darauf, dass das Grundgesetz diese Fragen in den Bereich der geschützten Privatsphäre verweist. Eine Grundsatzdebatte darüber, ob dies für alle Zeiten gelten soll, sei sinnvoll. Dabei sei Sensibilität gegenüber den Überzeugungen von Menschen gefragt, aber mehr Sensibilität gegenüber Kindern, die oft nur als Objekt behandelt werden. „Ich halte die Privilegien der Religionsgemeinschaften für überholt und sehe mich da im Einvernehmen mit vielen religiös gläubigen Menschen, die für diese Diskussion durchaus offen sind. Denn die gesellschaftliche Praxis ist unter muslimisch geprägten Menschen ebenso höchst differenziert wie unter christlich, jüdisch oder anderweitig Bekennenden. Sonst entsteht eine bizarre Schieflage, die nur Feindbilder produziert, aber Kindern nicht hilft.“



Plenarspiegel April 2018

Die 70. und die 71. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 25. und 26. April 2018 statt.

Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen auf beiden Plenartagen vertreten:

Aktuelle Debatte

„200 Jahre Karl Marx: Gute Arbeit hat Mehrwert – für ein sozial gerechtes Sachsen!“

Gesetzentwurf

„Gesetz zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Inklusionsgesetz)“ (Drs 6/13144)

Anträge

„Gedenkort KZ Sachsenburg erhalten und ausbauen – Erinnerung an die Naziverbrechen in einem der ersten sogenannten Schutzhaftlager in Sachsen wachhalten“ (Drs 6/10439)

„Gesundheitliche Versorgung zielgerichtet verbessern – Versorgungsforschung in Sachsen spürbar intensivieren!“ (Drs 6/13081)

Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse in Sammeldrucksache 6/13138 mit den Anträgen der Fraktion DIE LINKE

„Keine Wohnsitzauflagen für anerkannte geflüchtete Menschen in Sachsen! #stoppzugsstopp“ (Drs 6/12740)

gemeinsamer Antrag DIE LINKE & BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Konsequenzen für die Beteiligungspolitik des Freistaates Sachsen aus dem „Beteiligungsbericht 2016“ (Drs 6/12376)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Bilanz der Kita-Tour: Betreuung real verbessern!

Es sei Instrument „direkter Demokratie“, behauptet Kultusminister Christian Piwarz (CDU). Sachsens Regierung will ab 2019 jährlich 75 Millionen Euro mehr für die Kitas locker machen und stellt per Online-Umfrage vier Maßnahmen zur Auswahl: Entweder werden die Vor- und Nachbereitungszeiten für vollbeschäftigte Erzieherinnen und Erzieher als Arbeitszeit anerkannt, oder der Personalschlüssel etwas verbessert, oder Kitas mit besonderem Bedarf besser unterstützt oder ein frei verwendbares Budget für alle Einrichtungen bereitgestellt. All das wäre bitter nötig, aber für keine dieser Maßnahmen davon reicht das Geld wirklich.

„Maximal 75 Millionen Euro Mehrausgaben – das ist weniger als ein Euro pro betreutem Kind und Tag. Es ist eigentlich noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Kultusminister will mit diesem Tröpfchen auch noch glänzen. Und deshalb ist man auf die skurrile Idee verfallen, die Eltern entscheiden zu lassen, auf welcher Stelle des kochend heißen Steines das Tröpfchen verdampfen soll“, kritisiert **Marion Junge, Sprecherin der Linksfraktion für Kindertagesstätten**. Es gehe der Regierung offensichtlich um Wahlkampf, weshalb sie auch kein erziehungswissenschaftliches, sondern ein kommunikationswissenschaftliches Institut mit der Betreuung der Umfrage betraut habe.

Worauf es ankommt, hat Junge erst kürzlich erneut erfahren. Mit weiteren Abgeordneten war sie wieder auf Kita-



Tour durch Sachsen. Auf dem Programm standen fünf Ausbildungseinrichtungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie fünf Kitas in den drei kreisfreien Städten sowie in zwei Landkreisen. „In den Gesprächen kristallisierten sich klare Einsichten heraus: Der Ausbildungsweg ist zu lang, zu wenig praxisnah und oft zu teuer, weil private Anbieter Schulgeld verlangen.“ Kein Wunder, dass sich zu wenige Menschen für den Beruf entscheiden. Und: „Damit es eine Kita für alle gibt, also vollständige Inklusion, bei der die Entwicklung des Kindes im Mittelpunkt steht, braucht es mehr Personal und weniger Bürokratie.“ Sonst könne auch der sächsische Bildungsplan nicht umgesetzt werden. Kitas

sind keine „Verwahreinrichtungen“, sondern Bildungsstätten!

Allerdings gibt es in Sachsen keine vollständige Übersicht über den Fachkräftemangel in Kitas. Denn freie Träger sind nicht verpflichtet, Personalzahlen zu melden. Überdies wird der offizielle Personalschlüssel im Regelfall weit überschritten, weil Urlaub, Weiterbildung und krankheitsbedingter Ausfall nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Betreuungsqualität steht und fällt damit, dass es gelingt, mehr Personal zu gewinnen. Die schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels muss gesetzlich geregelt werden.

Ein entsprechender Gesetzentwurf der Linksfraktion (Drucksache 6/10764) steht im Juni zur Beschlussfassung. Erstmals mit Wirkung zum 1. September 2019 und letztmals mit Wirkung zum 1. September 2030 soll der Personalschlüssel in allen Krippen, Kindergärten und Horten jährlich um jeweils 0,05 vollbeschäftigte Fachkräfte verbessert werden. 2022 bzw. 2023 wäre eine Fachkraft dann in der Krippe für vier (heute fünf), im Kindergarten für zehn (heute zwölf) und im Hort für 17 Kinder (heute 0,9 Fachkräfte für 20 Kinder) zuständig. Bis 2030 wollen wir einen Schlüssel von 1:3 in der Krippe, von 1:7,5 im Kindergarten und von 1:13 im Hort erreichen. Diese Empfehlungen sind in der Fachwelt als Zielmarken anerkannt. Wir brauchen keine Umfrage, um sicher zu sein, dass die Mehrheit der Menschen in Sachsen damit einverstanden wäre.

Linksfraktion war wieder beim Girls' Day dabei

Am Girls' Day, der am 26. April deutschlandweit stattfand, hat sich auch die Linksfraktion wieder beteiligt. Ziel war es, Mädchen die Arbeit im Parlament zu zeigen. Wer weiß, vielleicht entschließt sich ja so die eine oder andere, später ebenfalls Politikerin werden zu wollen.

Das wäre bitter nötig. Mit 30,9 Prozent ist der Frauenanteil im Bundestag auf einen Tiefstand gerutscht. Und auch der Sächsische Landtag bekleckert

sich nicht mit Ruhm – hier sind nur 32,6 Prozent von 126 Abgeordneten Frauen. So fehlt bei politischen Entscheidungen oft die biographische Perspektive von Frauen. Gäbe es nicht in der Linksfraktion aufgrund unserer quotierten Besetzung so viele Parlamentarierinnen, wäre diese Prozentzahl noch viel niedriger.

Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin und Gleichstellungspolitikerin, hat

sich über die Beteiligung gefreut: „Unsere Fraktion unterstützt den Girls' Day gerne, weil Frauen immer noch viel zu wenig sichtbar im politischen Raum sind. Weil viele Frauen dazu erzogen wurden, die Bühne den Männern zu überlassen, kommt eine politische Karriere für sie oft nicht in Betracht.“ Weibliche Perspektiven würden aber dringend benötigt. Schließlich sollen die Abgeordneten die gesamte Bevölkerung repräsentieren.



»Weil viele Frauen dazu erzogen wurden, die Bühne den Männern zu überlassen, kommt eine politische Karriere für sie oft nicht in Betracht. Doch wir brauchen dringend weibliche Perspektiven in den Parlamenten!«

Sarah Buddeberg, MdL



www.linksfraktion-sachsen.de



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag